



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe



BBK

Bevölkerungsschutz

Zusammenarbeit und Krisenvorbereitung





Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe



Liebe Leserinnen und Leser,

herzlichen Glückwunsch, liebes Bevölkerungsschutz-Magazin! Es klingt unglaublich, doch das Magazin wird in diesem Jahr stolze 70 Jahre alt. Aus diesem Anlass wird in der vorliegenden Ausgabe ein Blick zurück zu den Anfängen und der Entwicklung des Magazins über die letzten, ereignisreichen Jahrzehnte geworfen. Das Heft hat sich von der „ZB-Illustrierten“ mit dramatischen Schlagzeilen zu einem möglichen Atomkrieg in ein modernes Fachmagazin entwickelt. Damit ist es ein Beispiel, an dem sich sowohl der Wandel klassischer Printmedien als auch die Entwicklung des Themas Bevölkerungsschutz ein Stück weit ablesen lassen.

Es ist aber auch ein positives Beispiel für Zusammenarbeit und Krisenvorbereitung. Beides ist, wie bei der Herausgabe eines Fachmagazins, auch das A und O im Bevölkerungsschutz. Über alle Akteure, Themen und Lagen hinweg arbeiten wir ständig daran, die Zusammenarbeit zu verbessern. Einige Beispiele dieser Arbeit finden sich in den Beiträgen dieser Ausgabe wieder. Da wäre beispielsweise das Fähigkeitsmanagement zwischen Bund und Ländern. Zwar ist die Zusammenarbeit im Föderalismus immer Chance und Herausforderung zugleich, doch das bis tief in lokale Strukturen verankerte Bevölkerungsschutzsystem in Deutschland zieht seine Stärke und Standfestigkeit eben aus dieser soliden Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Ein Fähigkeitsmanagement von Bund und Ländern ermöglicht es an dieser Stelle, eine gemeinsame Sprache zu sprechen.

Noch so eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern stellt die ergänzende Ausstattung des Bundes dar. Hier können die Länder im Sinne des Doppelnutzens Fahrzeuge des Bundes im Katastrophenschutz einsetzen. Im Verteidigungs- oder NATO-Bündnisfall stehen diese dann wieder dem Bund zur Verfügung.

Auch die Sanitätsmittelbevorratung des Bundes wird mithilfe von lokalen Akteuren strategisch weiter ausgebaut.

Sehr treffend wird die Bevorratung als „das vorgelagerte Rückgrat des Sanitätsdienstes im Zivil- und Katastrophenschutz“ beschrieben. Die Vorsorge des Bundes, der Länder, Kommunen und Hilfsorganisationen muss hier zusammengreifen, ergänzend mit der persönlichen Vorbereitung der Bevölkerung, wie sie im Ratgeber „Vorsorgen für Krisen und Katastrophen“ des BBK beschrieben ist.

Diese Beispiele aus der vorliegenden Ausgabe zeigen, dass es erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der nationalen und Landesebene, Behörden und Hilfsorganisationen, Freiwilligen und Spontanhelfenden und der Bevölkerung insgesamt gibt. Immer mehr rückt dabei auch die wichtige Rolle der Bevölkerung in den Fokus. Hilfskräfte können nicht überall gleichzeitig sein. Behörden werden nicht alles sofort regeln können. Ver-

antwortung für Vorbereitung liegt auch bei jeder und jedem. Das Bewusstsein dafür wächst, das merkt das BBK nicht zuletzt an dem großen Interesse an unserem neuen Ratgeber. Auch einige Ausgaben des Bevölkerungsschutz-Magazins sind vergriffen. Die Followerzahlen auf unseren Social-Media-Kanälen steigen. All das ist ein Ausdruck des zunehmenden Interesses und des Bewusstseins, dass wir uns vorbereiten müssen, alle gemeinsam.

Ich sehe das als ein positives Zeichen, einen Wegweiser in die richtige Richtung, gerade in Zeiten, in denen viel über Spaltung gesprochen und häufig das Gefühl der Hoffnungslosigkeit und Hilflosigkeit vermittelt wird – oder vermittelt werden soll. Zusammenarbeit und Vorbereitung im Bevölkerungsschutz müssen ein Gegengewicht sein und zeigen: Wir sind da, handlungsfähig, und wir wissen, worauf es ankommt. Als Behörden, als Hilfeorganisationen, als Helfende, als Bürgerinnen und Bürger.



Anke Moon leitet das Referat „Medienarbeit und Publikationen“ im BBK. (Quelle: Privat)

Ihre Anke Moon



27



4



9



15



5



59

IN EIGENER SACHE

- 4 Ein besonderes Amt in besonderen Zeiten
- 5 70 Jahre Bevölkerungsschutz-Magazin
Die wandlungsreiche Geschichte eines Mediums
für die Zivile Verteidigung

ZUSAMMENARBEIT UND KRISENVORBEREITUNG

- 9 „Der Bund ergänzt die Ausstattung...“ –
Was heißt das konkret?
Über die Bedeutung der ergänzenden Ausstattung des Bundes
- 15 Die Sanitätsmaterialbevorratung des Bundes
Ein zentraler Aspekt der Zivilen Verteidigung
- 19 Die Wirkung im Fokus
Das Fähigkeitsmanagement von Bund und Ländern als Schlüssel für
effiziente länderübergreifende Hilfe
- 22 Zehn Jahre Zusammenarbeit für mehr Sicherheit
Die Projektreihe „Stärkung der ukrainischen Zivilschutzfähigkeiten“

WARNUNG DER BEVÖLKERUNG

- 27 Warnsystem erneut erfolgreich auf die Probe gestellt
Deutschlandweite Online-Befragung zum Bundesweiten Warntag 2025

SELBSTSCHUTZ

- 33 Lebenskompetenzen praxisnah vermitteln
Bevölkerungsschutz im Unterricht
- 37 Selbstschutz zum Nachlesen
Was Ratgeber für die Notfallvorsorge leisten können

FORUM

- 42 ARKAT. Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer
in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutz
in der Bundesrepublik Deutschland
- 45 Arbeiter-Samariter-Bund
- 47 Deutscher Feuerwehrverband
- 48 Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft
- 50 Deutsches Rotes Kreuz
- 52 Johanniter-Unfall-Hilfe
- 54 Malteser Hilfsdienst
- 56 Technisches Hilfswerk

IN EIGENER SACHE

- 58 Impressum

SERIE: KULTURGUTSCHUTZ IN DEUTSCHLAND

- 59 St. Quirin in Neuss

Hier geht's zum digitalen Magazin:
www.bbk.bund.de/magazin



Ein besonderes Amt in besonderen Zeiten

Grit Tüngler leitet seit dem 1. April als Präsidentin das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK). Die erfahrene Juristin übernimmt das Amt in unruhigen Zeiten und mit großen und weiter anwachsenden Aufgaben. In diesem Beitrag stellt sie sich vor und gibt einen Einblick in ihre Motivation und ihre Ziele.

Es vergeht kaum ein Tag, ohne dass Themen mit BBK-Bezug in der Öffentlichkeit oder in Gremien diskutiert werden. Das BBK ist schon durch sein breites Themenspektrum ein ganz besonderes Amt, noch mehr aber durch seine Relevanz und seine Aufgaben für den Bevölkerungsschutz in krisenhaften Zeiten. Welche Aufgabe könnte also sinnstiftender sein, als daran mitzuwirken, das Leben der Menschen in diesem Land sicherer zu machen? Daran mitzuwirken, bei den Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen sowohl in die eigene Handlungsfähigkeit als auch in die des Staates und seiner Institutionen zu stärken? Und daran mitzuwirken, all jene Kräfte und Organisationen zu unterstützen, die mit uns im Ernstfall gut durch eine Krise navigieren müssen?

Auch wenn ich nicht originär aus dem klassischen Bevölkerungsschutz komme, zieht sich dieses sinnstiftende Element durch meine berufliche Tätigkeit. Diese war immer eng mit sicherheitspolitischen Themen, Krisenmanagement, Gremienarbeit, Koordinierung und vor allem Freude an der Arbeit in Teams mit Menschen, die nie nur einfach ihren Job machten, verbunden.

Ich komme als Nordlicht zurück in das schöne Rheinland, das ja im Ruf steht, einen besonders guten Zusammenhalt zwischen den Menschen zu haben. Das ist auch ein sehr passendes Bild für die Arbeit im Bevölkerungsschutz. Und es gilt sowohl für die operative als auch für die strategische Ebene. Im Einsatz vor Ort kommt es für den Erfolg auf stimmige Teamarbeit an, die über Organisationsgrenzen und Uniformfarben hinaus geht. Mindestens genauso wichtig ist dieser Gemeinsinn auch für die gesamte Gesellschaft. Nur wenn alle institutionellen und föderalen Ebenen partnerschaftlich und mit klarem, gemeinsamem Ziel zusammenarbeiten, werden wir die großen Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich bewältigen. Der Klimawandel mit Extremwettern und geopolitische Instabilitäten



Grit Tüngler leitet seit dem 1. April 2026 das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. (Quelle: BBK/Czybik & Schmid Media/Juliane Herrmann)

werden uns in den kommenden Jahren immer stärker fordern – und uns antreiben, noch krisenfester zu werden.

Das BBK spielt dabei eine zentrale Rolle und befindet sich – wie die gesamte Gesellschaft – in einem kontinuierlichen Wandel. Ich habe das Glück, unsere wachsende Fachbehörde mit inzwischen mehr als 800 Mitarbeitenden aus über fünfzig unterschiedlichen akademischen Bereichen übernehmen zu dürfen. Gern möchte ich die erfolgreiche Arbeit meines Vorgängers, Herrn Präsident Tiesler, fortsetzen und das BBK als starke Behörde weiterführen. In der jüngeren Vergangenheit sind die finanziellen und personellen Mittel des BBK aufgestockt worden. Diese erweiterten Möglichkeiten möchte ich gemeinsam mit den Mitarbeitenden und unseren externen Partnern nutzen.

Ich freue mich auf persönliche Begegnungen innerhalb und außerhalb des BBK. Mit der Interschutz in Hannover, dem Bevölkerungsschutztag in Freiburg und der LÜKEX hält das Jahr 2026 dafür zahlreiche Anlässe bereit. Ich freue mich auf unsere Zusammenarbeit und bitte herzlich um Ihr Vertrauen!



(Quelle: BBK)

70 Jahre Bevölkerungsschutz-Magazin

Die wandlungsreiche Geschichte eines Mediums für die Zivile Verteidigung

Sebastian Heuft



„Die Rache der Atome. Wir schildern heute die dramatischen Etappen auf dem Wege in ein neues Zeitalter“ (ZB-Illustrierte, 12/1957). Solche martialischen Schlagzeilen waren für die Vorgängerzeitschrift des Bevölkerungsschutz-Magazins, die ZB-Illustrierte, keine Seltenheit. Ganz dem Zeitgeist der 1950er Jahre entsprechend, war alles rund um Radioaktivität häufig Thema in diesen ersten Ausgaben der ZB-Illustrierten, die laut Impressum damals schon im Untertitel „Zeit-Berichte und Zeit-Bilder für Menschen im Atomzeitalter“ diesen Schwerpunkt festmachte. Legt man das im Dezember 2025 erschienene Bevölkerungsschutz-Magazin mit dem Thema „CBRN“ daneben, könnte man kaum vermuten, dass es sich hierbei um die gleiche Zeitschrift oder gar eine vergleichbare Motivation zum Schutz der Bevölkerung handelt. Aber beginnen wir von vorne ...

Vom Luftschutz zum modernen Bevölkerungsschutz

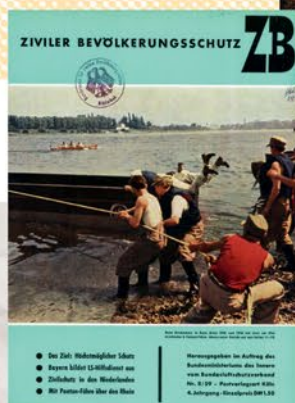
Nach der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 und dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf deutschem Boden war an einen Wiederaufbau des Zivilschutzes oder des Luftschutzes, wie er zu dieser Zeit oftmals verstanden wurde, noch nicht zu denken. Auch weil das nationalsozialistische Regime den Luftschutz für eigene Propagandazwecke und die Militarisierung der Gesellschaft instrumentalisiert hatte, waren die alliierten Besatzungsmächte zunächst gegen den Wiederaufbau eines Zivilschutz-Systems (Bock, 2026). So wurde die Zivile Verteidigung in Deutschland erst relativ spät wieder ins Leben gerufen. Ein erster Meilenstein war die Gründung des Technischen Hilfswerks (kurz: THW) 1953. Bis zur offiziellen Errichtung des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz dauerte es dann

noch einmal fünf Jahre. 1958 war es dann so weit, vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der Gewissheit, dass die Gefahr eines Krieges in Europa auch nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges noch nicht gebannt war. Zwischen diese beiden Ereignisse fällt die Gründung des Bevölkerungsschutz-Magazins, damals noch die ZB-Illustrierte. 1956 erschien die erste Ausgabe.

Die Zeitschrift wurde als Aufklärungsorgan des Bundesluftschutzverbandes (kurz: BLSV) nach den Weisungen des Bundesministeriums des Innern (kurz: BMI) geschaffen und erschien im Illustriertenformat, zunächst monatlich und ab Oktober 1956 alle zwei Wochen. Heute würde man die ZB-Illustrierte eher den Unterhaltungsmedien als der Fachpresse zuschreiben. Fortsetzungsromane, Witze- und Rätselseiten standen hier neben fachlichen Artikeln, die,

1956

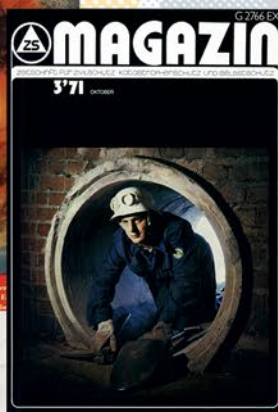
ZB Illustrierte



Die Rache der Atome

1959

Ziviler Bevölkerungsschutz ZB



1980

Zivilschutz-
magazin

1971

ZS Magazin – Zeitschrift für
Zivilschutz, Katastrophenschutz
und Selbstschutz

wie bereits in der Einleitung angedeutet, nicht wissenschaftlich aufbereitet waren und heute bei der Leserschaft eher zu Verwunderung führen würden.

Doch warum brauchte es überhaupt eine Illustrierte mit dem Themenschwerpunkt Zivilschutz? Aufmachung und Inhalt sollten vor allem der Werbung für den BLSV dienen. Es gelang auch, dass innerhalb weniger Monate die Zahl der aktiven Helfer im BLSV verdoppelt und eine Helferreserve aufgebaut werden konnte. Diese relativ simple Werbemaßnahme wurde bereits in den Jahren 1957 und 1958 durch die Beilagen „ZB Information“, „ZB Luftschutzberater“ und „ZB Helferdienst“ erweitert, um Informationen in der entsprechenden Zielgruppe zu verbreiten.

Bereits 1959 fand das Illustriertenformat ihr frühes Ende und die Fachzeitschrift „Ziviler Bevölkerungsschutz ZB“ trat an ihre Stelle. Diese übernahm vor allem die Rolle des Kommunikationskanals des BLSV zu Politik, Gesellschaft und Helferschaft. Weniger Unterhaltung, dafür mehr Informationen wurden fortan über die „ZB“ gestreut. Zudem trat das BMI zum ersten Mal als Auftraggeber der Zeitschrift auf und ist dies auch bis heute geblieben. Natürlich blieb auch das Thema radioaktive Gefahren im Fokus vieler Beiträge und Ausgaben. Artikel wie „Schule im Atomzeitalter“ (ZB 5/1963) waren keine Seltenheit. Doch das Spektrum an Themen wurde breiter und zum Schwerpunkt des Luftschutzes kam zunehmend der Katastrophenschutz hinzu. So widmete sich beispielsweise mit „Katastrophen und wir“ (ZB 11/1969) bereits 1969 ein Beitrag dem Status des Katastrophenschutzes in Deutschland.

Diese thematische Ausweitung ist einer veränderten Wahrnehmung des Zivilschutzes in Deutschland geschuldet.

Nach der schweren Sturmflut im Norden der Bundesrepublik 1962 mit insgesamt 347 Toten, begann eine Entwicklung hin zu einem Bevölkerungsschutz im heutigen Sinne. Die Zeitschrift war damals ein Spiegel der Zeitgeschichte und ist dies auch bis heute geblieben. Aus dieser Logik heraus entwickelte sich die nächste große Zäsur in der Geschichte des Bevölkerungsschutz-Magazins: 1971 wurde aus der „ZB“ das „ZS-Magazin – Zeitschrift für Zivilschutz, Katastrophenschutz und Selbstschutz“. Eine Namensänderung, die deutlich macht, dass sich der Zivilschutz zunehmend breiter aufstellte. Darauf zählt auch die Übernahme der Fach- und Helferzeitschriften des THW und des Warn- und Alarmdienstes durch das „ZS-Magazin“ ein. Durch diesen Zusammenschluss war die monatliche Auflage mit 102.000 Exemplaren im Vergleich zu heute mit 30.000 Exemplaren sehr hoch.

Eine erneute Namensänderung 1980 in „Zivilschutzmagazin“ lässt den Schluss zu, dass hier der Zuspitzung der Blockkonfrontation im Kalten Krieg durch den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan und dem NATO-Doppelbeschluss Rechnung getragen wurde. Eine Konzentration auf Zivilschutzfragen erklärt den Wegfall des Untertitels „Zeitschrift für Zivilschutz, Katastrophenschutz und Selbstschutz“. Diese Dekade markierte einen eher kurzen Abschnitt in der Geschichte des Magazins, denn mit dem Fall der Mauer 1989 endete auch die Blockkonfrontation und der Katastrophenschutz gewann wieder mehr Raum in den Themen.

Denn wie so vieles in Deutschland wandelte sich das Magazin nach der Wiedervereinigung erneut grundlegend. Wie schon zur Zeit des Nationalsozialismus herrschte in

1989

Bevölkerungsschutz –
Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



2004

Bevölkerungsschutz



Heute



der DDR ein militärisches Verständnis von Zivil- und Katastrophenschutz und wurde zur politisch-ideologischen Prägung der Bevölkerung genutzt (Bock, 2026). Daher hatte das Bevölkerungsschutz-Magazin nach der Wiedervereinigung unter anderem die Aufgabe, das System des Zivil- und Katastrophenschutzes der Bundesrepublik und der einzelnen Hilfsorganisationen dem vereinten Deutschland zu vermitteln. Ab 1989 kehrte zudem der Begriff Katastrophenschutz in den Untertitel des Magazins zurück, welches fortan „Bevölkerungsschutz – Magazin für Zivil- und Katastrophenschutz“ hieß. Eine aus heutiger Sicht positive Entwicklung, die aber nicht darüber hinweg täuschen darf, dass der Bevölkerungsschutz im wiedervereinigten Deutschland einer schweren Zeit gegenüberstand, in der Bevölkerungsschutzstrukturen zunehmend abgebaut wurden. Das Ende des Kalten Krieges war eben auch das Ende einer unmittelbaren atomaren Gefahr durch eine drohende Eskalation des Konfliktes zwischen den USA und der Sowjetunion. Damit entfiel der ursprüngliche Grund für den Ausbau der Zivilen Verteidigung auf deutschem Boden.

Diese fundamentale Veränderung ging natürlich auch am Bevölkerungsschutz-Magazin nicht spurlos vorüber. Nach 1990 wechselte die Herausgeberschaft häufig: Vom Bundesverband für den Selbstschutz (kurz: BVS), der 1997 aufgelöst wurde, wanderte die Verantwortung des Heftes zum Bundesamt für Zivilschutz (kurz: BZS). Im Jahr 2000 wurde das Bundesamt schließlich aus Einsparungsgründen in die Zentralstelle für Zivilschutz (kurz: ZfZ) eingegliedert und die Herausgeberschaft änderte sich erneut. Konkrete Einsparungen lassen sich zudem am Erscheinen des Magazins festmachen, denn seit 1997 erscheint

das Bevölkerungsschutz-Magazin nur noch vierteljährlich.

2004 war es erneut die Weltgeschichte, die das Erscheinen des Bevölkerungsschutz-Magazins beeinflusste, als in Folge der Anschläge vom 11. September 2001 und des Elbehochwassers 2002 das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) 2004 gegründet wurde. Das Bundesamt führte auch das mittlerweile fast 50-jährige Magazin weiter fort und sorgte mit dem Wegfall des Untertitels für die vorerst letzte Namensänderung des Magazins. Übrigens spielte das Thema Radioaktivität in den letzten beiden Jahrzehnten eine geringere Rolle und wurde thematisch nur in Verbindung mit dem Schutz vor CBRN-Gefahren behandelt. Mit einer „Rache der Atome“ war also nicht mehr zu rechnen.

Fazit: Zusammenarbeit und Krisenvorbereitung

Der schnelle Ritt durch die letzten 70 Jahre der Geschichte des Bevölkerungsschutz-Magazins verdeutlicht, dass sich nicht nur Printmedien verändern und anpassen, auch der Schutz der Bevölkerung unterliegt einem ständigen Wandel. In diesem Zusammenhang fällt des Öfteren der Satz: „Das wäre früher unmöglich gewesen“. Dabei haben sich in den letzten sieben Jahrzehnten viele unmögliche Dinge im Bevölkerungsschutz im positiven Sinne als möglich erwiesen. Ein Beispiel: Der internationale Austausch in Sachen Bevölkerungsschutz mit einem Land der Sowjetunion, wie der Ukraine, wäre in der ZB-Illustrierten zur Zeit des Kalten Krieges ein unmögliches Thema gewesen. In der vorliegenden Ausgabe resümieren wir bereits über

eine Dekade Projektkooperation mit der Ukraine (siehe Seite 22) und ziehen aus dieser Zusammenarbeit wichtige Erkenntnisse für die Krisenvorbereitung.

Denn die Resilienz zu stärken und vorbereitet zu sein, wenn es darauf ankommt, das ist die Aufgabe des BBK. Diese Vorbereitung auf Krisen geschieht vor allem in der Zusammenarbeit, die auch in unserem Bevölkerungsschutz-Magazin sichtbar wird. So ist über alle Jahrzehnte hinweg das Magazin auch eine Plattform für die Hilfsorganisationen geblieben. Wenngleich mittlerweile wieder eigene Formate der Organisationen vorliegen, so ist das Forum mit den Beiträgen von dem Arbeiter-Samariter-Bund (kurz: ASB), dem Deutschen Roten Kreuz (kurz: DRK), der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (kurz: DLRG), der Johanniter-Unfall-Hilfe (kurz: JUH), dem Deutschen Feuerwehrverband (kurz: DFV), dem Malteser Hilfsdienst (kurz: MHD), den Regieeinheiten und dem THW weiterhin ein fester Bestandteil des Magazins. Das Forum spricht dabei vor allem ehrenamtlich engagierte Menschen in unserer Bevölkerung an und informiert über die Aktivitäten der Hilfsorganisationen.

Die Zielsetzung des Bevölkerungsschutz-Magazins geht noch einen Schritt weiter: Nicht zuletzt leitet sich aus dem Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes (ZSKG) § 4 (4) der gesetzliche Auftrag zur Information der Bevölkerung ab. Ein Puzzlestück dieser Aufgabe liegt gerade vor Ihnen: Das Bevölkerungsschutz-Magazin. Seit 1956 dient es in unterschiedlichen Ausprägungen und unter verschiedener Herausgeber-schaft der Vorbereitung auf Krisen.

Die digitale Ausgabe des Bevölkerungsschutz-Magazins

Die skizzierte Wandlung des Bevölkerungsschutz-Magazins zeigt, dass es immer auch die jeweils aktuellen Entwicklungen der Zivilen Verteidigung in Deutschland widerspiegelt hat. Dies wird in der Auswahl der Themen und Artikel am deutlichsten. In Zeiten der Digitalisierung und Desinformation wird es darauf ankommen, die Zielgruppen des Bevölkerungsschutz-Magazins auch auf anderen Kanälen zu erreichen und damit nicht nur aktuelle Inhalte zu präsentieren, sondern auch auf neuen Kanälen präsent zu sein. Daher bauen wir kontinuierlich unsere Webpräsenz aus und arbeiten weiter daran, Themen des Bevölkerungsschutzes zu verbreiten. Auf unserer neuen Webpräsenz können Sie die Inhalte der einzelnen Ausgaben direkt digital und ohne PDF-Download lesen, in Ihrer Browser App als Lesezeichen speichern oder an Kontakte per Link versenden. Dies geht, dank responsivem Design, auch unterwegs per Smartphone.

Hier geht's zum digitalen Magazin:
www.bbk.bund.de/magazin



Begriffsdefinitionen (Quelle: BBK)

Der **Bevölkerungsschutz** beschreibt als Oberbegriff alle Aufgaben und Maßnahmen der Kommunen und der Länder im Katastrophenschutz sowie des Bundes im Zivilschutz.

Zivile Verteidigung beschreibt nicht militärische Maßnahmen im Rahmen der Gesamtverteidigung, die sich auf Art. 73 Ziff. 1 Grundgesetz beziehen; unterteilt in: Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte mit Gütern und Leistungen, Unterstützung der Streitkräfte und den Zivilschutz.

Zivilschutz ist die Aufgabe des Bundes, durch nicht militärische Maßnahmen die Bevölkerung, ihre Wohnungen und Arbeitsstätten, lebens- oder verteidigungswichtige zivile Dienststellen, Betriebe, Einrichtungen und Anlagen sowie das Kulturgut vor Kriegseinwirkungen zu schützen und deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern. Behördliche Maßnahmen ergänzen die Selbsthilfe der Bevölkerung. Zum Zivilschutz gehören insbesondere der Selbstschutz, die Warnung der Bevölkerung, der Schutzbau, die Aufenthaltsregelung, der Katastrophenschutz nach Maßgabe des § 11 ZSKG, Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und Maßnahmen zum Schutz von Kulturgut (vgl. § 1 ZSKG).

LITERATUR

Bock, N. (2026). Die historischen Entwicklungen des Bevölkerungsschutzes in Deutschland. Informationen zur politischen Bildung (IzpB), 365, 6–15.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. (2008). 50 Jahre Zivil- und Bevölkerungsschutz in Deutschland. BBK.

Schramm, R. (2008). Die Ahnengalerie einer Fachzeitschrift. Bevölkerungsschutz 2008(4), 7–9.

Schramm, R. & Trunk, P. (2001). Von der Illustrierten zum Magazin. Bevölkerungsschutz, 2001(2), 4–6.

Stein, N. (2013). Mit optimistischem Grundzug. Bevölkerungsschutz 2013(1), 32–33.

Sebastian Heuft ist in der Redaktion des Bevölkerungsschutz-Magazins im Referat „Medienarbeit und Publikationen“ des BBK tätig.



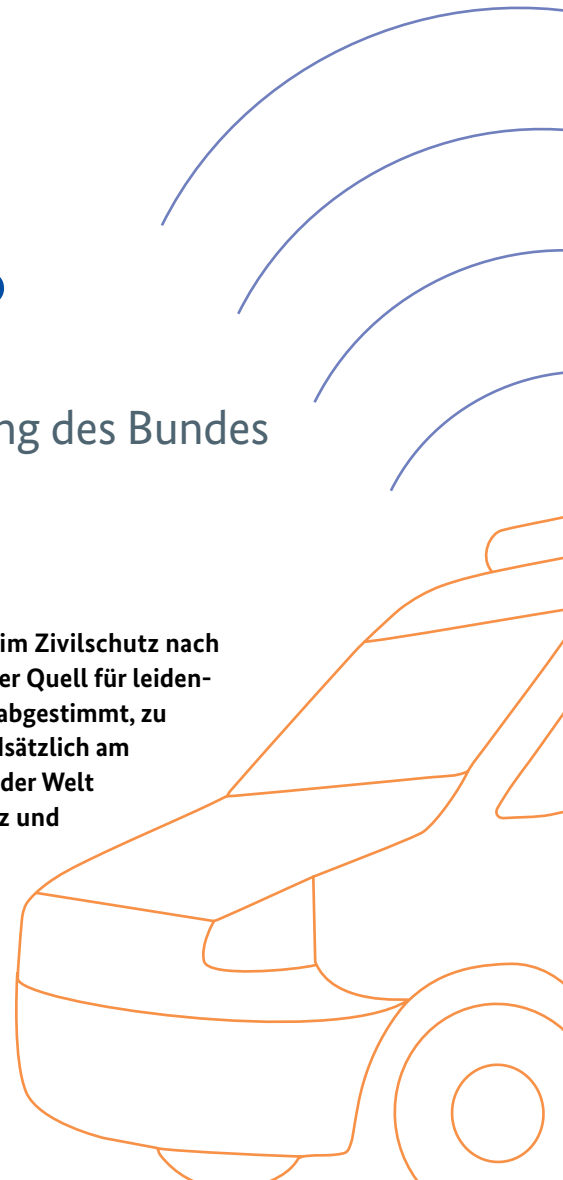
Auch der GW Dekon EV muss im Gelände zeigen, was er kann. (Quelle: BBK)

„Der Bund ergänzt die Ausstattung...“ – Was heißt das konkret?

Über die Bedeutung der ergänzenden Ausstattung des Bundes

Giulio Gullotta und Martin Frießnegg

Die ergänzende Ausstattung des Bundes für den Katastrophenschutz der Länder im Zivilschutz nach § 13 des Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetzes (kurz: ZSKG) ist ein unendlicher Quell für leidenschaftliche Diskussionen: Zu wenig, zu alt, nicht auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmt, zu große oder zu kleine Fahrzeuge, die falschen Produkte oder Hersteller sowie grundsätzlich am falschen Ort stationiert, um nur einige Aspekte zu nennen. Herzlich willkommen in der Welt der Abteilung „Zivilschutzausstattung“ des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK). Nachfolgend sollen die Rahmenbedingungen für die laufenden und anstehenden Beschaffungsvorhaben im Bereich der ergänzenden Ausstattung für den Zivilschutz vorgestellt werden, um den Nebel zu lichten und eine informierte Diskussion zu ermöglichen.





„Versuch macht kluch“ – nur widrige Umstände bringen bei der Erprobung die gewünschten Erkenntnisse. (Quelle: BBK)



KTW Typ B ZS bei einer Erprobung im Gelände. (Quelle: Bundesfoto/B. Lammel)

Ein paar grundsätzliche Annahmen

Nur um das klar zu stellen: Der Bund will keinen Krieg. Und dennoch „gehört der Krieg dem Bund“, was aber nicht bedeutet, dass außer dem Bund niemand bei der (Gesamt-)Verteidigung mitwirkt. Deshalb bedeutet Art. 73 Abs. 1 Nr. 1 des Grundgesetzes einfach ausgedrückt: Der Krieg gehört dem Bund, aber er macht es nicht alleine. Was bedeutet das für die ergänzende Ausstattung? Das integrierte Hilfeleistungssystem der Bundesrepublik greift bei der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr auf sämtliche verfügbaren Ressourcen zurück. So wird beispielsweise der Brandschutz in Friedenszeiten als kommunale Pflichtaufgabe täglich sichergestellt. Das ist wichtig zu erinnern, wenn zum Beispiel ein Brandschutzfahrzeug des Bundes, das ergänzend für die besonderen Gefahren eines Krieges zur Verfügung gestellt wird, irgendwo in Deutschland ausfällt. Denn solange sich Deutschland im Frieden befindet, sollte dieser Fahrzeugausfall weder in der alltäglichen Gefahrenabwehr noch im Katastrophenschutz (kurz: KatS) unmittelbare Auswirkungen haben. Die Länder können die ergänzende Ausstattung des Bundes im Sinne eines Doppelnutzens zwar im KatS einsetzen, doch können sie ihre Vorsorgeplanungen nicht auf diese Fahrzeuge stützen. Wie der Name schon sagt, ergänzt diese Ausstattung lediglich die bereits vorhandenen Vorhaltungen für die besonderen Gefahren, die in einem bewaffneten Konflikt zu erwarten sind, also für die Aufgabe Zivilschutz. Als vereinfachter (Verwaltungs-)Merksatz formuliert: Der Krieg dem Bund, die Katastrophe dem Land – die Kommune, die macht es, so geht's Hand in Hand.

Histörchen

Die Entscheidung über das Ausstattungssoll in der aktuellen Form haben Bund und Länder gemeinsam im Jahre 2007 getroffen. Ausgehend von der Bedrohungslage sowie den in den Ländern vorhandenen Fähigkeiten wurde festgelegt, was der Bund zukünftig ergänzen sollte, um Deutschlands integriertes Hilfeleistungssystem zu stärken. Dabei lag und liegt der Schwerpunkt auf Fähigkeiten, die in besonderen – und damit in der Regel seltenen – Lagen erforderlich sind. Schon damals war klar, dass Deutschland eher nicht mit umfassenden Kampfhandlungen auf seinem Territorium rechnen muss. Aber auch, dass Deutschland in der gesamten Fläche bedroht wäre, sollte es zu einer außenpolitisch-militärischen Krise kommen. Selbst eine solche Krise erschien vielen damals unwahrscheinlich, sodass die Haushaltsansätze der Bundesregierungen für den Zivilschutz überschaubar ausfielen. Daran änderten weder der Angriff Russlands auf Georgien (Kaukasuskrieg 2008) noch der Angriff Russlands auf die Ukraine 2014 etwas.

In der Zivilschutzwelt wurden beide Angriffskriege sehr wohl wahrgenommen. Für die Bedrohungspersonen bedeuteten sie keine Veränderung der zu erwartenden Auswirkungen (Schadensbilder) in Deutschland, aber eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, dass diese irgendwo auf Bundesgebiet auftreten könnten. Historisch Interessierten ist in diesem Kontext die „Analyse sicherheitspolitischer Bedrohungen und Risiken unter Aspekten der Zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes“, herausgegeben von Dr. Hans-Georg Ehrhart und Professor Dr. Götz Neuneck aus dem Jahr 2015 zu empfehlen.

Fähigkeiten bleiben, Absichten ändern sich über Nacht

Dieser Grundsatz aus der Welt der Nachrichtendienste und der Analyse von Sicherheitslagen war und ist auf den Zivilschutz zu übertragen. Er bedeutet letztlich, dass solange grundsätzlich die Möglichkeit des Eintritts einer bestimmten Schadenslage besteht, die Vorbereitung auf diese sinnvoll ist, selbst wenn die Wahrscheinlichkeit als gering bewertet wird. Oder in ein Bild übersetzt: So lange es einen Mann mit einer Waffe gibt, sollten Helm und beschuss-sichere Weste in greifbarer Nähe sein, um sich zu schützen. Denn selbst wenn dieser Mann heute sagt, dass er niemals auf mich schießen wird – er hat die Möglichkeit dazu. Aber die Abwägung, auf welche Lagen sich vorbereitet wird, ist eine politische. Um im Bild zu bleiben: Wenn dem Mann mit der Waffe geglaubt wird, dass er friedlich ist und bleibt, dann muss nichts getan werden. Außer zu gucken, ob er sich langsam in Richtung seines Waffenschanks aufmacht.

Das fällt bei klassischen militärischen Bedrohungen leichter als bei hybriden. Denn letztlich kann alles als Waffe – im Sinne von „Werkzeug, mit dem Schaden angerichtet werden kann“ – benutzt werden. So war für den Zivilschutz in Deutschland eine nachvollziehbare Annahme, dass sich strategisch agierende Angreifende gegebenenfalls bereits im Land vorhandener Gefahrenpotenziale bedienen würden, um mit geringem Aufwand große Wirkung zu erzielen. Allen voran sind Szenarien mit chemischen, biologischen, radiologischen oder nuklearen (kurz: CBRN) Gefahren zu nennen. Hier hat sich die Bedrohungslage im Vergleich zu 2007 nicht entspannt. Im Gegenteil: Mit den Anschlägen auf Sergej Skripal und seine Tochter im März 2018 sowie Alexej Nawalny 2020 wurde offensichtlich, dass die Bedrohung nicht nur abstrakt und in Form toxischer Industriechemikalien weiterhin besteht. Sie hat sich vielmehr verändert; manche bewerten sie als erheblich verschärft. Und zwar so, dass eine räumliche Begrenzung – beispielsweise auf Standorte der chemischen Industrie – nicht möglich ist.

Das hat zur Folge, dass die Fähigkeit der CBRN-Abwehr bundesweit disloziert vorhanden sein muss. Nur so wird eine schnelle (und lebensrettende) Ersteinschätzung zur CBRN-Gefahrenlage möglich. So hilfreich spezialisierte Kräfte mit erweiterten forensischen Untersuchungsmöglichkeiten in CBRN-Lagen sind, so wahrscheinlich ist es, dass zunächst die örtliche Gefahrenabwehr vor Ort sein wird, wenn etwas passiert.

Laufende Maßnahmen

Daher modernisiert und aktualisiert der Bund aktuell auch vorrangig im Bereich CBRN-Schutz, konkret seit 2025 die Ausstattung für die Detektion. Der CBRN-Erkundungswagen, der im Bevölkerungsschutz-Magazin 4/2025 vorgestellt wurde, löst nach und nach die in der Fläche vorhandenen ABC-Erkunder auf Fiat Ducato Fahrgestell

ab. Die gefährlichste Bedrohung aus Sicht des Bundes bedarf auch der stärksten Antwort. Die Besonderheit der Gefahr entsteht dadurch, dass die Wirkung dramatisch (oft tödlich), die Häufigkeit entsprechender Ereignisse gering (deswegen besteht ein hoher Aus-, Fort-, Weiterbildungs- und Übungsaufwand für Kompetenzaufbau und -erhalt) und die erforderliche Ausstattung selten ist. Diese Faktoren sind für die Priorisierung, beispielsweise gegenüber den bundesweit zahlreich verfügbaren Brandschutzfahrzeugen, maßgeblich. Schließlich ist der Brandschutz, wie zuvor ausgeführt, grundsätzlich sichergestellt. In Zeiten beschränkter Haushaltsmittel war und ist die fachliche Dringlichkeitsbewertung unerlässlich, um aus Steuergeldern an den richtigen Stellen möglichst zügig Sicherheit zu machen. Damit keine Missverständnisse aufkommen: Jeder Bestandteil des Ausstattungssolls hat seine Berechtigung. Auch die Fahrzeuge für den Brandschutz im Krieg. Allen voran der Schlauchwagen für den Katastrophenschutz (kurz: SW KatS). Deshalb läuft auch hier die Beschaffung und seit 2025 die Auslieferung von SW KatS an die Länder. Denn der Wassertransport über lange Strecken ist beispielsweise auch für die Dekontamination in CBRN-Lagen eine entscheidende Fähigkeit.

Schlauchwagen Katastrophenschutz (kurz: SW KatS)

- **Beladung:** 2.000 Meter B-Schlauch; 5.000-Liter-Faltbehälter; Tragkraftspritze
- **Fahrzeug:** Plane-Spiegel-Aufbau mit Gerätekoffer und Ladebordwand
- **Getriebe:** Automatisiertes Schaltgetriebe mit Wandler; **Antrieb:** zuschaltbarer Allrandantrieb
- **Hubraum:** 6.871 ccm; 184 kW (250 PS)
- **Länge:** 8.200 mm; Breite: 2.550 mm; Höhe: 3.300 mm
- **Zulässige Gesamtmasse:** 14.200 kg



Die aktuelle Generation der SW KatS. (Quelle: BBK)

Zurück zur Detektion von CBRN-Gefahrstoffen. Das Spüren und das Messen sind keine trivialen Aufgaben. Der Umgang mit den Messeinrichtungen, aber auch mit dem Fahrzeug, müssen beherrscht werden, um im fordernden Einsatz sicher handeln zu können. Daher wird bundesseitig viel Wert daraufgelegt, dass keine (besondere) Ausstattung ohne Ausbildung übergeben wird. Die Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (kurz: BABZ) schult Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sämtlicher Standorte, um damit die Grundlage für die Qualifizierung vor Ort zu schaffen. Danach geht es dann nach Bonn, wo die Fahrzeuge an die Einsatzkräfte übergeben werden und sie praxisnahe Übungsaufgaben zur Festigung des Gelernten vor Abfahrt in die Standorte erledigen müssen.

Glücklich, wer ein Bundesfahrzeug bekommt?

Apropos Übergabe an einen Standort: Wo ein Fahrzeug stationiert wird, entscheiden die Innenressorts der Bundesländer auf Grundlage ihrer jeweiligen Gefährdungsbeurteilung. So wird sichergestellt, dass die Besonderheiten der Länder, sowohl was die vorhandenen Fähigkeiten der Gefahrenabwehr als auch etwaige spezielle Herausforderungen angeht, berücksichtigt werden. So verständlich

Praktische Erprobung der Geländefähigkeit. (Quelle: BBK)



das Bedauern über den Verlust eines Bundesfahrzeuges im eigenen Fuhrpark ist, so wenig ist der Bund im aktuellen System der richtige Ansprechpartner für die Darlegung dadurch entstehender (Ausstattungs-)Defizite. Allen Partnern des integrierten Hilfeleistungssystems ist daran gelegen, so schnell wie nur möglich notwendige Fähigkeiten aufzubauen oder vorhandene zu erhalten. Dabei gilt, wie bei allen Projekten, dass die drei großen Einflussfaktoren a) Qualität, b) Zeit und c) Ressourcen sind. Die Qualität der ergänzenden Ausstattung wird zuvorderst an ihrer Eignung für die definierten Einsatzzwecke gemessen. Die sogenannten „Einsatztaktischen Forderungen“ bilden die Grundlage für technische Spezifizierungen, die sich schließlich in einem Lastenheft für die Ausschreibung wiederfinden. Eine grundlegende Einsatztaktische Forderung an die „Mobilitätsplattformen Land“ – also die Fahrgestelle – der ergänzenden Ausstattung ist beispielsweise die Geländefähigkeit. Das heißt, dass das Fahrzeug sowohl auf der Straße als auch bedingt im Gelände sicher gefahren werden kann. Jedes Fahrzeug muss diese Anforderung erfüllen oder es muss gesondert begründet werden, wieso entweder weniger (Straßentauglichkeit = „nur“ befestigte Straßen) oder mehr (Geländegängigkeit = auch querfeldein) nötig ist. Die derzeit in Beschaffung befindliche Messleitkomponente ist konzeptionell nicht für den Einsatz jenseits befestigter Wege vorgesehen. Daher reicht ein Straßenfahrgestell. Der CBRN-Erkundungswagen hingegen muss auch bei zerstörter Verkehrsinfrastruktur mobil bleiben. Daher ist das Fahrzeug mit einem geländefähigen Allradfahrgestell ausgestattet.

„Gut Ding braucht Weil“

Die technische Umsetzung Einsatztaktischer Forderungen ist nicht immer so einfach wie im obigen Beispiel. Für den Alltag konzipierte und häufig auch nützliche Assistenzsysteme sind in der Regel nicht darauf ausgelegt, auch in besonderen Fahrsituationen zu unterstützen. Wenn diese serienmäßig in Fahrgestellen verbaut sind, gilt es, intelligente Lösungen zu finden, um einen sicheren Betrieb auch unter Kriegsbedingungen zu ermöglichen. Ein Abbiegeassistent, der nicht abschaltbar ist, kann Kraftfahrende im Gelände in den Wahnsinn treiben und dazu führen, dass echte Gefahren nicht mehr wahrgenommen werden. Da die Sicherheit der Einsatzkräfte, die meist ehrenamtlich mit Bundesausstattung in besonders fordernde Einsätze gehen, bei den Beschaffungen des BBK oberste Priorität hat, müssen die Lösungsvorschläge der Auftragnehmer unter einsatznahen (Extrem-)Bedingungen erprobt werden. Denn gute Qualität hat aus Bundessicht nur, was den Einsatzzweck erfüllt, dabei die Einsatzkräfte keiner zusätzlichen unzumutbaren Gefahr aussetzt und mehr als einmal verwendet werden kann – sofern nicht Verbrauchsmaterial.

Von der Vorstellung eines Fahrzeugkonzeptes durch einen Auftragnehmenden bis zur Freigabe der Serienproduktion durch das BBK als Bedarfsträger und das Beschaffungsamt des Bundesinnenministeriums (kurz: BeschA) als Auftraggeber dauert es daher. Die technisch einwandfreie Umsetzung wird übrigens bei jedem Fahrzeug geprüft. Der Güteprüfdienst des BeschA arbeitet dabei eng mit dem BBK zusammen. Werden wiederkehrend in einer Fahrzeugserie die immer gleichen Probleme festgestellt, spricht man von einem Serienmangel. Dabei gibt es auch Mängel, die erst im Betrieb auffallen (können). Hier soll das Beispiel von fehlerhaften Bremsanlagen reichen: Fabrikneue Fahrzeuge benötigen keine Hauptuntersuchung, da die – berechnete – Annahme des Gesetzgebers ist, dass sie den einschlägigen Zulassungsvorschriften entsprechen. Weder das BBK noch das BeschA fahren mit sämtlichen oder auch nur einzelnen Neufahrzeugen zig Kilometer, um das Bremsverhalten zu prüfen. Wenn dann Einsatzkräfte auf dem Kraftfahrzeug-Marsch (kurz: Kfz-Marsch) von der Abholung eines Fahrzeuges in Bonn in ihren Standort abnormes Fahr- oder Bremsverhalten feststellen, gilt es, umgehend gemeinsam mit den Auftragnehmenden (und den Fahrgestellliefernden) die Situation zu bewerten. Das kann dann auch dazu führen, dass ganze Fahrzeugserien bis zur Fehlerbeseitigung nicht bewegt werden dürfen. Die Sicherheit des Personals duldet an dieser Stelle keine Kompromisse.

In den entsprechenden Fällen unterrichtet das BBK unverzüglich die Innenressorts der Länder, mit der Bitte um Weitergabe der Informationen an die Standorte. Wo immer möglich, erfolgt das bereits mit einem Hinweis auf die Pläne der Auftragnehmenden bezüglich der Mängelbeseitigung.

Der Hof ist voll. Wo bleibt „mein“ Fahrzeug?

So kommt es, dass die Kfz-Abstellflächen des BBK-Auslieferungslagers in Bonn-Dransdorf phasenweise mit noch nicht ausgelieferten Fahrzeugen der ergänzenden Ausstattung voll stehen und Außenstehende meinen, dass das BBK „auf den Fahrzeugen sitzt“. In Wirklichkeit aber sind diese Fahrzeuge mangelbehaftet und können erst nach Beseitigung der Mängel an die Einsatzkräfte übergeben werden. Das BeschA und das BBK geben den Auftragnehmenden im gesamten Beschaffungsprozess kontinuierlich



Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (4. v. l.) übergibt am 30. April 2026 Zivilschutzfahrzeuge für Detektion und Dekontamination an Einsatzkräfte. (Quelle: BBK)

Rückmeldung auf Grundlage der Erkenntnisse und Erfahrungen aus vorhergehenden Verfahren, um die erforderliche Qualität zu erreichen. Dennoch kommt es, aus den unterschiedlichsten Gründen, immer wieder zu neuen Herausforderungen, die es dann gemeinsam zu beseitigen gilt. Denn nur mängelfreie Fahrzeuge können an den Standorten verlässlich eingesetzt werden.

Ginge es ausschließlich um fachliche Aspekte, dann sollten spätestens alle zwanzig Jahre neue Fahrzeuge ausgeliefert werden. Tatsächlich haben Bundesfahrzeuge aber meist eine längere Laufzeit, teilweise sogar über 40 Jahre. Die Substanz muss daher stimmen. Die Fahrzeuge für den Aufgabenbereich Betreuung sind im Schnitt 28 Jahre alt und damit allesamt Youngtimer. Das älteste Betreuungsfahrzeug wurde bereits 1995 gebaut. Dass die alten Bundesfahrzeuge – nicht nur im Bereich Betreuung – noch eingesetzt werden können, ist dem Engagement und häufig auch der Kreativität der Einsatzkräfte zu verdanken. Denn für so manches Schätzchen gibt es Ersatzteile nur noch über Beziehungen in die Oldtimerszene. Es wird kaum überraschen, dass das nicht der Wunschzustand des BBK ist.

Durch die mittelfristige Finanzplanung des Bundes, die 2025 verabschiedet wurde, kann das BBK bis 2029 Beschaffungen initiieren, die noch im Jahr 2024 als Wunschträume verspottet wurden. Die Logistikkomponente der Medizinischen Taskforce (kurz: MTF) steht dabei genauso auf der Einkaufsliste wie neue Fahrzeuge für den Aufgabenbereich Betreuung. Dabei berücksichtigt das BBK die Rückmeldungen aus Ländern und Hilfsorganisationen zu den zuletzt beschafften Gerätewagen der MTF. Die dreiaxigen Fahrzeuge haben im Rahmen der Erprobungen die



Betankung eines CBRN-Erkunders durch Einsatzkraft mit ballistischem Schutz (Erprobungsmuster). (Quelle: BBK)

einsatztaktischen Anforderungen erfüllt. Sie sind rein fachlich betrachtet sehr gut geeignet, um zügig und sicher die beabsichtigte Wirkung zu entfalten. Es gibt aufgrund ihrer Größe aber Herausforderungen bei der Unterbringung an einzelnen Standorten. Für die Logistikkomponente der MTF ist daher eine konzeptionelle Anpassung erfolgt, die der Bund in der 59. Sitzung des Ausschusses Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung des Arbeitskreises V der Innenministerkonferenz im März 2026 vorgestellt hat. Konkret ist beabsichtigt, auf die Staffelnkabine bei den Gerätewagen Logistik zu verzichten und stattdessen einen weiteren Mannschaftstransportwagen (kurz: MTW) vorzusehen. Die Anzahl des Personals in Summe bleibt dabei gleich, aber die Gerätewagen können mit kompakteren Abmaßen realisiert werden. Gleichzeitig steht mit dem zusätzlichen MTW ein einsatztaktisch vielseitig einsetzbares Fahrzeug zur Verfügung.

Zu berücksichtigen ist, dass das Personal in allen Aufgabenbereichen des § 13 ZSKG bedrohungsgerecht zu schützen ist. Ganz gleich, ob im Spür- oder Messeinsatz, bei der Brandbekämpfung, der Dekontamination, im Sanitätsdienst oder bei der Betreuung unverletzt Betroffener – die persönliche Schutzausrüstung ist Voraussetzung für die Leistungserbringung. Bereits im Jahr 2022

hat die damalige Bundesregierung öffentlich angekündigt, beim BBK ein „Entwicklungs- und Erprobungszentrum für den Zivilschutz“ einzurichten. Die Empfehlung des BBK dazu stammte aus 2018, zeigte doch der seit 2014 andauernde Krieg in der Ukraine, dass sich durch technische Fortschritte auch die Lage für Zivilschutzkräfte dynamisch entwickelt. Beispielhaft ist die Notwendigkeit der Befassung mit ballistischem Schutz. Sowohl der Einsatz von Schusswaffen als auch von verschiedensten Sprengmitteln sind Kennzeichen bewaffneter Konflikte. In der Ukraine ist aktuell zu beobachten, dass russische Drohnen- und Bombenangriffe auch dann erfolgen, wenn Einsatzkräfte des State Emergency Service bereits bei der Rettung von Menschenleben oder der Bekämpfung von Bränden eingesetzt werden. Sie tragen Westen und Helme, die bei der ohnehin gefährlichen Arbeit vor Splittern schützen. Das BBK erprobt natürlich auch ohne Entwicklungs- und Erprobungszentrum entsprechende Schutzmaßnahmen für die Zivilschutzkräfte in Einsatz- und Alltagssituationen. Schließlich gilt es, eine Lösung zu finden, die die etablierten Handgriffe und Verfahren möglichst wenig verändert.

Mühsam ernährt sich das Eichhörnchen

Menschen, die über viele Jahre im Katastrophen- und im Zivilschutz tätig sind, wissen, dass nichts so beständig ist wie die Lageänderung. Das beschreibt leider nicht nur den Zustand in einer akuten Lage, sondern auch die Situation in Friedenszeiten. Doch zum Glück gibt es auch eine große Konstante: den Schutz der Bevölkerung, ihrer Lebensgrundlagen sowie der lebenswichtigen Infrastrukturen – im Zivilschutz auch der verteidigungswichtigen – mit dem Material sicherzustellen, was vorhanden ist. Motivierete Einsatzkräfte in den anerkannten Hilfsorganisationen, den Regieeinheiten und den Feuerwehren, die hauptsächlich ehrenamtlich tätig sind, werden vom hauptamtlichen Personal in den Verwaltungen von Kommunen, Mittel- und Zwischenbehörden sowie den Innenressorts der Länder unterstützt. Dass es bei der Vielzahl an Beteiligten und Einflussfaktoren immer wieder zu unterschiedlichen Wahrnehmungen kommt, ist verständlich. Dieser Beitrag ist dazu gedacht, die Absichten des BBK offen zu legen. Aus Bundesperspektive werden in den kommenden Jahren zahlreiche Fähigkeiten zeitgemäß aufgefrischt. Erhebliche Investitionen gehen sowohl in die Beschaffung im Bereich Betreuung als auch in den Sanitätsdienst und ergänzen damit die bereits eingeleitete Modernisierung in den Bereichen Brandschutz und CBRN-Schutz.

Giulio Gullotta leitet die Abteilung „Zivilschutzausstattung“ des BBK. Martin Frießnegg leitet das Referat „Entwicklung und Erprobung der Ausstattung“, zu dem auch das Bestückungslager des BBK gehört.

Die Sanitätsmaterialbevorratung des Bundes

Ein zentraler Aspekt der Zivilen Verteidigung

In diesem Artikel wird die Bevorratung von Sanitätsmaterial (kurz: SanMat) durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) näher vorgestellt: Auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgt die Bevorratung, wie ist die Historie der Bevorratung, was wird wie bevorratet? Abgerundet wird der Artikel mit weiterführenden Hinweisen, welche allgemeinen Aspekte bei einer Bevorratung von SanMat beachtet werden sollten, zum einen aus der Perspektive der Zivilbevölkerung, aber auch aus der „professionellen“ Sicht, zum Beispiel als Kommune.

In Anbetracht der angespannten weltpolitischen Lage mit einer hohen Anzahl an Konflikten und Kriegen gewinnt die Zivile Verteidigung seit einigen Jahren in Deutschland wieder mehr an Bedeutung. Sie ist dabei Teil der sogenannten Gesamtverteidigung, die zudem die Militärische Verteidigung beinhaltet. Die Zivile Verteidigung umfasst vier Säulen. Eine Säule davon ist die des Zivilschutzes – also der Schutz der Zivilbevölkerung vor kriegsbedingten Gefahren. Hierzu gehört gemäß der Konzeption Zivile Verteidigung unter anderem der Schutz der Gesundheit. Im Grundgesetz ist zudem das Recht auf Leben und das Recht auf körperliche Unversehrtheit als Schutzgüter festgelegt. In diesem Kontext bereitet der Bund präventive Maßnahmen für einen Bündnis- oder Landesverteidigungsfall vor.

Zur Steigerung von Resilienz und Fähigkeiten zur Bewältigung der Herausforderungen für den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz werden neben den entsprechenden konzeptionellen Vorbereitungen auch besondere Materialien benötigt. Dazu gehört unter anderem die Bevorratung von SanMat, welches sowohl Arzneimittel (Medikamente) als auch Medizinprodukte (zum Beispiel Verbandsmaterialien) umfasst. Die SanMat-Bevorratung bettet sich dabei in eine Vielzahl von Beschaffungsmaßnahmen und anderen Vorbereitungen ein, nicht nur im Gesundheitlichen Bevölkerungsschutz, sondern auch in den anderen vielfältigen Aufgabenbereichen des Bundes.

Rechtlicher Hintergrund der SanMat-Bevorratung

Gemäß der Apothekenbetriebsordnung (kurz: ApBetrO) haben öffentliche Apotheken grundsätzlich die Verpflichtung, den durchschnittlichen Bedarf an Arzneimitteln und

apothekenpflichtigen Medizinprodukten, der zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Arzneimittelversorgung der Bevölkerung notwendig ist, für eine Woche vorzuhalten (§ 15 ApBetrO). Außerdem sind krankenhausversorgende Apotheken und Krankenhausapotheken gesetzlich verpflichtet, den durchschnittlichen Zwei-Wochen-Bedarf an Arzneimitteln und apothekenpflichtigen Medizinprodukten vorzuhalten. „Zudem müssen durch diese [...] Arzneimittel zur intensivmedizinischen Versorgung in ausreichender Menge vorgehalten werden [...]“ (§ 30 ApBetrO). Für die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit SanMat bei Katastrophen (wie zum Beispiel der Flut im Ahrtal 2021) wiederum sind die Bundesländer gemäß der jeweiligen Landesgesetzgebung verpflichtet, entsprechende Katastrophenvorhaltungen zu betreiben.

Für die Bevorratung, die über diese alltäglichen Vorhaltungen sowie für Krisen und Katastrophenszenarien hinaus geht, liefert § 23 des Gesetzes über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes (kurz: ZSKG) den rechtlichen Rahmen. Der Bund bevorratet demnach ergänzend SanMat, um die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung im Bündnis- und Verteidigungsfall sicherzustellen.

Die Arzneimittelgesetz-Zivilschutzausnahmereverordnung (kurz: AMGZSAV) gibt dem Bund dabei die Möglichkeit, bei der Bevorratung von SanMat für den Zivilschutz von einigen Vorschriften des Arzneimittelgesetz abzuweichen. Ein Beispiel hierfür ist die Verwendung von Medikamenten nach Ablauf des Verfallsdatums nach entsprechender Qualitätsprüfung für den Einsatz im Zivilschutz.

Das vom Bund bevorratete Material kann von den Ländern im Bereich des Katastrophenschutzes genutzt und für die jeweiligen Planungen der Katastrophenschutzvorsorge berücksichtigt werden. Man spricht hier vom sogenannten Doppelnutzen (§ 23 ZSKG), da das Material sowohl im Kontext Zivilschutz als auch bei Katastrophenlagen genutzt werden kann. Bei einer Katastrophe würden Rettungsdienste, Katastrophenschutzeinheiten, Notaufnahmen und weitere Akteure zunächst (landes-)eigenes SanMat einsetzen. Bei Bedarf kann durch die Bundesländer SanMat des Bundes angefordert werden, welches dann im Rahmen der Katastrophenhilfe zur Verfügung gestellt wird, um die Versorgung der Patientinnen und Patienten sicherzustellen.



Sanitätsmaterialbevorratung in Deutschland (mit Gesetzesgrundlagen)

Abbildung 1. (Quelle: BBK)

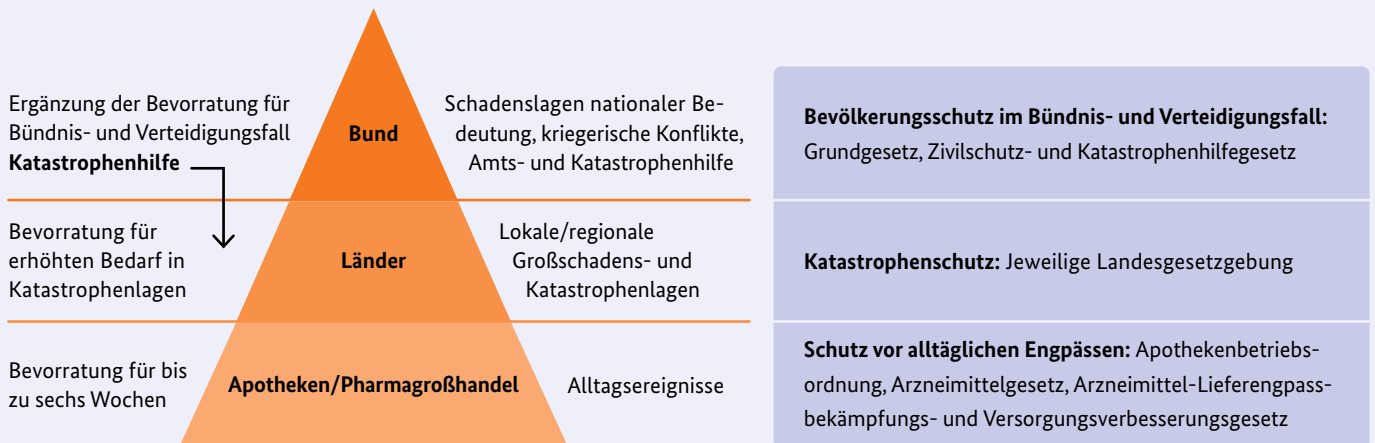


Abbildung 1 gibt noch einmal eine Übersicht über die unterschiedlichen Zuständigkeiten im weiteren Kontext der SanMat-Bevorratung.

Historie der SanMat-Bevorratung

In Zeiten des Kalten Krieges wurde umfangreich SanMat durch den Bund bevorratet. 1995 wurde die zentrale Lagerung der früheren Zivilschutz-Sanitätsmaterialbevorratung des Bundes jedoch abgeschafft. Im Jahr 2004 und somit im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft (kurz: WM) 2006 in Deutschland, erfolgte ein Pilotprojekt zur SanMat-Bevorratung des Bundes als kooperative Ressourcennutzung und Notfallbevorratung. Hierzu wurden an den WM-Spielstandorten SanMat bevorratet, um die potenziellen Mehrbedarfe durch einen Massenanfall von Verletzten (kurz: MANV) besser bewältigen zu können. Nach der WM erfolgte eine Überarbeitung der Bevorratung des Bundes: Diese sollte nun die Vorkehrungen der Länder ergänzen, speziell vor dem Hintergrund der Szenarien Verteidigungsfall und Großschadensereignisse. 2009 kam es dann zur gesetzlichen Regelung der SanMat-Bevorratung des Bundes durch § 23 ZSKG. In der Folge wurden Anpassungen der Inhaltsliste an den aktuellen Stand von Medizin und Wissenschaft vorgenommen. Das Pilotprojekt SanMat-Bevorratung im Kontext WM wurde eine dauerhafte Aufgabe im BBK. Seit 2020 wurde die Bevorratung stetig erweitert. 2024 wurde der physische Abruf eines SanMat-Pakets im Rahmen der Großübung EUROMED in Hamburg praktisch geübt. Die EUROMED war eine bundeslandübergreifende Einsatzübung der Medizinischen Task Force (kurz: MTF), bei der die sanitätsdienstliche Versorgung einer großen Anzahl von Patientinnen und Patienten geübt wurde. Die letzte Anpassung der Inhaltsliste erfolgte 2025 im Rahmen einer Expertiserunde. Derzeit wird die SanMat-Bevorratung des Bundes intensiv weiter ausgebaut.

SanMat-Bevorratung des Bundes

Die SanMat-Bevorratung des Bundes erfolgt mit sogenannten SanMat-Paketen. Die SanMat-Pakete des Bundes dienen als rasch verfügbare, standardisierte, modularisierte und über Deutschland verteilte Bevorratung für den unmittelbaren Einsatz am Ort des höchsten Verbrauches bei einem MANV (also am Einsatzort oder zum Beispiel in den Notaufnahmen).

Damit stellen sie gewissermaßen das vorgelagerte logistische Rückgrat vor allem des Sanitätsdienstes im Zivil- und gegebenenfalls im Katastrophenschutz dar. Sie sind somit vergleichbar den Logistikeinheiten, die Treibstoffe oder Trinkwasser mitbringen. Sie stärken also zum Beispiel die Durchhaltefähigkeit von Behandlungsplätzen „im Feld“ (etwa der MTF des Bundes) oder die der Notaufnahmen.

Aufbau der SanMat-Pakete

Ein SanMat-Paket ist für die kurzfristige Versorgung von 250 Patientinnen und Patienten über drei Tage oder 750 Patientinnen und Patienten ad hoc ausgelegt. Dabei sind die Pakete zur Versorgung von Patientinnen und Patienten aller Sichtungskategorien konzipiert – also sowohl für die Versorgung Schwerstverletzter als auch solcher mit leichten Verletzungen oder Erkrankungen. Die Paketinhalte dienen überwiegend der (chirurgischen) Erstversorgung und Stabilisierung der Patientinnen und Patienten. Dabei werden konzeptionell vor allem „kriegstypische“ Verletzungen und Behandlungsbedarfe erwartet, so zum Beispiel Spreng-, Schuss-, Amputations- oder Explosionsverletzungen, gegebenenfalls mit Wundinfektionen. Ein SanMat-Paket beinhaltet daher folgende Komponenten:

- Flüssigkeitsersatz (Volumensubstitution), beispielsweise bei hohem Blutverlust oder bei schweren Verbrennungen

- Analgesie/Analgesedierung (Schmerzlinderung)
- Chirurgische Erstversorgung/Stabilisierung, zum Beispiel Mittel zur Blutstillung wie Tourniquets
- Infektionsvorbeugung, zum Beispiel Antibiotika
- Versorgung von Leichtverletzten/Verbrauchsmaterial

Die SanMat-Pakete werden derzeit in krankenhausversorgenden Apotheken in ganz Deutschland gelagert. So wird eine bestmögliche Wälzbarkeit der bevorrateten Materialien gewährleistet, da diese im rollierenden System im regulären Klinikalltag genutzt und verbraucht werden. Bei vielen Produkten dürfen und sollen die Krankenhäuser den jeweiligen Klinikstandard bevorraten, damit die Wälzung gewährleistet ist. Außerdem sind die Pakete durch die Einlagerung an/durch die krankenhausversorgenden Apotheken bereits an einem potenziellen Einsatzort.

Durch die bevorratenden Standorte wird eine 24/7 Erreichbarkeit gewährleistet, sodass die SanMat-Pakete jederzeit abrufbar sind. Im Bedarfsfall kann entweder ein gesamtes SanMat-Paket angefordert beziehungsweise abgerufen werden oder einzelne Module, zum Beispiel nur die Komponente zur Analgesie/Analgesedierung. Die einlagernden Apotheken sind vertraglich dazu verpflichtet, das SanMat dann entsprechend zur Abholung bereitzustellen.

Anpassung der SanMat-Pakete

Die Inhaltsliste und somit die Bevorratung wird regelmäßig an den aktuellen Stand der Wissenschaft angepasst. Hierzu findet alle drei Jahre eine Expertiserunde zwischen dem BBK, medizinischen Fachgesellschaften, Hilfsorganisationen, Bundesinstitutionen und bevorratenden Apotheken statt. Bei dieser wird zum Beispiel überprüft, ob weitere Produkte aufgenommen werden sollten, Produkte nicht mehr benötigt werden oder eine Alternative gewählt werden sollte. Aber auch Fragen der Lagerung, der Wälzbarkeit und der erwarteten Verletzungs- oder Erkrankungsmuster spielen eine Rolle. Hierbei fließen dann immer wieder Erkenntnisse aus realen Geschehnissen ein, wie zum Beispiel aus dem Krieg in der Ukraine.

Zusätzlich zu den konventionellen SanMat-Paketen, wie sie hier beschrieben wurden, lagert das BBK dezentral Sanitätsmaterial, insbesondere Antidote, für die Behandlung von Patientinnen und Patienten im Kontext chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Gefahrenlagen (kurz: CBRN-Gefahren) ein.

Anregungen zur Bevorratung

Der folgende Abschnitt dient als Anregung und Orientierung für Zivilbevölkerung, Kommunen, Rettungsdienste, Kran-

kenhäuser und weitere Akteure, welche Aspekte bei einer eigenen SanMat-Bevorratung berücksichtigt werden könnten.

Bei der Planung einer Bevorratung von SanMat sollte zunächst immer eine individuelle Risikoanalyse erfolgen, beispielsweise anhand der folgenden Fragen:

- An welchen Erkrankungen, die eine regelmäßige Medikamenteneinnahme erfordern, leide ich? Welche Bedarfsmedikamente brauche ich gegebenenfalls? Wie ist meine Hausapotheke ausgestattet?
- Welche Gefahren drohen (Lieferengpässe, besondere umweltbezogene oder lokale Gefährdungen)?
- Welche Verletzungs-/Erkrankungsmuster werden bei welchen Patientengruppen erwartet?
- Für welche Anzahl an Patientinnen und Patienten soll bevorratet werden (idealerweise aufgeteilt nach jeweiligen Sichtungskategorien)?

Nur mit einer adäquaten Schätzung beziehungsweise Risikoanalyse vorab kann eine bedarfsgerechte Bevorratung stattfinden. Je nachdem, wer sich mit der Frage einer eigenen Bevorratung auseinandersetzt, sind unterschiedliche Ergebnisse zu erwarten.

Für die persönliche Bevorratung an Arzneimitteln und Medizinprodukten gibt der neue Ratgeber „Vorsorgen für Krisen und Katastrophen“ des BBK einen guten Überblick über erste Schritte, die jede und jeder persönlich unternehmen kann. Dies ist in der Krise oder Katastrophe ein wichtiger Baustein zur eigenen Resilienz. Hierzu gehört zum Beispiel ein ausreichender Vorrat an persönlichen Medikamenten (empfohlen wird für mindestens zehn Tage), Materialien zur Wundversorgung (zum Beispiel Pflaster und Mullbinden) und eine Basisausstattung wie zum Beispiel Schmerzmittel und Fieberthermometer.

Weiterführende Hinweise für die persönliche Bevorratung können Sie dem Ratgeber des BBK entnehmen:



Abbildung 2: Verladeprozess eines SanMat-Pakets im Kontext der EUROMED-Übung. (Quelle: BBK)



Bei einer Bevorratung durch Kommunen, Rettungsdienste, Krankenhäuser und ähnliche sind bestimmte Grundsätze zu beachten, zum Beispiel die angemessene Lagerung des SanMat, eine Gewährleistung der Wälzbarkeit der Produkte und der schnelle und einfache Abruf im Einsatzfall. Eine angemessene Lagerung bedeutet dabei, dass verschiedene rechtliche Vorgaben eingehalten werden, zum Beispiel §15 des Betäubungsmittelgesetzes.

Gegebenenfalls kann, bei vorhandenem Platz und finanziellen Ressourcen, bereits eine quantitative Erhöhung bestehender Einlagerungen, einen hohen Mehrwert und eine gesteigerte Resilienz bedeuten. Für die Fragen zu möglichen Inhalten einer SanMat-Bevorratung können verschiedene Hintergrundüberlegungen zum Greifen kommen. Im Folgenden nun einige Aspekte hierzu speziell im Kontext Zivile Verteidigung. Diese sind angelehnt an die Inhalte der SanMat-Bevorratung des Bundes.

- Die **Volumensubstitution** ist eine wichtige Arzneimittelklasse, die bei vielen Verletzungsmustern und Schweregraden benötigt wird. Vereinfacht lässt sich sagen: Je instabiler die Patientin oder der Patient ist (also zum Beispiel Sichtungskategorie (kurz: SK) I), desto mehr Flüssigkeit wird benötigt. Ebenso sind einige Krankheitsbilder (wie Schwerbrandverletzte) besonders volumenbedürftig.
- **Analgetika und Anästhetika** sind ebenso eine wichtige Arzneimittelkategorie, besonders für die Versorgung von thermisch-traumatisch Verletzten. Hierbei sollte zwischen Opioiden (hoch und nieder potent) und Nicht-Opioidanalgetika unterschieden werden. Ebenso haben Benzodiazepine verschiedene Notfallindikationen und sollten sowohl für eine intravenöse (hier eher SK I und SK II) wie auch für eine orale Gabe bevorratet werden (dies vor allem für Patientinnen und Patienten der SK III).
- Weitere Arzneimittelkategorien, die in den meisten Situationen zum „Bevorratungsstandard“ gehören sollten, sind folgende:
 - **Antiemetika** dienen der Behandlung von Übelkeit und Vorbeugung von Erbrechen.
 - **Katecholamine** dienen der Kreislaufstabilisierung vor allem bei Schwerverletzten.
 - Bei **Antinfektiva** sind insbesondere Antibiotika vorzuhalten. Dabei gilt es zu beachten, dass gerade bei einer (möglichen präklinischen) Erstversorgung häufig keine Erregerdiagnostik möglich ist, sondern diese erst später stattfindet.

Neben Arzneimitteln sollten bei der SanMat-Bevorratung die Lagerung von Medizinprodukten berücksichtigt werden. Dabei könnten zum Beispiel Medizinprodukte folgender Kategorien für eine Einlagerung in Frage kommen:

- **Zugänge:** Sowohl intraossäre als auch intravenöse Zugänge sind sinnvoll zu bevorraten. Hier gilt wieder vereinfacht: Je mehr Schwerverletzte erwartet werden, desto mehr Zugänge werden benötigt.
- **Chirurgische Erstversorgung:** Material für erste, kleine chirurgische Eingriffe wie zum Beispiel das Legen einer Thoraxdrainage sollte ebenfalls zur Verfügung stehen.
- **Atemwegsmanagement:** Eine Bevorratung von Produkten für ein leitliniengerechtes Atemwegsmanagement sollten in den Plänen zur SanMat-Bevorratung mitgedacht werden.
- **Taktische Wundversorgung:** Es gibt noch einige weitere Medizinprodukte, die im Zivilschutz eine große Rolle spielen. Hierzu zählt zum Beispiel das Tourniquet.

Es gibt somit eine große Bandbreite an SanMat, welches für eine primäre Verletztenversorgung in Krise, Katastrophe und Krieg bevorratet werden kann. Letztendlich kommt es aber immer auf die individuelle Situation an: Wo wird bevorratet, für wen wird bevorratet und für wie viele Patientinnen und Patienten? Es gibt dabei keinen allgemeinen „Goldstandard“. Weitere wertvolle Hinweise finden sich zum Beispiel in den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation zu „Emergency health kits“.

Fazit

Es ist schwer vorherzusagen, wie sich die Geschehnisse in der Welt in den kommenden Monaten entwickeln werden. Klar aber ist: Mit der „Zeitenwende“ ist die Bündnis- und Landesverteidigung als gesamtstaatliche Aufgabe wieder mehr in den Fokus gerückt. Die „Nationale Sicherheitsstrategie“, die 2023 von der Bundesregierung beschlossen wurde, hebt die Notwendigkeit und den besonderen Stellenwert von Wehrhaftigkeit und Resilienz für die staatliche und gesellschaftliche Sicherheitsvorsorge hervor. Hierzu kann jede und jeder einen wertvollen Beitrag leisten. Die SanMat-Bevorratung des BBK stellt dabei einen Aspekt dar. Für eine Steigerung der Resilienz braucht es Anstrengungen auf allen Seiten. Gemeinsam können wir uns den zukünftigen Herausforderungen stellen!

Die Wirkung im Fokus

Das Fähigkeitsmanagement von Bund und Ländern als Schlüssel für effiziente länderübergreifende Hilfe

Bund-Länder-offene-Arbeitsgruppe Fähigkeitsmanagement, hier vertreten durch: Anne Eversheim

Ob extreme Hochwasserlagen oder großflächige Vegetationsbrände: Die Anforderungen an den Bevölkerungsschutz steigen. Um in dynamischen Lagen schnell und zielgerichtet länderübergreifende Hilfe (kurz: lüH) zu leisten, setzen Bund und Länder verstärkt auf das Fähigkeitsmanagement (kurz: FäM). Es transformiert das Denken von starren Einheiten hin zu messbaren Leistungen.

Rückblick

Mai und Juni 2024: Massive Regenfälle führen im Saarland, in Rheinland-Pfalz und später in Süddeutschland zu großflächigen Überflutungen. Die lokalen Einsatzkräfte stoßen an ihre Grenzen, siebzehn betroffene Landkreise stellen den Katastrophenfall fest.

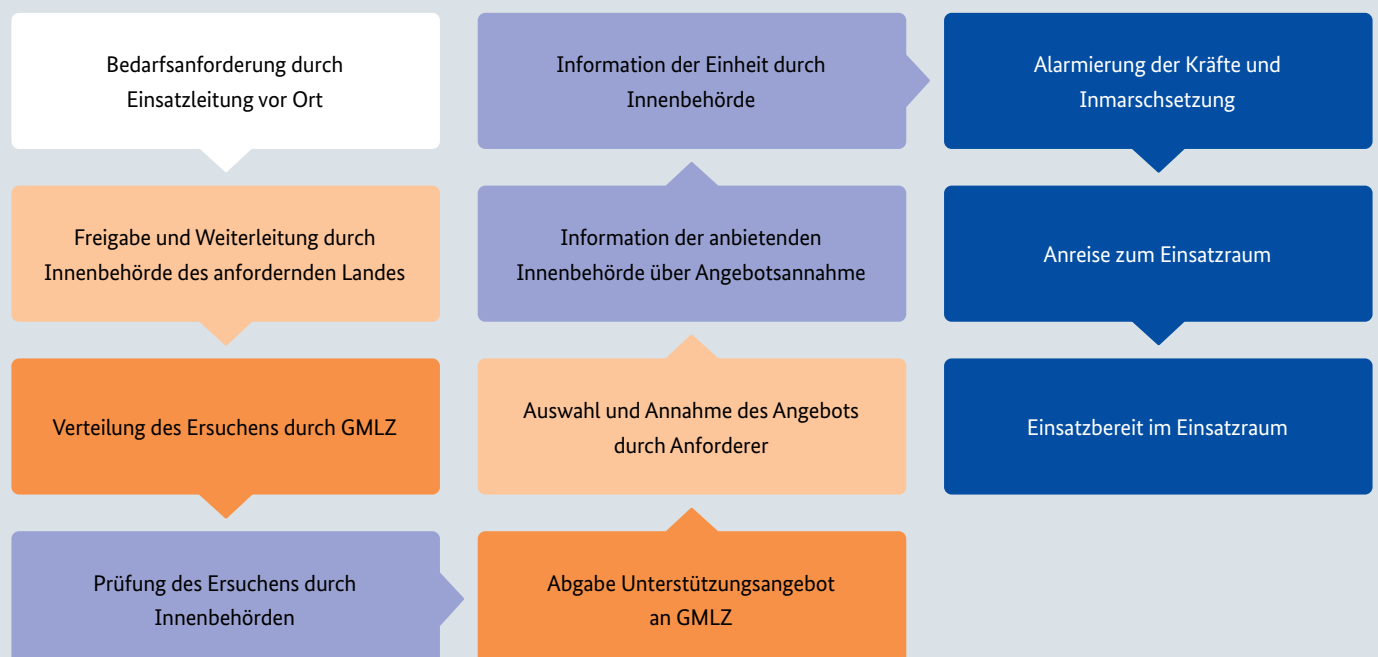
Das Fundament: Wie länderübergreifend geholfen wird

In Deutschland liegt die Zuständigkeit für den Katastrophenschutz gemäß Art. 70 i. V. m. Art. 30 GG primär bei den Bundesländern. Überschreitet ein Ereignis, wie beispielsweise das links beschriebene, die eigenen Bewältigungskapazitäten, greifen die Mechanismen des zwischen Bund und Ländern abgestimmten Konzepts für eine bundesweite, länderübergreifende Katastrophenhilfe (Stand 2014). Das Ziel ist klar: Schnelle Unterstützung für die betroffenen Regionen.

Das betroffene Bundesland richtet hierbei ein Hilfeleistungsgesuch direkt an ein anderes Bundesland (sogenanntes bilaterales Verfahren) oder den Bund (sogenanntes multilaterales Verfahren). Zentraler Knotenpunkt für diese Koordination ist das Gemeinsame Melde- und

Darstellung der Anforderungs- und Informationswege

(Quelle: BBK)



Lagezentrum von Bund und Ländern (kurz: GMLZ) im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK).

Präzision im Verfahren: Das FäM als operative Konkretisierung der lüH

In der Vergangenheit stellte das bewährte Konzept der lüH allerdings sowohl anfordernde Stellen als auch hilfeentsendende Stellen vor Herausforderungen: Wenn ein Bundesland beispielsweise einen Wasserrettungszug anforderte, war nicht immer garantiert, dass die eintreffende Einheit aus einem anderen Bundesland über dieselbe Ausstattung oder Personalstärke verfügte, wie die eigens vorgehaltenen.

Genau hier setzt das FäM an: Es dient in diesem Prozess als entscheidendes Werkzeug, um die Kommunikation zwischen Anfordernden, Vermittelnden und Leistenden zu präzisieren.

Was ist Fähigkeitsmanagement?

Das FäM ist eine Methodik zur standardisierten Beschreibung von Hilfeleistungen. Anstatt benötigte Unterstützungskräfte über ihre Bezeichnung (zum Beispiel Zug oder Gruppe) anzufordern, werden sie über ihre Fähigkeit – also ihre konkrete Wirkung – beschrieben. Eine Fähigkeit ist dabei klar definiert durch:

- **Mindestleistung:** eine messbare Größe (zum Beispiel Förderung von 1.000 l/min Löschwasser über eine Strecke von mindestens 2.000 m in der Ebene)
- **Obergrenzen:** festgelegte Maxima für Personal und Fahrzeuge, um die logistische Planung für Anfordernde (Unterbringung, Kraftstoff, Stellflächen) berechenbar zu machen
- **Autarkie:** die Fähigkeit, in den ersten 36 Stunden nach Eintreffen weitgehend unabhängig von externer Logistik zu operieren wobei zwischen Teil-Autarkie (Nutzung fester Liegenschaften) und Voll-Autarkie („grüne Wiese-Einsatz“) unterschieden wird.

Systematik der Fähigkeitsbeschreibung (hier anhand eines Beispiels aus dem Bereich der Brandbekämpfung).

(Quelle: Eigene Darstellung)

Bezeichnung

Vegetationsbrandbekämpfung (mit Fahrzeugen)

Aufgabe

Eigenständige bodengebundene Brandbekämpfung ausgedehnter Wald- und Vegetationsbrände mit Fahrzeugen in unwegsamem Gelände

Leistungsfähigkeit

- Eigenständige Brandbekämpfung am Boden an vier Stellen als Gesamtbrandbekämpfung
- Sicherstellung notwendiger Löschwasserversorgung durch vier Fahrzeuge je mindestens 2.000 l
- Mitführung des Zusatzbeladungssatzes Waldbrand

Rahmenbedingungen der Einheit

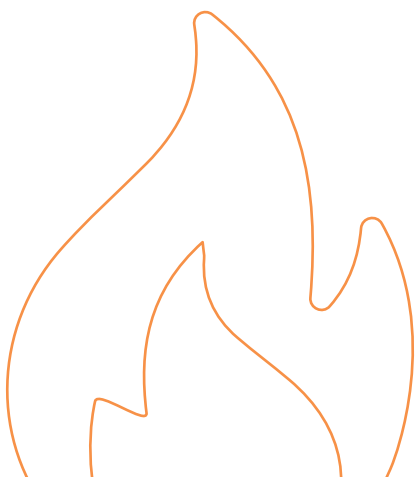
- Führung gemäß Stufe B (Feuerwehrdienstvorschrift FwDV 100)
- maximal 7 Fahrzeuge
- maximale Personalstärke von 22 Einsatzkräften

Beispielhafte Aufstellung der Einheit (Aufbau der Führung, Fahrzeuge/Gerät, Personalstärke)

- Ein Einsatzleitwagen 1 (kurz: ELW) oder Komandowagen (geländegängig) (kurz: KdoW)
- Vier wasserführende, geländegängige (Kategorie 3) Löschgruppenfahrzeuge (kurz: LF)
- Ein Gerätewagen Löschgruppenfahrzeuge (kurz: GW-L) (für persönliches Gepäck)
- Personal -/1/6/10/17

Vorteile und Anwendung in der Praxis

Die Erfahrung aus Großlagen wie dem Hochwasser 2024 zeigt, dass Schnelligkeit und Passgenauigkeit über den Einsatzerfolg entscheiden. Das FäM bietet drei wesentliche Vorteile:





1. **Vergleichbarkeit:** Ein Fähigkeitsmodul Vegetationsbrandbekämpfung aus Bayern leistet dasselbe wie eines aus Nordrhein-Westfalen.
2. **Effizienz:** Es wird genau das angefordert, was vor Ort fehlt – nicht mehr und nicht weniger.
3. **Planungssicherheit:** Da Personalstärken und Fahrzeuganzahlen gedeckelt sind, können Ressourcen effizienter zugeteilt werden, ohne die Aufnahmekapazitäten (zum Beispiel in Bereitstellungsräumen) zu sprengen.

Ein weiterer Vorteil des FäM liegt in der Kombinierbarkeit der Fähigkeiten: Diese sind bewusst so konzipiert, dass sie wie Bausteine zusammengesetzt werden können. So lässt sich beispielsweise eine Fähigkeit zur Löschwasserförderung nahtlos mit Fähigkeiten zum Löschwassertransport und zur Löschwasserübergabe kombinieren, um eine maßgeschneiderte Antwort auf das jeweilige Schadensereignis zu bilden.

Aktuelle Leistungsbereiche (Stand Februar 2026)

Das aktuelle Portfolio von über 40 Fähigkeiten ist im „Anlagen-Dokument“ des Rahmenkonzeptes anhand folgender Bereiche abgebildet:

- **Führung und Lage:** Fähigkeiten für die personelle Unterstützung von Stäben bis hin zur Drohnen-gestützten Lageerkundung aus der Luft

- **Brandbekämpfung und Löschwasserversorgung:** Spezialisierte Fähigkeiten zur Wald- und Vegetationsbrandbekämpfung sowie Löschwasserversorgung
- **Technische Hilfe:** Fähigkeiten für die Rettung von Betroffenen mit Booten bis hin zur Beseitigung/Beräumung von Holztrümmern, Schutt oder Schuttgut
- **Medizinische Versorgung und Betreuung:** Fähigkeiten des Patiententransports in unwegsamem Gelände bis hin zur ortsfesten Unterbringung und Versorgung von bis zu 200 Betroffenen
- **Logistik:** Fähigkeiten rund um die Sicherstellung der Trinkwasser-, Notstrom und Betriebsstoffversorgung sowie die Organisation von Sandsackfüllplätzen

Getragen wird dieser Prozess von der Bund-Länder-offenen-Arbeitsgruppe Fähigkeitsmanagement (kurz: BLoAG FäM), in welcher Vertretende der sechzehn Bundesländer, der Hilfsorganisationen und des Bundes zusammenarbeiten.

Präzision zum Mitnehmen: Ihr direkter Zugriff auf den Fähigkeitskatalog:



Fazit

Während die lüH den administrativen und rechtlichen Rahmen vorgibt (wer hilft wem unter welchen Bedingungen?), liefert das FäM die notwendige Methodik für die operative Umsetzung. Die Hochwasserlage 2024 hat gezeigt, dass es nicht am Willen zur Hilfe mangelt, sondern an der Vergleichbarkeit der Ressourcen. Das FäM schlägt die Brücke zwischen dem abstrakten Hilfeleistungsersuchen und der tatsächlichen Wirkung an der Einsatzstelle. Es veredelt das Konzept der lüH, indem es die unterschiedlichen Leistungsportfolios von Einheiten in standardisierte, leistungsbasierte Module übersetzt. Damit wird aus einer allgemeinen Unterstützungszusage eine exakt planbare taktische Komponente. Für die haupt- und ehrenamtlichen Kräfte bedeutet es: Klarheit im Auftrag und Sicherheit in der Zusammenarbeit – über alle Ländergrenzen hinweg.

Anne Eversheim ist Mitarbeiterin im Referat „Ressourcenmanagement“ des BBK und Teil der Bund-Länder-offenen-Arbeitsgruppe Fähigkeitsmanagement.



Zehn Jahre Zusammenarbeit für mehr Sicherheit

Die Projektreihe „Stärkung der ukrainischen Zivilschutzfähigkeiten“

Dennis Bereslavskiy, Lina Stahl und Felix Hecker

Die Ausstattungshilfe stellt einen wesentlichen Bestandteil des Projektes dar und wird im Zusammenhang mit begleitenden Ausbildungsmaßnahmen umgesetzt. (Quelle: BBK)

Seit 2016 unterstützt das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) gemeinsam mit zwei ukrainischen Partnerorganisationen den Aufbau und die Weiterentwicklung von Fähigkeiten im Umgang mit chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Gefahrenlagen (kurz: CBRN-Gefahren). Ziel ist es, den ukrainischen Bevölkerungsschutz in einem Umfeld widerstandsfähiger zu machen, das von anhaltenden sicherheitspolitischen Spannungen, hybriden Bedrohungen, den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sowie dem seit 2022 eskalierten russischen Angriffskrieg geprägt ist.

Was als klassisches Capacity-Development-Projekt begann, hat sich inzwischen zu einer dynamischen und flexiblen Partnerschaft entwickelt. Der Aufbau und die Bereitstellung von moderner CBRN-Ausrüstung sind nach wie vor ein zentraler Bestandteil des Projekts. Mit der Zeit wurde der Fokus stärker auf praxisorientierte Trainings, gemeinsame

Maßnahmen und einen kontinuierlichen Austausch von Fachwissen gelegt. Diese Anpassungen waren und sind notwendig, um das Projekt auf die sich ständig ändernden Herausforderungen und die eskalierende Bedrohungslage auszurichten – ob während der COVID-19-Pandemie oder angesichts des andauernden russischen Angriffskriegs auf die Ukraine.

Projekthintergrund: Sicherheit in einem komplexen Risikoumfeld

Die Anfänge des Projekts reichen zurück ins Jahr 2014. Nach den Ereignissen rund um den Euromaidan und die Annexion der Krim durch Russland eskalierte der Konflikt im Osten der Ukraine, insbesondere im Donbass. Diese Region ist nicht nur ein Zentrum des Steinkohlebergbaus, sondern auch durch eine hohe Dichte an Chemiebetrieben geprägt. Das birgt entsprechende Risiken: Unkontrollierte

Freisetzungen von Gefahrstoffen durch mangelnde Instandhaltung der Anlagen können ebenso drohen wie Zwischenfälle durch unsachgemäße Lagerung, illegale Transporte oder gezielte Angriffe. Vor diesem Hintergrund wandte sich die Ukraine 2014 an die G7-Initiative „Globale Partnerschaft gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und -materialien“ mit dem Ziel, Unterstützung im Umgang mit CBRN-Gefahrenlagen zu erhalten und damit den Schutz der Zivilbevölkerung zu verbessern.

Auf Basis bestehender Erfahrungen im CBRN-Bereich in internationalen Projekten, etwa in Tunesien und Jordanien, übernahm das BBK nach Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt (kurz: AA) und dem Bundesministerium des Innern (kurz: BMI) die fachliche und operative Projektumsetzung sowie Koordination der Maßnahmen vor Ort. Nach erfolgreicher Bedarfsprüfung wurde das Projekt im April 2016 in Kyjiw offiziell gestartet und seither kontinuierlich weiterentwickelt.

Starke Partner: Zusammenarbeit auf Augenhöhe

Die enge Zusammenarbeit zwischen dem BBK und den ukrainischen Partnern, dem State Emergency Service of Ukraine (kurz: SESU) und dem State Border Guard Service of Ukraine (kurz: SBGSU), bildet die Grundlage des Projekts. Der SESU ist als nationale Zivilschutzbehörde in der Ukraine für den Schutz der Zivilbevölkerung im Katastrophenfall und im Verteidigungsfall verantwortlich. Die Behörde ist zivil organisiert und in ihren Aufgaben mit dem

BBK vergleichbar. Sie ist jedoch auch operativ tätig und stellt eigene Einsatzkräfte, darunter Feuerwehr- und Rettungsdienste.

Der SBGSU hat die Aufgabe, die Land- und Seegrenzen der Ukraine zu überwachen und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs sicherzustellen. Als militärische Organisation ist der SBGSU in den Grenzgebieten hauptverantwortlich für die CBRN-Abwehr und arbeitet dabei eng mit den Kräften des SESU zusammen, insbesondere bei der Bewältigung von Gefahrenlagen und der weiteren Gefahrenabwehr im Inland. Diese Partnerschaft hat sich über die Jahre hinweg als äußerst wertvoll erwiesen, da beide Organisationen ihre spezifischen Stärken in die Zusammenarbeit einbringen.

Die ersten Jahre (2016 – 2022): Aufbau von Grundlagen, COVID-19 und der russische Angriffskrieg

In der Anfangsphase des Projekts von 2016 bis Ende 2020 lag der Schwerpunkt auf dem Aufbau grundlegender Fähigkeiten, insbesondere durch die Bereitstellung von CBRN-Ausstattung und dazugehörigen Schulungsmaßnahmen. Auch die Expertisenaustausche, bei denen die Projektpartner an Übungen, Konferenzen und Tagungen teilnahmen, waren von Anfang an ein wichtiger Bestandteil des Projekts.

Die COVID-19-Pandemie stellte das Projekt vor unerwartete Herausforderungen. Insbesondere Schulungsmaßnahmen, die traditionell in Präsenz stattfinden, konnten nicht wie gewohnt durchgeführt werden. Die Pandemie zwang das BBK und seine ukrainischen Partner, neue Wege zu gehen. Blended-Learning-Konzepte, die Präsenzseminare mit E-Learning-Angeboten kombinieren, wurden entwickelt, um eine kontinuierliche Schulung sicherzustellen.

Der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 hatte erhebliche Auswirkungen auf das Projekt. Die ukrainischen Partner baten um eine vorübergehende Aussetzung der Ausbildungsmaßnahmen und zugleich um eine verstärkte Unterstützung durch technische Ausrüstung. Gleichzeitig kam es zu erheblichen logistischen Einschränkungen, die die Versorgung mit CBRN-Ausrüstung erschwerten. Zeitweise waren Direktlieferungen in die Ukraine nicht möglich, sodass die Ausrüstung über Zwischenlager in Polen organisiert und von dort aus weiter transportiert wurde.

Das Ukraine-Projekt seit 2023

Mit anhaltendem Verlauf des Krieges wurden nach Rücksprache mit den Projektpartnern die Trainingsmaßnahmen wieder aufgenommen, jedoch aufgrund der Sicherheitslage außerhalb der Ukraine durchgeführt. Auch dies

Ukrainische Zivilschutzkräfte besuchen für einen Fachaustausch eine Feuerwehr in Deutschland. (Quelle: BBK)





Einsatzkräfte des SBUGSU tauschen sich mit einem Experten vom BBK aus. (Quelle: BBK)



Während einer Übung zum Thema Dekontamination wird ein ukrainischer Grenzsicherer aus seinem Anzug geschnitten. (Quelle: BBK)

brachte verschiedene Herausforderungen mit sich. Aufgrund der Sperrung des gesamten Luftraums über der Ukraine, müssen die Teilnehmenden per Bus oder Bahn nach Polen reisen, um dann von dort mit einem Flugzeug weiterreisen zu können. Manche Teilnehmende sind daher allein bis nach Polen bereits bis zu 24 Stunden unterwegs. Häufig stellt die Teilnahme an den Maßnahmen in Deutschland für viele Einsatzkräfte die erste Ausreise aus der Ukraine seit Beginn der Eskalation dar.

Beschaffung von CBRN-Ausstattung

Von Beginn an wurde dabei im Sinne der Nachhaltigkeit der Ansatz verfolgt, Ausstattung und Ausbildung gemeinsam zu betrachten. Die Beschaffungen sind Teil eines umfassenden Fähigkeitsaufbaus, wobei Herstellerschulungen sicherstellen, dass die Technik nicht nur verfügbar, sondern auch einsatzfähig ist und bleibt. Ziel ist eine möglichst flächendeckende, interoperable und nachhaltige Stärkung der ukrainischen Einsatzkräfte im CBRN-Bereich.

Die Bereitstellung von Detektions- und Messgeräten begann bereits 2016 und legte den Grundstein für die weiteren Beschaffungsmaßnahmen. Ab 2018 wurde das Spektrum deutlich erweitert: Neben zusätzlicher Messtechnik

wurden auch Führungs- und Übungsinfrastrukturen sowie spezialisierte Fernerkundungssysteme bereitgestellt. Gleichzeitig rückte die persönliche Schutzausrüstung (kurz: PSA) stärker in den Fokus. Insbesondere Körperschutz (Schutanzüge, Handschuhe und Stiefel) wurde in größeren Stückzahlen beschafft, um eine möglichst flächendeckende Ausstattung der Einsatzkräfte zu gewährleisten.

Mit Kriegsbeginn 2022 wurde das Projekt kurzfristig angepasst und weiter intensiviert. Ergänzend zur bestehenden Ausstattung kamen Dekontaminationsausrüstung sowie medizinisches Material zur Erstversorgung im Rahmen eines Sonderpakets hinzu. In den Folgejahren wurde die Unterstützung gezielt fortgeführt, wobei vorrangig bereits eingeführte Produkte beschafft wurden, um den Schulungsaufwand gering zu halten und eine nachhaltige Nutzung zu gewährleisten. Darüber hinaus wurden CBRN-Probenahmerucksäcke des BBK bereitgestellt, ergänzt durch entsprechende Handlungsempfehlungen, die gemeinsam mit internationalen Partnern ins Ukrainische übersetzt wurden.

Die Logistik des Projekts wurde in den letzten Jahren mehrfach umorganisiert, um den steigenden Bedarf zu decken und auch unter schwierigen Bedingungen die Unterstützung aufrechtzuerhalten. Seit Beginn des Krieges

im Jahr 2022 konnte durch den europäischen Katastrophenschutzmechanismus (kurz: UCPM) eine direkte Lieferung von Ausrüstung an die ukrainischen Projektpartner realisiert werden.

Durchführung von CBRN-Ausbildung: Praxisorientierte Trainings

Ein weiterer zentraler Aspekt des Projekts sind die Trainingsmaßnahmen für Einsatzkräfte zum Thema CBRN-Schutz. Grundlegend hierbei ist, dass die Themen und Inhalte stets engstens mit den Partnern abgestimmt werden. Durch den Krieg können sich die Bedarfe und Prioritäten jedoch schnell ändern, was eine hohe Flexibilität erfordert. Die verschiedenen Trainings kombinieren dabei theoretische Grundlagen mit szenariobasierten Praxisübungen, die laut den Erfahrungen der Partner so in der Ukraine auftreten könnten beziehungsweise sogar schon aufgetreten sind.

Für den Grenzschutz wurden seit Kriegsbeginn diverse Basiskurse zum Management chemischer Gefahren durchgeführt. Im Fokus standen dabei der Umgang mit der gelieferten PSA sowie den bekannten Detektions- und Messgeräten. Zudem wurden verschiedene Abstufungen von Dekontaminationsmaßnahmen (Sofortmaßnahmen

und behelfsmäßige Maßnahmen zur Dekontamination) aufgezeigt und praktisch erprobt. Für den SESU wurden seit Anfang 2023 spezialisierte Trainingsformate zur Probenahme mit den CBRN-Probenahmerucksäcken sowie die Vermittlung der entsprechenden Einsatztaktik angeboten. Darüber hinaus wurden weitere Grundlagentrainings zur Einsatztaktik für ersteintreffende Führungskräfte vermittelt. Im Fokus stand hierbei die strukturierte Erkundung der Einsatzlage bis hin zur operativen Einsatzplanung an der Einsatzstelle in Form von Planspielen.

Die Ausbildung wird dabei stets als partnerschaftlicher Austausch auf Augenhöhe zwischen den beteiligten Personen verstanden. Während die deutschen Expertinnen und Experten in einem ersten Schritt Best Practices vorstellen, erläutern die ukrainischen Teilnehmenden im konstruktiven Dialog im darauf folgenden Schritt, welche Ansätze für ihre spezifische Einsatzrealität in der Ukraine am sinnvollsten sind. Diese Zusammenarbeit fördert sowohl den Wissensaustausch als auch die Anpassung der Ausbildung an die Anforderungen der gegenwärtigen Situation.

Workshops zum UCPM: europäische Solidarität

Im Jahr 2023, im Zusammenhang mit dem Beitritt der Ukraine zum UCPM, wurde ein passendes Teilprojekt ins

Eine CBRN-Probenahmeausrüstung des Bundes wird für die Ausbildung vorbereitet. (Quelle: BBK)



Deutsche Experten besprechen mit Personal des SESU eine Praxisübung zum Thema Probenahme nach. (Quelle: BBK)



Leben gerufen. Hierbei wurde zuerst in Form eines Grundlagenworkshops für den SESU den Teilnehmenden ein umfassender Überblick über die verschiedenen Instrumente und Strukturen des UCPMs vermittelt. Der europäische Fokus des Teilprojekts ermöglicht es, dass nicht nur deutsche Expertinnen und Experten, sondern auch Fachleute aus anderen EU-Mitgliedsstaaten an den Workshops teilnehmen. So haben bereits Kolleginnen und Kollegen aus Frankreich, Spanien und Portugal ihre Best Practices vorgestellt.

Die Ukraine hat in diesem Zusammenhang deutlich gemacht, dass sie trotz des Krieges im eigenen Land bereit ist, ihre internationalen Partner zu unterstützen. So halfen ukrainische Einsatzkräfte nach dem Erdbeben in der Türkei im Februar 2023. Darüber hinaus plant die Ukraine, eigene Module (Einheiten) dem UCPM zur Verfügung zu stellen, um in internationalen Krisen noch aktiver mitzuhelfen. Während der letzten Workshops lag daher der Fokus auf der Modulentwicklung, im Rahmen dessen unter anderem auf die allgemeinen, qualitativen Anforderungen für Module oder die Zertifizierung und der Registrierung im EU-Pool eingegangen wurde.

Fach austausche und Messebesuche

Schließlich ergänzen der gegenseitige Wissensaustausch und die internationale Vernetzung das Projekt auf wertvolle Weise. So nehmen die Projektpartner im Rahmen des Projekts auch an CBRN-Fachmessen teil, um sich mit internationalen Expertinnen und Experten auszutauschen. Zusätzlich finden regelmäßige Fach austausche zu verschiedenen Zivilschutzthemen statt. Besonders seit der Eskalation des Krieges im Jahr 2022 hat die Ukraine wertvolle Erfahrungen im Zivilschutz gesammelt, die auch für den deutschen Zivilschutz von großem Nutzen sind. Angesichts der begrenzten praktischen Erfahrungen hierzu im Bereich des CBRN-Gefahrenmanagements in bewaffneten Konflikten ist der Austausch dieser Erkenntnisse von großem Wert für die Weiterentwicklung des Zivilschutzes in Deutschland.

Ausblick: die nächsten Schritte bis 2028

Passend zum zehnjährigen Bestehen wurde das Projekt vom AA für die aktuelle Projektphase von 2026 bis 2028 erweitert. In Abstimmung mit SBGSU wurde Anfang des

Jahres ein neues Teilprojekt zur Risiko- und Krisenkommunikation ins Leben gerufen. Der Fokus des Teilprojekts liegt auf der Unterstützung der Krisenkommunikationsstrukturen des SBGSU und der Entwicklung standardisierter Verfahrensanweisungen. Ab 2027 wird das Teilprojekt UCPM inhaltlich um das Thema ziviler Host Nation Support (kurz: HNS) weiterentwickelt, wobei eine enge Zusammenarbeit mit dem EU-finanzierten BBK-Projekt „EU HNS Guidelines in Germany: Aligning Policy and Practice for Effective Application“ angestrebt wird.

Der Beginn des neuen Teilprojekts „Präklinischer medizinischer CBRN-Schutz“ ist ebenfalls für 2027 geplant. Ziel ist es, Grundlagenschulungen für SESU-Einheiten ohne CBRN-Spezialisierung anzubieten, insbesondere zu „Erster Hilfe bei Vergiftungen durch chemische Kampfstoffe“, um eine schnellere Erkennung und wirksame Erstversorgung zu gewährleisten.

Für die Weiterentwicklung der CBRN-Ausbildung ist eine noch engere Kooperation mit den Aus- und Fortbildungseinrichtungen der ukrainischen Partnerorganisationen geplant. Der Multiplikatoren-Ansatz soll dabei gezielt gestärkt werden, um Wissen breiter zu vermitteln. Ergänzend sind interaktive, virtuelle Formate vorgesehen, die eine zeit- und ortsunabhängige Fortbildung ermöglichen. Auch im Bereich der Ausstattung ist eine Fortführung geplant: Vorgesehen sind weitere Beschaffungen von PSA sowie zusätzlicher Detektions- und Dekontaminationsausrüstung zur Stärkung der bestehenden Kapazitäten.

Diese Maßnahmen bauen auf der im Rahmen des vom AA geförderten Projekts etablierten Zusammenarbeit zwischen dem BBK sowie den ukrainischen Partnerorganisationen SESU und SBGSU auf. Sie umfassen die Bereitstellung von Ausstattung, Schulungen und Fachwissen zur Unterstützung der Einsatzkräfte im Umgang mit CBRN-Bedrohungen. Trotz erheblicher Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und des russischen Angriffskriegs – insbesondere auf Logistik und Beschaffung – konnte das Projekt durch flexible Anpassungen kontinuierlich fortgeführt werden. Vor diesem Hintergrund ist auch künftig ein weiterer Ausbau vorgesehen, um die Resilienz und Fähigkeiten der Ukraine im Bevölkerungsschutz nachhaltig zu stärken.

Hier gibt's weiterführende Informationen zur Projektarbeit des BBK in der Ukraine:



Dennis Bereslavskiy und Lina Stahl arbeiten im Referat „Bilaterale Zusammenarbeit und Internationale Projekte“ und Felix Hecker im Referat „Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung – Fachthemen“ des BBK.

Wahrnehmung der Probewarnung über die verschiedenen Warnkanäle

Antwortoption „ja“ ● 2024 ● 2025

Basis: alle Befragten n=117.073 (Quelle: BBK)



Reichweitenstärkste Warnkanäle: Erneute Steigerung der Sirenen

Aus den Rückmeldungen der Befragten lassen sich Cell Broadcast, Warn-Apps und Sirensignale wie im Vorjahr als die reichweitenstärksten und damit effektivsten Warnkanäle ableiten. Insbesondere hält der Aufwärtstrend der Warnung über Sirenen an: Der Anteil der Befragten, die

auf diesem Weg gewarnt wurden, hat sich gegenüber 2024 von 59 Prozent auf 65 Prozent erhöht. Hier könnte sich ein erster Effekt des Sirenenförderprogramms des Bundes widerspiegeln, in dessen Rahmen die Kommunen über die Förderungen der Länder in den vergangenen Jahren vielerorts Sirenen aufgebaut oder modernisiert haben. Insbesondere Cell Broadcast kann erneut als eine wichtige Ergänzung für den Warnmix in Deutschland bestätigt werden: 73 Prozent der Befragten gaben an, über Cell Broadcast gewarnt worden zu sein.

Die Ergebnisse decken sich zudem mit den Einstellungen der Befragten bezüglich der Wirksamkeit der verschiedenen Warnkanäle: Cell Broadcast, Warn-Apps und Sirensignale werden von fast allen Befragten als „sehr wirkungsvolle“ Warnkanäle erachtet. Über 90 Prozent der Befragten sind dieser Meinung. Die Akzeptanz lag dabei noch höher als im Vorjahr (2024: 82 Prozent bis 86 Prozent).

Regionale Unterschiede in der Reichweite der Warnkanäle

Der Warnmix aus analogen und digitalen Kanälen ist entscheidend, um Menschen an unterschiedlichen Orten zu erreichen. Die Ergebnisse zeigen eine Verbesserung des Zusammenspiels der einzelnen Systeme: Die Befragten erhielten die Probewarnung in allen Regionen Deutschlands. Die Verteilung war nahezu gleich stark. Jedoch zeigen sich hinsichtlich der einzelnen Warnkanäle regionale Unterschiede, insbesondere bei Sirensignalen, auch wenn sich hier die Streuung gegenüber dem Vorjahr verringerte. Die regionalen Unterschiede, die sich im Vorjahr bei der Warnung per Cell Broadcast und Warn-App zeigten, verringerten sich 2025 erheblich. Insgesamt wurden Befragte aus dem städtischen Raum überwiegend besser erreicht als diejenigen im ländlichen Raum – mit Ausnahme der Probewarnungen über Radio (8 Prozent) und Fernsehen (4 Prozent), welche Teilnehmende unabhängig von ihrem Aufenthaltsort in gleichem Ausmaß erreichten.

Warn-App NINA weiterhin führend unter den Warn-Apps

Als ein zentrales Instrument zur Warnung und Information der Bevölkerung in Deutschland bündelt die Warn-App NINA alle relevanten Warnmeldungen zum Zivil- und Katastrophenschutz sowie zu polizeilichen Gefahrenlagen. Über einen optionalen Push-Dienst können standortbasierte Warnmeldungen zu Notsituationen empfangen werden. Die Warn-App NINA verzeichnete laut der Ergebnisse wie im Vorjahr die mit Abstand größte Reichweite unter den Warn-Apps: Sechs von zehn Befragten (61 Prozent) wurden durch diese App gewarnt, 15 Prozent durch KATWARN. Deutlich geringer ist der bundesweite Anteil der App hessenWARN (2 Prozent), die regional stark in Hessen verankert ist. Weitere Apps wie BIWAPP oder FF-Agent-Mobil-App spielten eine noch kleinere Rolle.



(Quelle: Danae Diaz c/o kombinatrotweiss.de, Instagram: @danaediazillustration | @kombinatrotweiss_illustration)

Betrachtet man alle Warn-Apps, wurden 82 Prozent derjenigen, die eine Warn-App nutzten, (auch) darüber gewarnt. Somit verzeichnete die Zustellungsrate der Probewarnung über diesen Warnkanal im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um drei Prozentpunkte. Insgesamt scheint der Mehrwert von Warn-Apps den meisten Befragten bewusst zu sein: 82 Prozent derjenigen, die ein Mobiltelefon besitzen, gaben an, eine Warn-App installiert zu haben.

Vergleich mit paralleler Repräsentativbefragung

Bei den Teilnehmenden der offenen Online-Befragung handelt es sich nicht um eine Zufallsstichprobe. Daher sind Verzerrungen bezüglich bestimmter Merkmale möglich. So könnte es zum Beispiel sein, dass Personen eher an der Befragung teilnehmen, wenn ihre Erfahrungen mit der Probewarnung entweder besonders gut oder besonders schlecht waren. Auch eine Affinität zu digitalen Endgeräten könnte bei den Teilnehmenden häufiger vorhanden sein, da die Teilnahme an der Online-Befragung einen Internetzugang erforderte und Bürgerinnen und Bürger ohne Internetzugang nicht an der Befragung teilnehmen konnten.

Um diesen Verzerrungen entgegen zu wirken wurde parallel zur offenen Online-Befragung eine repräsentative Bevölkerungsbefragung vom 11. September 2025 bis 2. Oktober 2025 mit einer zufällig ausgewählten Stichprobe durchgeführt. Die Fragestellungen waren weitestgehend identisch zur Online-Befragung, jedoch war die Zielsetzung

eine andere: Mithilfe der Repräsentativbefragung sollten sich mögliche Unterschiede in den Ergebnissen der beiden Befragungen zeigen.

Bezüglich der Durchdringung der Probewarnung über alle Warnkanäle gab es in den Ergebnissen beider Befragungen lediglich eine geringe Abweichung. Während 97 Prozent der Teilnehmenden der offenen Online-Umfrage mindestens eine Probewarnung erhielten, waren es in der Repräsentativbefragung mit 94 Prozent nur geringfügig weniger. Ebenso konnten in beiden Befragungen die Warnkanäle Sirenen, Cell Broadcast, die Warn-App NINA und andere Warn-Apps die größte Wahrnehmung verzeichnen, wenn auch in unterschiedlich ausgeprägter prozentualer Häufigkeit. Als wirkungsvollster Warnkanal wurden in beiden Befragungen Sirenen genannt.

Unterschiede zeigten sich dagegen in der Wahrnehmung der Probewarnung über Warn-Apps, insbesondere über die Warn-App NINA. Befragte der offenen Online-Befragung nahmen sowohl die Warnung als auch die Entwarnung über eine Warn-App signifikant häufiger wahr und schätzen zudem die Nützlichkeit dieses Warnkanals höher ein. Daraus lässt sich schließen, dass die Befragten der offenen Online-Befragung scheinbar eine höhere Affinität zu Warn-Apps haben. Eine Erklärung dafür liegt mutmaßlich in der Verbreitung des Umfragelinks gemeinsam mit der Probewarnung über die Warn-App NINA. Dies führte vermutlich zu einer Überrepräsentation von Nutzenden dieser Warn-App in der Studie und beeinflusste die Ergebnisse entsprechend.

Vergleich Repräsentativbefragung und Online-Befragung: Wahrgenommene Warnkanäle

Repräsentativbefragung (Mehrfachnennung)

Frage: Am Warntag wurden ganz verschiedene Warnmittel erprobt. Sagen Sie uns bitte zunächst, über welche der folgenden Warnkanäle Sie am 11. September selbst eine Probewarnung wahrgenommen haben!
Basis: alle Befragten n = 1.014 (Quelle: Repräsentative Bevölkerungsbefragung zum Bundesweiten Warntag am 11.09.2025, Oktober 2025)



Offene Online-Befragung (Antwortoption „ja“)

Frage: Über welche Warnmittel haben Sie eine Probewarnung erhalten beziehungsweise wahrgenommen?
Basis: alle Befragten n = 117.073 (Quelle: Onlinebefragung zum Bundesweiten Warntag am 11.09.2025)



Hohe Relevanz des Bundesweiten Warntages

Neben dem Techniktest ist ein wichtiges Ziel des Bundesweiten Warntages die Information der Bevölkerung, um diese besser auf Krisen- und Katastrophenlagen vorzubereiten. Der gewünschte Sensibilisierungseffekt zeigte sich in den Ergebnissen der Befragung: Nahezu alle Befragten stimmten damit überein, dass es wichtig sei, alle Warnkanäle regelmäßig zu testen. 32 Prozent fühlten sich durch den Bundesweiten Warntag besser darüber informiert, wie man sich in Notfällen und Katastrophen verhält. Bei etwa zwei Dritteln der Befragten wurde durch den Aktionstag das Bewusstsein dafür gestärkt, wie wichtig es ist, im Hinblick auf Notfälle und Katastrophen vorzusorgen.

Erstmals wurde auch die Bekanntheit der Sirensignale in der Bevölkerung abgefragt. Die Hälfte der Teilnehmenden gab an, dass ihnen die beiden Sirensignale für Warnung und Entwarnung bekannt sei. Es scheint diesbezüglich noch Verbesserungspotenzial in der Kommunikation der zuständigen Behörden in Richtung Bevölkerung zu bestehen.

Das bedeuten die Sirensignale

(Quelle: BBK)

Warnung bei Gefahr

Einminütiger Heulton (auf- und abschwellend):
Es besteht eine Gefahr. Informieren Sie sich.



Entwarnung

Durchgehender einminütiger Heulton:
Die Gefahr besteht nicht mehr.



Gut vorbereitet auf mögliche Krisensituationen

Plötzlich ohne Strom und Telefon? Aufgrund eines Katastrophenfalls geschlossene Supermärkte und Tankstellen? Die Förderung der individuellen Vorbereitung auf Gefahrenlagen ist ein zentrales Ziel des Bundesweiten Warntages. Die Bevölkerung soll dabei unterstützt werden, sich gegen potenzielle Gefahren zu rüsten – etwa Stromausfälle, Überschwemmungen, Chemieunfälle oder Terroranschläge.

Für eine optimale Vorbereitung auf eine Krisensituation ist es sinnvoll, sich im Vorhinein zu überlegen, auf was man im Fall eines Notfalls angewiesen wäre. Ein Großteil der Befragten der offenen Online-Befragung scheint schon recht gut auf Notlagen vorbereitet zu sein: Als häufigste vorbereitende Maßnahme bei einem Katastrophenfall oder einem Schadensereignis gaben die Befragten die Vorhaltung einer aktuellen und vollständigen Hausapotheke (81 Prozent) an. Jeweils rund drei Viertel haben einen Vorrat an Kerzen, Streichhölzern, Taschenlampen und

Batterien (76 Prozent) und an Hygieneartikeln (74 Prozent) angelegt. Zwei Drittel (68 Prozent) verfügen über einen Vorrat an Lebensmitteln und Getränken für mehrere Tage. 42 Prozent der Befragten haben ein Radio, das nicht auf Elektrizität angewiesen ist. Bei 18 Prozent der Teilnehmenden ist ein vollständig gepacktes Notgepäck griffbereit. Befragte, die schon einmal persönlich von einem Katastrophenfall betroffen waren, geben etwas häufiger an, Vorräte angelegt zu haben oder über einen Feuerlöscher oder Behälter für Löschwasser zu verfügen.

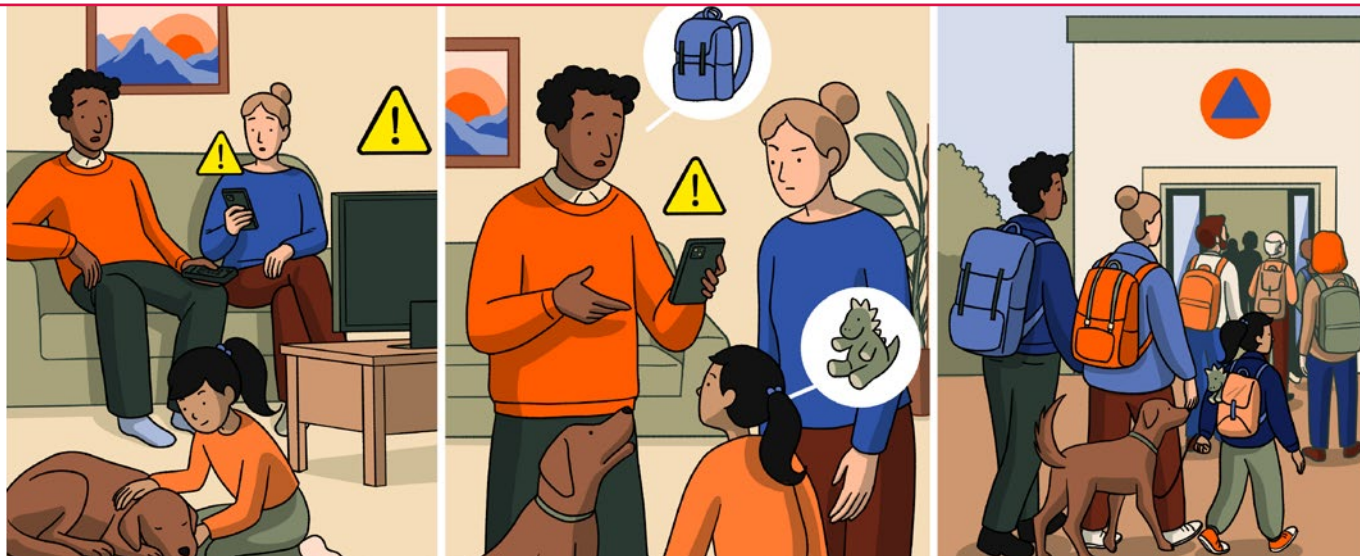
In der Befragung zum Bundesweiten Warntag 2025 wurde erstmals erhoben, wie groß die Sorge der Befragten vor Notfällen und Katastrophen ist, welche Schadensereignisse die Befragten konkret befürchten und an welchen Informationen zur Vorbereitung darauf sie interessiert sind. Knapp drei Viertel der Befragten gaben an, besorgt über zukünftig mehr und schlimmere Notfälle und Katastrophen in Deutschland zu sein. Konkret werden vor allem Cyberangriffe auf die Infrastruktur und Unwetterereignisse erwartet. Dabei geht jedoch nur rund ein Drittel davon aus, hiervon persönlich betroffen zu sein. Auch vor dem Hintergrund des aktuellen Weltgeschehens wünschen sich rund sechs von zehn Befragten mehr Informationen über Notfall- und Katastrophenrisiken, die sie betreffen könnten (61 Prozent), oder darüber, wie man für Notfälle und Katastrophen vorsorgt (59 Prozent). Hierzu bietet der neue Ratgeber „Vorsorgen für Krisen und Katastrophen“ des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) praktische Tipps, Checklisten und Hintergrundinfos zur persönlichen Notfallvorsorge.

Der Ratgeber kann kostenfrei bestellt oder direkt als PDF heruntergeladen werden:



Der Blick nach vorn

Der Bundesweite Warntag war auch im Jahr 2025 ein Erfolg. Das Zusammenspiel der einzelnen Systeme konnte weiter verbessert und die Menschen erneut auf das wichtige Thema Warnung aufmerksam gemacht werden. Die im Dezember 2022 erstmals erprobte Cell Broadcast-Technologie hat sich auch beim Bundesweiten Warntag 2025 flächendeckend bewährt. Doch diese positive Bilanz ist kein Grund zum Ausruhen: Die gewonnenen Erkenntnisse fließen nun direkt in die technische Weiterentwicklung und künftige Informationskampagnen ein. Ziel bleibt es, das Thema Warnung weiter fest im Alltag zu verankern, damit gerade in Zeiten multilateraler Krisen im Ernstfall jeder Handgriff sitzt – beim BBK und kommunalen und Landesbehörden genauso wie bei den Bürgerinnen und Bürgern.



(Quelle: Danae Diaz c/o kombinatrotweiss.de, Instagram: @danaediazillustration | @kombinatrotweiss_illustration)

Weiterentwicklung des Warnmix

Warnungen vor Gefahren helfen dabei, Menschenleben zu schützen oder einen eintretenden materiellen Schaden so gering wie möglich zu halten. Die Warnung beinhaltet auch einen gesamtgesellschaftlichen Aspekt der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung – als Vorbereitung auf eine Gefahrensituation oder in einer Gefahrensituation selbst.

Warnmeldungen zur Bevölkerungswarnung werden in Deutschland über viele Wege verbreitet. Die Vielzahl und Vielfalt der Warnkanäle – der sogenannte Warnmix – stellt sicher, dass eine Warnung möglichst viele Menschen erreicht. Zusammen eingesetzt ergänzen sich die einzelnen Warnkanäle. Gemeinsam mit seinen Partnern entwickelt das BBK den Warnmix kontinuierlich weiter.

Cell Broadcast-Entwarnung

Am 23. Februar 2023 wurde Cell Broadcast in Deutschland eingeführt. Seit dem 25. November 2025 erweitert die Entwarnung den Funktionsumfang von Cell Broadcast. Diese vervollständigt den Warnzyklus und schafft Klarheit, denn durch eine Entwarnung erfahren Bürgerinnen und Bürger, dass eine bestimmte Gefahr vorüber ist.

Weitere Informationen finden Sie hier:



Dies sind die neuesten Meilensteine:

DAB+ mit neuem Sicherheitsstandard für Frühwarnsystem

Rundfunksender sind ein wichtiger Verbreitungsweg für Warnmeldungen. Müssen Betroffene bei Gefahr schnell handeln, unterbrechen viele Radio- und Fernsehsender ihre Programme und geben die Warnung in der höchsten Warnstufe sofort weiter.

Am Bundesweiten Warntag 2025 wurde erstmals das neue Warnsystem „Automatic Safety Alert“ (kurz: ASA) über DAB+ Radio getestet. Anders als in den Vorjahren wurde die Warnmeldung im Realbetrieb ausgespielt. In einem lokal begrenzten Testgebiet empfingen ASA-zertifizierte DAB+-Radios erstmalig die Probewarnung.

Automatic Safety Alert

Das Sicherheitswarnsystem ASA ist internationaler Standard und wurde 2024 in Deutschland eingeführt. ASA warnt und informiert die Bevölkerung in Not- und Krisenfällen, auch wenn Internet- oder die Mobilfunkverbindungen vor Ort unterbrochen sind. Hierfür unterbricht ASA das laufende Programm oder „weckt“ automatisch zertifizierte DAB+-Radios aus dem Standby-Modus, um Warnmeldungen und Handlungsanweisungen zu übermitteln.

Ausbau des Sirennennetzes

Die Bedeutung von Sirenen ist in der Bevölkerung sehr groß und die Erwartungshaltung an deren Vorhaltung hoch. Sirenen sind in Deutschland jedoch nicht flächendeckend vorhanden. Mit dem Sirenenförderprogramm fördert der Bund den Ausbau der kommunalen Sirennetze und die Etablierung eines einheitlichen Übertragungsnetzes. Ziel ist es, die kommunalen Sirenen künftig digital über MoWaS zur Warnung der Bevölkerung auslösen zu können. Das ermöglicht sowohl lokale Ansteuerungen als auch eine zentrale Auslösung durch den Bund. Derzeit werden Sirenen ausschließlich lokal durch die Kommunen als verantwortliche Betreiber der Sirennetze ausgelöst. Voraussichtlich ab 2027 werden Sirenen sukzessiv angeschlossen.

Ina Schindek und Sarah Heggen sind Mitarbeiterinnen im Referat „Grundlagen der Warnung“ des BBK.

Lebenskompetenzen praxisnah vermitteln

Bevölkerungsschutz im Unterricht

Cennet Abs



Die gegenwärtige sicherheitspolitische Situation, die Pandemie- und Katastrophenerfahrungen der letzten Jahre sowie personelle Knappheiten bei Bundeswehr, Feuerwehren und Hilfsorganisationen lenken zunehmend den Blick auf Lücken bei den Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeiten in der Bevölkerung. Es gibt bereits einige Bemühungen, diese Lücken zu schließen. Mit dem „Pakt für den Bevölkerungsschutz“ beispielsweise möchte das Bundesministerium des Innern (kurz: BMI) in Zivile Verteidigung investieren und unter anderem das öffentliche Bewusstsein für den Selbstschutz stärken. Die Einbindung von Bevölkerungsschutz im Schulunterricht könnte ein weiterer Weg sein, die Resilienz der Gesellschaft zu stärken und Schülerinnen und Schülern gleichzeitig wichtige Lebenskompetenzen zu vermitteln.

Gesellschaftliche Verankerung von Bevölkerungsschutz

Die bundesstaatlichen Strukturen des Bevölkerungsschutzes entsprechen dem föderalen System und die Aufgabenteilung für Bund und Länder sind durch die Verfassung definiert: Die Kompetenz der Gefahrenabwehr obliegt den Ländern, dem Bund die äußere Sicherheit und Verteidigung sowie der Schutz der Zivilbevölkerung. Das integrierte Hilfeleistungssystem setzt die Zusammenarbeit der bundesstaatlichen Systemarchitektur aller Verwaltungsebenen von der Kommune bis zum Bund voraus, wobei die Ebenen-Systematik drei Teilbereiche definiert: technisch-taktisch, operativ-taktisch und strategisch (Vergleich Feuerwehr-Dienstvorschrift 100, o. J.). So kann das integrierte Hilfeleistungssystem mit einer Vielzahl von Akteuren im Bevölkerungsschutz auf die Komplexität von Risiken und Gefahren reagieren und bildet eine leistungsstarke Gefahrenabwehrkette. Die Akteure im Bevölkerungsschutz sind neben den hauptamtlichen Mitgliedern bei der Berufsfeuerwehr und dem Rettungsdienst ebenso ehrenamtliche Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr und der anerkannten Hilfsorganisationen: Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser Hilfsdienst sowie privat-kommerzielle Unternehmen. Im Rahmen der Amtshilfe

unterstützt das Technische Hilfswerk (kurz: THW), eine Bundesanstalt mit bundesweiten – ehrenamtlich geführten – Ortsverbänden, die Gefahrenabwehr (Vergleich Geier, 2021). Laut BMI sind etwa 1,7 Millionen ehrenamtliche Akteure im Bevölkerungsschutz tätig und bilden einen unverzichtbaren Bestandteil des deutschen Bevölkerungsschutzes und des Krisenmanagements.

Der gegenwärtige Bevölkerungsschutz in Deutschland setzt also einerseits auf das Ehrenamt in einem integrierten Hilfeleistungssystem und setzt andererseits eine Resilienz in der Gesellschaft voraus. Diese resiliente Gesellschaft, wie sie im §1 des Gesetzes über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes (kurz: ZSKG) implizit vorausgesetzt wird, scheint aktuell eher eine Fiktion: Eine Bevölkerungsbefragung aus dem Jahr 2025 zeigt, dass individuelle Vorsorgemaßnahmen in Deutschland heute häufig nur anlassbezogen erfolgen und selten als feste Routinen etabliert sind (Rohs et al., 2026). Dabei gaben 56 Prozent der Befragten an, sich mit Notfallvorsorge nicht beschäftigt zu haben.

Eine Studie von Zivilgesellschaft in Zahlen (kurz: ZiviZ) im Stifterverband im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) aus dem Jahr 2025 belegt, dass die Zahl der zeitaufwendig im Bevölkerungsschutz aktiven Personen zwischen 18–68 Jahren derzeit nur bei 998.323 Personen liegt (Bartel & Schubert, 2025). Hinzu kommt, dass die Netto-Zahlen der Ehrenamtlichen in 21.214 Vereinen schwer ermittelbar sind, da Freiwillige durchaus in mehreren Organisationen aktiv gemeldet und somit doppelt gezählt werden können.

Zudem bestehen in der Bevölkerung Defizite in zentralen Bereichen wie der Vorratshaltung oder bei praktischen Fähigkeiten, wobei ein ausgeprägtes Vertrauen in staatliche Hilfe eine wesentliche Rolle spielt (Dittmer & Lorenz, 2026). Darüber hinaus setzen sich viele Menschen nur begrenzt mit Katastrophenszenarien auseinander und Vorsorgeüberlegungen erfolgen oft erst im Ereignisfall (Dittmer & Lorenz, 2026).

Demgegenüber war die Bevölkerung im Kontext des Kalten Krieges – insbesondere in den 1950er bis 1980er Jahren – stärker in staatliche Zivilschutzmaßnahmen

eingebunden. Maßnahmen wie regelmäßige Übungen, Informationskampagnen und die Förderung von Vorratshaltung führten zu einer breiteren gesellschaftlichen Verankerung von Vorsorgepraktiken (Molitor, 2022). Die Bildung von Vorräten war nicht nur „Empfehlung“, sondern Teil eines sicherheitspolitischen Denkens. So wurden Bürgerinnen und Bürger nicht nur informiert, sondern sogar mit dem Selbstschutzgesetz von 1965 rechtlich „[...] zum Selbstschutz [...] verpflichtet“ (§1 BGBI. 1965 I Nr. 50). Gleichzeitig richteten sich damals staatliche Informationskampagnen – etwa durch die als Postwurfsendung an alle Haushalte verteilte Zivilschutzfibel – direkt an die Breite der Bevölkerung.

Dies korrespondiert auch mit den deutlichen Abweichungen zwischen den Vorsorgepraktiken der jüngeren und älteren Generationen. Die Generation 60-Plus (53 Prozent) sorgt deutlich mehr vor als die Generation bis 16–29 Jahre (35 Prozent), was vielleicht auf Langfrist-erfolge von staatlichen Informationskampagnen schließen lässt (Rohs et al., 2026).

An diese Beobachtung anknüpfend sollte überlegt werden, wie die Ritualisierung von Vorsorge sowie die Auseinandersetzung mit Katastrophen-, Krisen- und Zivilschutzszenarien gestärkt werden können. Der Schulunterricht könnte hierbei ein Ort sein, an dem Kinder und Jugendliche flächendeckend, unabhängig von Herkunft und sozialem Hintergrund, durch Informationsangebote zu bevölkerungsschutzrelevanten Themen erreicht werden könnten. Neben der Beschäftigung mit diesen Themen im Unterricht könnten über die Schülerinnen und Schüler als Wissensträger die Vorsorgebedarfe in den Familien und in der Gesellschaft verbreitet werden. In diesem Zusammenhang sei auf die schon lange in den Lehrplänen verlangte Ausbildung von Lebenskompetenzen verwiesen. Ein weiterer Grund für die Schule als Ort staatlicher Vermittlung von Vorsorgebedarfen, Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeiten liegt in der Erfüllung des Bildungsauftrages vor dem Hintergrund der Heranziehung junger Erwachsener im Katastrophenfall: Da in den Bundes- und Landesgesetzen eine Heranziehung von Jugendlichen ab 18 Jahren (teilweise ab 16 Jahren) im Katastrophen- und Zivilschutzfall ermöglicht wird (zum Beispiel §28 ZSKG), wäre die Schule der richtige Ort, diese gesetzliche Erwartung mit Bildungsgrundlagen systematisch zu untermauern. Allerdings werden die notwendigen Bildungsangebote nur in acht von 16 Landesgesetzen zum Katastrophenschutz verankert. Sachsen, dessen „Vierte[s] Gesetz zur Änderung des Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz“ (kurz: BRKG-Novelle) im Januar 2024 in Kraft getreten ist, nennt als einziges Bundesland die Schule als Bildungsstätte für die Vermittlung von Selbstschutzzinhalten.

Ebenso könnte die gezielte Behandlung von Bevölkerungsschutzthemen, einschließlich der Bedeutung des

Ehrenamtes für die innere Sicherheit, die Gewinnung neuer, belastbarer und aktiver Mitglieder für die Hilfsorganisationen und Freiwilligen Feuerwehren vereinfachen. Hierbei ist die Akquise oft sehr lokal durch Ortsverbände getragen, die nicht alle Teile der Gesellschaft erreichen können. Dies belegt die ZiviZ-Studie von 2025: Demnach blicken die Hilfsorganisationen durchaus kritisch auf ihre Fähigkeit, mit der gegebenen Zahl der Freiwilligen ihre Aufgaben zu erfüllen, neue aktive Mitglieder zu finden und Leitungspositionen zu besetzen (Bartel & Schubert, 2025).

Aus den vorgenannten Erwägungen könnte die Einbindung von Bevölkerungsschutz-Themen in den Schulunterricht für die Altersgruppe der Jugendlichen der 10–12 Klassen besonders sinnvoll sein.

Lebenskompetenzen

Die Lebenskompetenzen umfassen laut Weltgesundheitsorganisation (auf Englisch kurz: WHO) (1994): Kommunikationsfähigkeit, Teamfähigkeit und Konfliktfähigkeit, Selbstreflexion, Problemlösungskompetenzen und den bewussten Umgang mit Emotionen. Sie befähigen Kinder und Jugendliche, eigenständig, verantwortungsvoll und psychisch gestärkt ihr Leben zu gestalten.

Laut der Cornelsen Schulleitungsstudie 2022 halten 93 Prozent der Schulleitungen es für notwendig, Lebenskompetenzen stärker in den Unterricht zu integrieren: Fachliches Wissen allein reiche nicht mehr aus – Lernende müssten auch auf die sozialen, emotionalen und digitalen Herausforderungen des modernen Lebens vorbereitet werden (Fichter et al., 2022).

Diese Haltung deckt sich mit internationalen Bildungszielen: Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (kurz: OECD) (2019) betont in ihrem Learning Compass 2030, dass Schülerinnen und Schüler nicht nur Wissen erwerben, sondern Kompetenzen entwickeln sollen, um „Verantwortung für sich, andere und den Planeten“ zu übernehmen. Die Vereinten Nationen und die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (kurz: UNESCO) wiederum führen Lebenskompetenzen als Kernziel in der Agenda 2030 auf – insbesondere unter den Nachhaltigkeitszielen (kurz: SDG) zu Bildung (SDG 4) und Resilienzförderung (SDG 3) (United Nations, 2015).

Bevölkerungsschutz als Lernfeld für Lebenskompetenzen

Lebenskompetenzen stellen einen zentralen Bestandteil schulischer Bildung dar und lassen sich sowohl im normativen Bildungsverständnis der Kultusministerkonferenz (kurz: KMK) als auch in der kompetenzorientierten Struktur des Deutschen Qualifikationsrahmen (kurz: DQR) verorten. Die KMK definiert Bildung nicht ausschließlich

als Vermittlung von Fachwissen, sondern als Entwicklung umfassender Handlungskompetenz (KMK, 2016). Damit wird deutlich, dass schulische Bildung explizit auf die Bewältigung realer Lebenssituationen abzielt und somit über kognitive Wissensbestände hinausgeht. Schule soll Lernende folglich dazu befähigen, ihr eigenes Leben reflektiert und eigenverantwortlich zu gestalten und ein mündiges Leben zu führen (KMK, 2016).

Der DQR, zugänglich auf dem offiziellen DQR-Webportal (www.dqr.de), konkretisiert diese eher normativen Zielsetzungen, indem er Kompetenzen systematisch in verschiedene Dimensionen unterteilt. Neben der Fachkompetenz werden insbesondere personale und soziale Kompetenzen hervorgehoben. Personale Kompetenz umfasst dabei Fähigkeiten wie Selbstständigkeit, Verantwortungsbewusstsein und Selbstreflexion, die unmittelbar mit Lebenskompetenzen korrespondieren. Sozialkompetenz beinhaltet hingegen kommunikative Fähigkeiten, Teamfähigkeit sowie Konfliktlösungsstrategien und ermöglicht die aktive und verantwortungsbewusste Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Lebenskompetenzen nehmen eine verbindende Funktion zwischen bildungspolitischem Anspruch und kompetenzorientierter Umsetzung ein. Während die KMK die Befähigung zur Lebensbewältigung als zentrales Ziel schulischer Bildung formuliert, operationalisiert der DQR diese Zielsetzung durch konkrete Kompetenzdimensionen. Lebenskompetenzen sind somit nicht als ergänzendes Element, sondern als integraler Bestandteil schulischer Bildung zu verstehen.

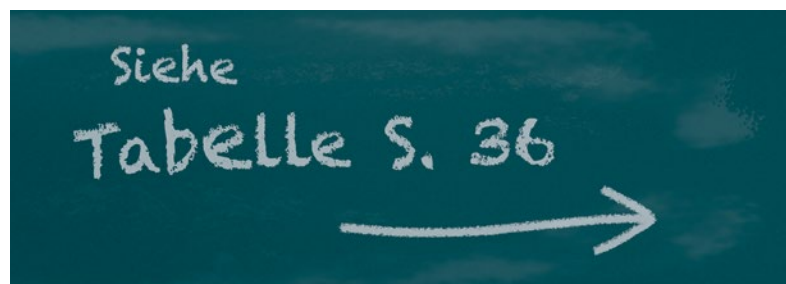
Der Bevölkerungsschutz bietet ein ideales Themenfeld, um Lebenskompetenzen praxisnah zu fördern. Lernende können hier Fähigkeiten erwerben, die weit über klassische Katastrophenerziehung hinausgehen: Teamarbeit in Krisensimulationen, kritisches Denken bei der Bewertung von Risiken oder das Übernehmen von Verantwortung in Notfallsituationen.

Die Lernziele bei der Vermittlung der Grundlagen des Bevölkerungsschutzes sollten sich einerseits auf die politischen Rahmenbedingungen und andererseits auf die konkreten Implikationen und Handlungskompetenzen der Lernenden beziehen. Dadurch werden nicht nur Wissen und Handlungskompetenz verbunden, sondern auch Selbstwirksamkeit und Solidarität gestärkt – zentrale Elemente der Lebenskompetenzen:

- **Handlungskompetenz:** Die Jugendlichen kennen die notwendigen Maßnahmen zur persönlichen Notfallvorsorge. Sie können diese für sich umsetzen.
- **Sozialkompetenz:** Die Jugendlichen sind sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. Sie erkennen in ihrem sozialen Umfeld und darüber hinaus die Hilfsbedürftigkeit anderer Menschen und bieten ihre Hilfe/Unterstützung an.

- **Kommunikationskompetenz:** Die Jugendlichen können sich klar ausdrücken, zum Beispiel während einer Teamarbeit, um eine gute Abstimmung untereinander zu erzielen.
- **Personale Kompetenz:** Die Jugendlichen können ihr eigenes Verhalten reflektieren und einschätzen, welche Auswirkung ihr Verhalten auf ihr Umfeld hat. Ebenso lernen die Jugendlichen ihre eigenen Stärken und Schwächen kennen und wissen diese in der Gruppe einzusetzen.

Die Bevölkerungsschutzthemen für den Schulunterricht lassen sich zum Beispiel auf die folgenden Oberthemen vereinheitlichen: Grundlagen des Bevölkerungsschutzes, Brandschutz, Selbstschutz, Umwelt und Klima, Bevölkerungsentwicklung, Gesundheit und Digitalisierung. Mit der Tabelle auf Seite 36 soll an dem Oberthema „Grundlagen des Bevölkerungsschutzes“ exemplarisch die Integration in den klassischen Fächerkanon der 10–12 Klassen gezeigt werden.



Allerdings setzt die Integration von relevanten Themen einerseits die thematische Weiterbildung von Lehrkräften voraus, andererseits die Weiterbildung im Umgang mit möglichen emotionalen Reaktionen und Vorerfahrungen der Schülerinnen und Schüler zu Kriegen und Katastrophen. Diese Weiterbildungen könnten zentral an der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (kurz: BABZ) oder dezentral an den Landesfeuerwehrschulen oder über die Ausbildungsstätten der Hilfsorganisationen angeboten werden.

Lebenskompetenzen sind kein optionales „Soft-Skill“-Add-on, sondern eine essenzielle Bildungsaufgabe. Die Integration von Themen des Bevölkerungsschutzes kann Jugendlichen helfen, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und in Krisen handlungsfähig zu bleiben – Fähigkeiten, die in einer zunehmend vernetzten Welt und gleichzeitig fragmentierten Gesellschaft von existenzieller Bedeutung sind. Darüber hinaus können die schulische Behandlung des Bevölkerungsschutzes, die Aufklärung zu den Voraussetzungen der eigenen Sicherheit und der vielleicht erste Kontakt mit ehrenamtlicher Arbeit auch eine Grundlage für die Nachwuchsgewinnung der Hilfsorganisationen sein.

Integration in den klassischen Fächerkanon der 10 – 12 Klassen

Exemplarische Darstellung am Oberthema „Grundlagen des Bevölkerungsschutzes“. (Quelle: BBK)

Schulfach	Mögliche Aufgabenstellung	Methodik
Deutsch	Recherchiere und analysiere die Auswirkungen von verschiedenen Ereignissen wie Stromausfall, Starkregen, Hochwasser, Hitze/Dürre etc. und ermittle die nötigen Präventionsmaßnahmen für die jeweilige Situation. Projekt: Stromausfall: • Szenario beschreiben, • Krisenstab bilden, • Informationsmaterial entwickeln, • Bevölkerung informieren, • Entwarnung geben.	Internetrecherche, Einzelarbeit, Partnerarbeit, Gruppenarbeit, Referat.
Gesellschaftslehre und Politik	Recherchiere zu den Grundlagen des Bevölkerungsschutzes in Deutschland. Schreibe einen Zeitungsartikel, Aufsatz, führe ein Interview für die Schülerzeitung oder halte eine politische Rede zur Organisation des Bevölkerungsschutzes in Deutschland.	Internetrecherche, Einzelarbeit, Partnerarbeit, Gruppenarbeit, Referat, Interview mit Fachleuten. Nutzung von digitalen und interaktiven Elementen, wie die Erstellung von Quizzes (Kahoot), Entwicklung von Spielen analog und digital, Artikel in der Schülerzeitung, Erstellung von Postern und Flyern.
Ethik/Religion/Philosophie	Erörtert den Unterschied zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft. Überlegt in der Gruppe, inwiefern ihr von einer solidarischen Gemeinschaft schon profitiert habt und wo ihr solidarisch gehandelt habt. Diskutiert in der Gruppe die Solidaritätsprinzipien unserer Gesellschaft.	Internetrecherche, Einzelarbeit, Partnerarbeit, Gruppenarbeit.
Sport	Erste-Hilfe-Ausbildung	Praktische Maßnahmenübungen, Rollenspiel, (Klein-)Gruppenarbeit, Einzel- und/oder Partnerarbeit, intuitives Handeln.

Cennet Abs wurde für Ihre Masterarbeit „Bedarfsanalyse und Konzept für ein Unterrichts Kompendium zum Bevölkerungsschutz für die Schulklassen 10 bis 12“ mit dem Förderpreis des Deutschen Komitees Katastrophenvorsorge e.V. (kurz: DKKV) ausgezeichnet. Eine Veröffentlichung erfolgt voraussichtlich im Sommer 2026 im Tectum Verlag.

Das Literaturverzeichnis finden Sie unter:
www.bbk.bund.de/magazin



Cennet Abs ist als Vertreterin des BBK zum Gemeinsamen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz (kurz: GeKoB) entsandt.

Selbstschutz zum Nachlesen

Was Ratgeber für die Notfallvorsorge leisten können

Sophie Lacher und Jessica Matvienko

Die zunehmenden Katastrophen und Krisen machen deutlich, dass die Bevölkerung auf Notlagen vorbereitet sein muss. Der Selbstschutz der Bevölkerung ist dabei zentral, weil staatliche Hilfe in Notlagen nicht jederzeit und überall sofort verfügbar ist. Selbstschutz umfasst dabei nicht nur Vorratshaltung, sondern auch die Fähigkeit, in Notlagen angemessen und eigenständig zu handeln.

Während für Einsatzkräfte im Bevölkerungsschutz formale und non-formale Bildungsangebote etabliert sind, bestehen vergleichbare Angebote für die allgemeine Bevölkerung bislang nur punktuell. Formale Bildungsangebote beziehen sich dabei auf Lernen in institutionalisierten Bildungskontexten, während non-formale Bildungsangebote organisierte Lernprozesse außerhalb des formalen Bildungssystems umfassen. Vieles spricht daher dafür, dass die Bevölkerung Wissen und Kompetenzen zur Notfallvorsorge vor allem informell erwirbt, also im Alltag, anlassbezogen und teilweise auch beiläufig (Rohs, 2016). Das selbstgesteuerte Lernen zeichnet sich ebenfalls durch ein hohes Maß an Flexibilität aus. Menschen suchen hierbei typischerweise gezielt nach Informationen, wählen relevante Inhalte aus und strukturieren ihren Lernprozess eigenständig, wodurch die Verantwortung für die Planung, Organisation und Strukturierung des Lernprozesses wesentlich bei den Lernenden selbst liegt (Gnahn, 2016). Im Bereich der Notfallvorsorge greifen beide Formen des informellen und selbstgesteuerten Lernens häufig ineinander: Menschen stoßen etwa über Medienberichte oder persönliche Gespräche auf das Thema und vertiefen es anschließend selbstgesteuert mithilfe von Checklisten, Informationsseiten oder Ratgebern.

Eine mögliche Ressource für solches informelles und selbstgesteuertes Lernen sind Ratgeber. Diese lassen sich als eine niederschwellige Form informeller Beratung verstehen, indem sie Verhaltensvorschläge zur Bewältigung bestimmter Problemsituationen bereitstellen. Darüber hinaus beinhalten Ratgeber praktische Techniken. Die dargebotenen Inhalte bestehen dabei sowohl aus Informationen, die auf wissenschaftlichen Befunden beruhen, als auch aus Erfahrungswissen der Autorinnen und Autoren. Charakteristisch ist dabei, dass die in den Ratgebern enthaltenen Auskünfte zwar als Aufforderungen formuliert, jedoch nicht bindend sind, sodass bei Nichtbefolgung keine Sanktionen zu erwarten sind. Diese Unverbindlichkeit verweist

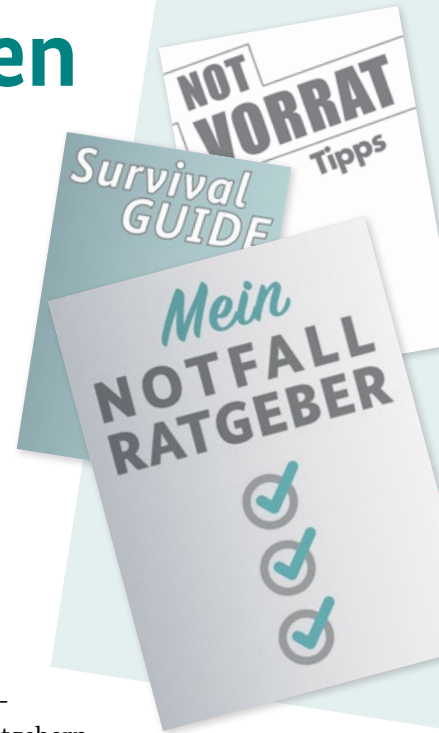
auf den Stellenwert des Ratgebers im Kontext informeller und selbstgesteuerter Lernprozesse. Die Relevanz von Ratgebern wird zudem in empirischen Studien ersichtlich. So berichtet etwa ein Drittel der Bevölkerung, dass sie Ratgeber als eine nützliche Informationsquelle wahrnehmen (Lacher & Rohs, 2024). Trotz ihrer Verbreitung wurden Ratgeber zur Notfallvorsorge bislang kaum systematisch aus Perspektive des Bevölkerungsschutzes untersucht. Diesem Desiderat widmete sich das vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) geförderte Forschungsprojekt PREP. Der vorliegende Beitrag skizziert zentrale Ergebnisse der Analyse. Ausführlicher dokumentiert sind die Befunde in einer frei zugänglichen Online-Publikation (Rohs & Lacher, 2025).

Hier geht's zur PREP Projekt Webseite:



Methodik

Grundsätzlich liegt eine Vielzahl unterschiedlicher Ratgeber vor, die sich mit Notfallvorsorge befassen. Um die Auswahl einzugrenzen, wurden für die Recherche die größten Online-Buchhandlungen Deutschlands herangezogen sowie Buchempfehlungen von Expertinnen und Experten des Projekts PREP eingeholt. Insgesamt beläuft sich das Ergebnis der Zusammenstellung des Korpus auf 65 Titel, welche sich nach mehreren zentralen Eigenschaften unterscheiden lassen. Die Zeitspanne der Veröffentlichungen beträgt 1998 bis 2025, wobei zu erwähnen ist, dass über zwei Drittel der ausgewählten Ratgeber nach 2020 publiziert wurden. Des Weiteren besteht die Stichprobe fast ausschließlich aus deutschsprachigen Büchern. Bezüglich der Breite der



Thematik wurden nicht nur Ratgeber mit einer expliziten Thematisierung des Selbstschutzes, sondern auch die Bereiche der Notfallbevorratung, des Survival, der medizinischen Notfälle, der Blackouts sowie des Kochens ohne Strom betrachtet. All diesen Ratgebern ist jedoch gemeinsam, dass sie einen thematischen Bezug zu Notfallsituationen haben. Da ein Ratgeber nicht zwingend als solcher gekennzeichnet sein muss, wurden Bücher untersucht, die einen ausdrücklichen Ratgebercharakter aufweisen. Ferner wurden zwei Lexika untersucht, da sie aufgrund ihrer Informationen zum Thema Selbstschutz die Ratgeberfunktion gleichermaßen erfüllen. Die Bücher haben einen Durchschnittspreis von 19 Euro und wurden überwiegend in Alleinautorenschaft verfasst, jedoch sind einige wenige Autorinnen und Autoren mit mehreren Werken vertreten. Bei den Verlagen zeigt sich ein ähnliches Muster, indem es 33 verschiedene Verlage gibt, während einige mit mehreren Publikationen repräsentiert sind. Aus diesen 65 Büchern wurde schließlich ein Korpus aus 21 Werken zusammengestellt, welcher die volle Breite der eben genannten Merkmale umfasst.

Die Ratgeberanalyse erfolgte anhand eines strukturierten Vorgehens, das sich überwiegend an der pragmatischen Stilanalyse von Ott und Kiesendahl (2019) orientierte. Im ersten Schritt wurde eine makrostrukturelle Textanalyse durchgeführt, die der überblicksartigen Beschreibung des jeweiligen Ratgebers diene. Diese beinhaltete insbesondere die Erfassung der Basisdaten sowie eine Analyse des Covers. Darauf aufbauend wurde der Text einer näheren Untersuchung unterzogen, in deren Rahmen unter anderem der verwendete Ton sowie der potenzielle Mehrwert für die Lesenden herausgearbeitet wurde.

Der zweite Schritt bestand in einer detaillierten Analyse auf der Mikroebene, die didaktische und textlinguistische Aspekte in den Blick nahm. Berücksichtigt wurden dabei mitunter die verwendeten Sprachmodi. Ebenso wurden potenzielle normative Einordnungen der Autorinnen und Autoren einbezogen. Darüber hinaus umfasste die Analyse auch die Gestaltungselemente des Ratgebers, die im Hinblick auf eine angemessene Orientierung Leserinnen und Lesern evaluiert wurde.

Ergänzend zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Ratgebern erfolgte zudem eine nähere Betrachtung der Verfassenenden, insbesondere hinsichtlich ihres Fachwissens und möglicher ideologischer Untertöne. Abschließend wurden die Werke auf Grundlage der gewonnenen Ergebnisse insgesamt eingeordnet und der jeweilige Ratgeber in seiner Gesamtheit im Hinblick auf die untersuchte Thematik bewertet.

Zielgruppen

Den Ausgangspunkt der folgenden Ergebnisdarstellung bilden zunächst die Zielgruppen der Ratgeber. Aus den

Charakteristiken von Ratgebern geht hervor, dass diese niederschwellig angelegt sein sollten, um ein möglichst großes Publikum anzusprechen. Auf dieser Grundlage ist zu erwarten, dass die untersuchten Werke leicht verständlich und für Fachfremde zugänglich sein sollten. Ein Vergleich der einzelnen analysierten Ratgeber zeigt, dass tatsächlich überwiegend fachunkundige Personen beziehungsweise das breite Publikum angesprochen werden, welches sich unter anderem in der sprachlichen Realisierung zeigt. Demnach werden Fachbegriffe überwiegend vollständig gemieden, bei Verwendung von Fachjargon wird dieses umgehend verständlich erklärt.

Dennoch lassen sich Unterschiede zwischen den Ratgebern finden, wenn sie anhand ihrer thematischen Schwerpunkte gesondert betrachtet werden. Bei Betrachtung der Survivalratgeber fällt auf, dass nicht nur Personen mit einem geringen Erfahrungsniveau angesprochen werden, sondern auch erfahrene Personen. Zudem wird vermehrt ein abenteuerlustiges Publikum adressiert, das Interesse an Survival hat und sich gezielt in jene Situationen begibt, in welchen das durch den Ratgeber erlangte Wissen angewendet werden kann. Bezüglich der sprachlichen Gestaltung ist festzuhalten, dass sie alltagstauglich ist und Fachbegriffe, wenn verwendet, verständlich erklärt werden. Ein untersuchtes Werk zum Thema Survival fällt jedoch aus diesem Muster heraus: Es richtet sich weder sprachlich noch hinsichtlich der Zielgruppe an ein breites Publikum wie die übrigen Survival-Ratgeber. So spricht dieses Buch keine Laiinnen und Laien an und verwendet Fachjargon, ohne es im Nachgang zu erläutern. Zudem finden sich Hinweise darauf, dass dieses Buch eher an Prepper-Diskursen interessierte Personen adressiert (Luy, 2025).

Bis auf die eben genannte Ausnahme zeigt sich in den Ratgebern zu den Themen Survival und Blackout eine Gemeinsamkeit hinsichtlich der Zielgruppe, da auch die Blackout-Ratgeber fachunkundige und interessierte Personen ansprechen. Im Kontrast zu allgemeinen Survival-Ratgebern richten sie sich jedoch zugleich an Personen mit einem ausgeprägten Sicherheitsbewusstsein, die sich gezielt auf solch plötzlich eintretende Situationen vorbereiten möchten. Im Vordergrund steht damit insbesondere die Vorsorge. Da Blackouts spezifische Vorkehrungen und Kompetenzen erfordern, verweist dies zugleich auf den nächsten Themenbereich, nämlich das Kochen. Dieser Bereich wendet sich ebenfalls an Laien und Laiinnen, darüber hinaus werden jedoch auch explizit Familien, Haushalte und Gemeinschaften angesprochen, die über ein verstärktes Sicherheitsbedürfnis verfügen und/oder sich auf mögliche Beeinträchtigungen des Systems vorbereiten möchten. Diese Ratgeber sind eher auf die Aneignung von Wissen über alltagsnahe Situationen ausgerichtet. Dem gegenüber stehen Ratgeber zum Thema Krisenvorsorge, die sich explizit auf die Vorbereitung von Krisensituationen fokussieren und sich an eine aktiv interessierte Zielgruppe richten.



Der Ratgeber des BBK zur Notfallvorsorge ist im letzten Jahr neu erschienen. (Quelle: BBK)

Diese Zielgruppe lässt sich auch im letzten Themenbereich der medizinischen Versorgung wiederfinden. Zudem finden sich hier Instruktionen für Personen wieder, welche bereits Vorerfahrungen und gegebenenfalls über eine medizinische Grundausstattung verfügen. Jene Ratgeber können neben ihrer Funktion als Lernmedium zudem als schnelle Nachschlagewerke für Notsituationen verwendet werden.

Paratexte

Darüber hinaus wurden die Paratexte analysiert, also jene Textelemente, die den Haupttext unterstützen oder ergänzend erläutern. Diese lassen sich in Form von (Unter-)Titeln, Vorworten, Anhängen und Klappentexten wiederfinden und schaffen erste Erwartungen an den Inhalt der Werke, welche sich neben einem Überblick des Inhaltes in beispielsweise einer ersten Emotionalisierung der Thematik oder einer Darstellung der Expertise der Autorinnen und Autoren zeigen. In einzelnen wenigen Fällen sind auch kommerzielle Angebote vertreten, in welchen mitunter die weiteren Bücher der jeweiligen Personen und/oder thematisch passende Produkte beworben werden.

Eine gemeinsame Eigenschaft aller Ratgeber liegt darin, dass sie in den Paratexten die Relevanz ihrer Thematik hervorheben. Dies geschieht über die Schilderung einer spezifischen Problemsituation. Auf diese Weise wird den Lesenden suggeriert, dass eine Auseinandersetzung mit den Inhalten des Ratgebers naheliegend oder notwendig erscheint, da erst das dort dargebotene Wissen die Voraussetzung zur Bewältigung der beschriebenen Defizite schafft.

In vielen Survival-Ratgebern wird die gleiche Emotionalisierungsstrategie verfolgt, indem sie zur Auseinandersetzung motivieren. Einige Werke bleiben sachlich und praxisnah und möchten die Leserschaft auf verschiedene Notsituationen vorbereiten. Andere Bücher wiederum vermitteln eine abenteuerlustige Stimmung und versprechen unter anderem eine Entwicklung zum Survival-Profi.

Demnach ist im Bereich der Überlebensratgeber eine ambivalente Ausrichtung vorzufinden: Einerseits wird eine ernsthafte Vorbereitung auf Notsituationen dargestellt, die nüchtern und sachlich vermittelt werden soll. Andererseits wird das Thema über Motive wie Abenteuer und persönliche Herausforderungen positiv aufgeladen, sodass Survival zugleich eher reizvoll als beängstigend erscheint.

Die allgemeinen Katastrophen-Ratgeber zeigen ebenso eine deutliche Ambivalenz im Paratext. So werden zwar Überblicke über die Inhalte gegeben und ein direkter Ton beibehalten, doch manche Werke bleiben insgesamt sachlich und neutral, während andere Werke stark emotionalisierend wirken, indem zahlreiche Warnungen und Kriegserfahrungen thematisiert werden.

Dagegen vermitteln die Ratgeber zum Thema Blackout in ihren Paratexten eine ernste Stimmung. Obwohl der flächendeckende Stromausfall ein realistisches Szenario für die Bevölkerung darstellt, sind die Paratexte sachlich verfasst und meiden eine Überdramatisierung der Thematik. Eine Ausnahme stellt ein Buch dar, welches den Zugang zu diesem Bereich über Filme und Serien findet, weshalb dort ein alarmierender Ton vorzufinden ist. Allen ist gemeinsam, dass die persönliche Vorsorge als zentrales Motiv erscheint. Dieser Faktor kommt auch in den Ratgebern mit medizinischem Schwerpunkt zum Ausdruck, da die Kompetenzen zur Erstversorgung als äußerst wichtig empfunden werden. Im Kontrast zu den übrigen Ratgebern sind die Kochratgeber tonal am ruhigsten angelegt. Sie verzichten weitgehend auf Dramatisierung und setzen stattdessen auf Sachlichkeit und Alltagstauglichkeit. Dabei wird der Fokus auf die Notwendigkeit der Selbstversorgung nicht außer Acht gelassen; in einem Werk wird diese Fähigkeit gar als weltverbessernd bezeichnet.

Zusammengefasst liegt eine große Heterogenität der Paratexte in ihrer unterschiedlichen Tonalität, Emotionalisierung und Funktion vor. Das Spektrum reicht von sachlich-nüchternen über motivierende und aktivierende bis zu warnenden, dramatisierenden oder angsterzeugenden Rahmungen.

Textlinguistische und Didaktische Merkmale

Neben dem Paratext wurden auch textlinguistische und didaktische Merkmale der Ratgeber untersucht. Die Katastrophenratgeber sind in dieser Hinsicht vor allem durch die Verbindung von erklärenden Informationen und konkreten Handlungsanweisungen gekennzeichnet. Die Inhalte werden meist übersichtlich, praxisnah und mithilfe von Checklisten und Schritt-für-Schritt-Anleitungen vermittelt, auch wenn sich die Ratgeber im Tonfall und im Grad der Emotionalisierung teilweise unterscheiden.

Im Vergleich dazu weisen die spezifischen Bereiche wie Kochen, Survival, Blackout und Medizin jeweils eigene textlinguistische und didaktische Akzentsetzungen auf. Die Kochratgeber sind besonders klar, einfach und handlungsorientiert gestaltet. Typisch sind direkte Rezeptanweisungen, übersichtliche Strukturen sowie Checklisten und Tabellen. Insgesamt ist ihre Aufbereitung stark auf die praktische Umsetzbarkeit und eine schnelle Orientierung ausgerichtet. Über diese alltagsnahe und vergleichsweise ruhige Gestaltung hinaus rücken in den Blackout-Ratgebern jedoch deutlich konkretere Krisenszenarien in den Vordergrund. Diese Bücher sind ebenfalls klar strukturiert und handlungsorientiert, zugleich aber stärker auf Krisenbewältigung ausgerichtet, da sie erklärende Passagen mit konkreten Handlungsempfehlungen und Übersichten verbinden. Während direkte Elemente je nach Ratgeber unterschiedlich stark auftreten, ist die didaktische Aufbereitung in allen untersuchten Blackout-Ratgebern deutlich ausgeprägt. Im Vergleich dazu präsentieren sich die Survival-Ratgeber wesentlich vielfältiger. Gemeinsam ist ihnen zwar eine überwiegend handlungsorientierte Ausrichtung, diese wird jedoch sehr unterschiedlich umgesetzt. So finden sich neben sachlich-erklärenden Passagen häufig direkte Elemente, etwa in Form von Schritt-für-Schritt-Anleitungen oder konkreten Handlungsanweisungen. Demgegenüber liegen auch Ratgeber vor, die kaum eine klassische Ratgeberstruktur aufweisen und stattdessen Erfahrungsberichte beinhalten. Anzumerken ist hierbei, dass diese Bücher auf Grundlage der Analyse nicht als klassische Ratgeber verstanden werden können, da sie nur eingeschränkt über die typischen (didaktischen) Charakteristika von Ratgebern verfügen. Insgesamt reicht das Spektrum damit von nüchtern-pragmatischen und klar strukturierten Aufbereitungsformen bis hin zu eher erzählerischen oder motivierenden Vermittlungsweisen.

Während die Survival-Ratgeber vor allem individuelle Handlungsfähigkeiten in unterschiedlichen Ausnahmesituationen vermitteln, rücken in den medizinischen Ratgebern konkretere Not- und Versorgungslagen in den Mittelpunkt. Jene Ratgeber knüpfen ebenso handlungsauffordernde Anleitungen an theoretisches Wissen an und bereiten diese Anleitungen didaktisch durch etwa nummerierte Abläufe und Hinweiskästen auf. Diese Bücher

zielen jedoch nicht darauf ab, als Nachschlagewerk zu fungieren, sondern vielmehr als Lerntexte. Dies geht aus den Appellen hervor, dass diese Ratgeber die Praxis nicht ersetzen können und die einzelnen Fälle praktisch geübt werden müssen.

Damit wird deutlich, dass die textlinguistische und didaktische Gestaltung der Ratgeber kein einheitliches Muster erkennen lässt. Zwar ist in allen Bereichen eine grundsätzliche Handlungsorientierung gemeinsam, diese wird jedoch je nach thematischem Schwerpunkt unterschiedlich realisiert. Die Spannweite reicht von klar strukturierten, anwendungsbezogenen Aufbereitungsformen bis hin zu weniger systematischen, stärker erfahrungsbasierten Vermittlungsweisen.

Position der Autorinnen und Autoren

Ergänzend zu den bislang untersuchten Dimensionen sind nun die Positionen der Autorinnen und Autoren zu berücksichtigen. Dabei stehen der biografische und berufliche Hintergrund sowie die daraus resultierende Seriosität der Aussagen im Zentrum der Analyse.

Im Bereich der Katastrophenratgeber zeigt sich ein breites Spektrum an Profilen, welches von beruflich und institutionell fundierten Hintergründen bis hin zur vorwiegend erfahrungsbasierten oder selbst zugeschriebenen Expertise reicht. Daran anknüpfend fällt auch die Seriosität der Inhalte unterschiedlich aus. Während einzelne Werke durch einschlägige berufliche Hintergründe oder institutionelle Einbindungen einen hohen Grad an Glaubwürdigkeit aufweisen, stützen sich andere Autorinnen und Autoren auf Erfahrungswissen. Gemeinsam ist den meisten Katastrophenratgebern jedoch, dass eine wissenschaftliche Fundierung weitgehend fehlt.

Bei den Kochratgebern ergibt sich demgegenüber ein deutlich homogeneres Bild, da die Verfassenden überwiegend über fachliche oder praxisbezogene Hintergründe verfügen. Daher erscheinen die Inhalte als seriöser, auch wenn hier ebenfalls kaum wissenschaftliche Fundierungen aufzufinden sind. Stattdessen stützt sich die Glaubwürdigkeit vor allem auf fachpraktische Erfahrung und die institutionelle Einbindung der vermittelten Inhalte.

Auch im Bereich der Blackout-Ratgeber zeigt sich ein vergleichbares Muster: Die Beiträge weisen ein relativ einheitliches und fachnahes Profil auf. Darüber hinaus sind die Autorinnen und Autoren fachkundig in ihren Bereichen. Der fehlende wissenschaftliche Bezug mindert die Seriosität der vermittelten Inhalte in diesem Fall nur geringfügig, da die Personen aufgrund ihrer fachlichen Expertise besonders glaubwürdig erscheinen.

Bei Betrachtung der Survival-Ratgeber fällt auf, dass manche Autorinnen und Autoren sich eigenständig als Expertinnen und Experten inszenieren, wobei sie sich vor

allem auf eigene langjährige Erfahrungen in diesem Bereich berufen. Andere wiederum sind erfahrene Praktikerinnen und Praktiker mit einem militärischen Hintergrund. Im Vergleich zu den Blackout-Ratgebern liegt hier somit ein deutlicher Kontrast vor. Die Glaubwürdigkeit stützt sich im Survival-Bereich überwiegend auf persönliche Erfahrungen, während fachliche Absicherungen meist fehlen. Da eine quellenbasierte Absicherung in den Inhalten nahezu vollständig ausbleibt, wird die Seriosität der Inhalte dadurch deutlich geschwächt.

Bei den Ratgebern mit medizinischem Schwerpunkt zeigt sich aufgrund der geringen Zahl der untersuchten Werke kein einheitliches Bild. Ein Ratgeber wirkt durch den fachnahen Hintergrund des Autors glaubwürdig und überzeugend, wohingegen der andere Ratgeber vor allem auf dem Selbstanspruch des Autors als Experte beruht.

Die Analyse der Positionen der Autorinnen und Autoren verdeutlicht, dass die Seriosität der Ratgeber stark zwischen institutioneller Anbindung und reinem Erfahrungswissen schwankt. Übergreifend zeigt sich jedoch in fast allen Bereichen ein deutliches Defizit an wissenschaftlicher Fundierung, was die Überprüfbarkeit der getroffenen Aussagen erheblich einschränkt.

Ideologischer Rahmen

Abschließend wurde die zugrunde liegende ideologische Rahmung der untersuchten Ratgeber analysiert. Dabei stand die Frage im Zentrum, welches Weltbild die Ratgeber vermitteln und wie sie das Verhältnis zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat definieren.

Die Untersuchung zeigte ein Spannungsfeld zwischen dem Vertrauen in den Staat und einer systemkritischen Autarkie. Institutionelle Werke, wie die des BBK, verstehen Eigenvorsorge als Ergänzung zum staatlichen Schutz, während die kommerzielle Ratgeberliteratur ein ausgeprägtes Individualismus-Narrativ verfolgt. Insbesondere in den Bereichen Survival und Blackout finden sich häufiger misstrauische Darstellungen öffentlicher Strukturen. Dabei wird der Staat als überfordert oder unzuverlässig dargestellt. Daraus resultiert ein Fokus auf Selbsthilfe, der teilweise mit traditionellen Rollenbildern oder einer Prepper-Mentalität einhergeht. Im Gegensatz dazu zeichnen sich Koch- und Medizinratgeber eher durch eine nüchterne Vermittlung von Kompetenzen aus, ohne eine politisch motivierte Kritik am Staat auszuüben. Ungeachtet ihrer thematischen Ausrichtung tritt in vielen Ratgebern die Selbstverantwortung stark in den Vordergrund, wodurch gesellschaftliche Solidarstrukturen eher in den Hintergrund treten und teilweise nahezu vollständig ausgeblendet werden.

Fazit

Insgesamt zeigt die Analyse, dass Ratgeber für Krisen- und Notfälle eine relevante Ressource des informellen und selbstgesteuerten Lernens sein können. Sie vermitteln praktische Hinweise, senken Einstiegshürden und können die individuelle Vorsorge unterstützen. Zugleich unterscheiden sie sich deutlich in didaktischer Qualität, wissenschaftlicher Fundierung und ideologischer Rahmung. Aus Perspektive des Bevölkerungsschutzes liegt ihre Stärke damit in der niederschweligen Unterstützung individueller Vorsorge, nicht jedoch im Ersatz verlässlicher, institutionell eingebetteter Informations- und Lernangebote.

LITERATUR

Gnahn, D. (2016). Informelles Lernen in der Erwachsenenbildung/Weiterbildung. In M. Rohs (Hrsg.), Springer Reference Sozialwissenschaften. Handbuch informelles Lernen (S. 107 – 122). Springer VS.

Lacher, S., & Rohs, M. (2024). Erwachsenenbildung als Beitrag zu einer Katastrophenvorsorge. In M. Ebner von Eschenbach, B. Käßlinger, M. Kondratjuk, K. Kraus, M. Rohs, B. Schmidt-Hertha, K. J. Rott, & V. Thalhammer (Hrsg.), Erwachsenenbildung und Nachhaltigkeit: Sondierungen und Forschung zwischen Anspruch und Wirklichkeit (S. 129 – 141). Barbara Budrich.

Luy, M. (2025). Die erwartete Katastrophe: Eine sozialwissenschaftliche Analyse des Preppens. Dissertation. Psychosozial-Verlag.

Ott, C. & Kiesendahl, J. (2019). Ratgeber und RAT GEBEN. In M. Schmid, U. Sauerbrey & S. Großkopf (Hrsg.), Ratgeberforschung in der Erziehungswissenschaft: Grundlagen und Reflexionen (S. 79 – 115). Verlag Julius Klinkhardt.

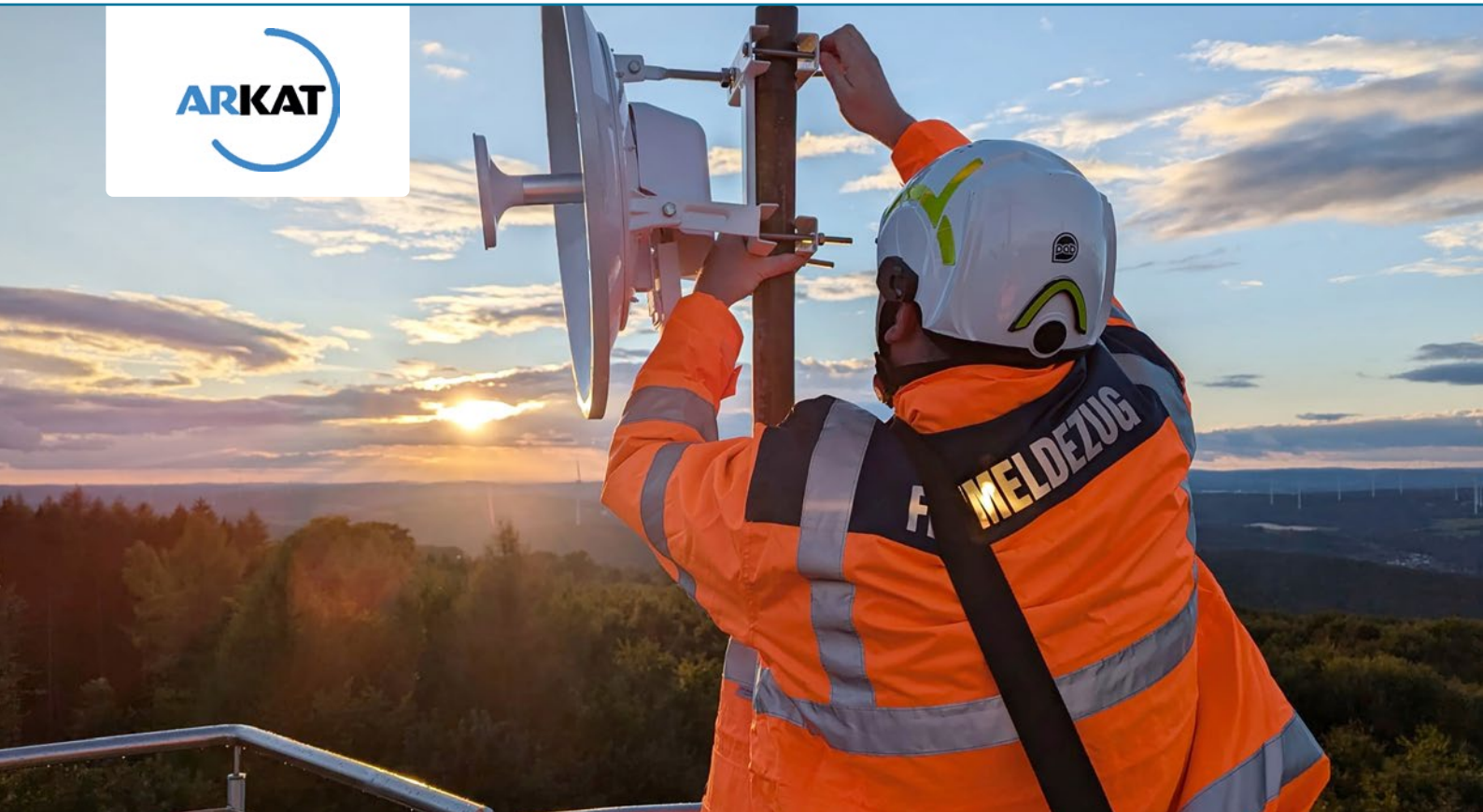
Rohs, M. (2016). Genese informellen Lernens. In M. Rohs (Hrsg.), Springer Reference Sozialwissenschaften. Handbuch informelles Lernen (S. 3 – 38). Springer VS.

Rohs, M. & Lacher, S. (2025). Ratgeber für Notfälle. Eine Analyse des Nutzens aus Perspektive des Bevölkerungsschutzes (Beiträge zur Erwachsenenbildung Nr. 16). <https://kluedo.ub.rptu.de/frontdoor/index/index/docId/9206>

Sophie Lacher (M.A.) ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für Erwachsenenbildung an der Rheinland-Pfälzischen Technischen Universität Kaiserslautern Landau (kurz: RPTU) tätig.

Jessica Matvienko (B.A.) ist Studentische Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Erwachsenenbildung an der RPTU.

Für Fragen und Anmerkungen: sophie.lacher@rptu.de



Fernmelder beim Aufbau einer Richtfunkantenne auf einem Turm. (Quelle: Stefan Fuchs, Fernmeldezug Saarpfalz-Kreis)

Fachdienst „Information und Kommunikation“

Aufgaben, Ausbildung und Ausrüstung

Dies ist der dritte Teil einer kleinen Serie, in der ARKAT darstellt, wie die Aufgaben, die die Regieeinheiten leisten, in einem modernen Bevölkerungsschutz wahrgenommen werden können. In der letzten Ausgabe des Bevölkerungsschutz-Magazins (1/2026) ging es um die Fachgruppe „Technik und Infrastruktur“. Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit dem Fachdienst „Information und Kommunikation“ (kurz: IuK), die moderne Weiterentwicklung des früheren Fernmeldedienstes. Der Fachdienst verbindet klassische Fernmeldetechnik mit modernen Technologien der Informationsverarbeitung und -übertragung und sorgt dafür, dass Einsatzleitungen über eine ausfallsichere Kommunikationsstruktur verfügen – besonders bei komplexen oder großflächigen Schadenslagen. Bundesweit gibt es weder eine einheitliche Ausstattung noch eine standardisierte Ausbildungsordnung. Konkrete Umsetzung und Mittel richten sich nach regionalen Konzepten.

Aufgaben und Einsatzspektrum

Die Kernaufgabe des Fachdienstes liegt in der Sicherstellung von Kommunikation und in der Bereitstellung von Information. Grundlegende Kommunikation wird vielfach als Querschnittsaufgabe wahrgenommen, doch die Spezialkräfte des Fachdienstes IuK übernehmen zusätzliche, spezialisierte Aufgaben, die über den alltäglichen Betrieb hinausgehen:

- Planung, Aufbau und Betrieb zusätzlicher oder Ausfälle ersetzender Kommunikationsverbindungen – lokal im Einsatzraum sowie über größere Entfernungen, zum Beispiel zwischen Einsatzstellen, Einsatzleitungen und übergeordneten Führungsebenen,
- Unterstützung der Einsatzführung bei IuK, im Sachgebiet 6 (kurz: S6), inklusive Einrichtung von Fernmelde-

zentralen und Bereitstellung technischer Voraussetzungen für strukturierte Lageführung,

- Mobile Führungsstellen – Betrieb von Einsatzleitwagen 2 (kurz: ELW 2) durch technisches Personal, angebunden an die eingesetzten Kommunikationsverbindungen, um Einsatzleitungen oder Stäbe direkt im Einsatzraum arbeitsfähig zu halten,
- Gewinnung, Verarbeitung und Weitergabe von Informationen – Einsatz moderner Mittel zur schnellen Erfassung und Aufbereitung von Lageinformationen,
- Weitere Aufgaben nach regionalem Konzept – Lageerkundung, Drohnen, Robotik, Lotsen- und Lenkungsdienste oder Einrichtung von Informationsstellen für die Bevölkerung.

Personal und Qualifikationen

Der Fachdienst ist häufig als Zug oder erweiterter Zug organisiert. Verschiedene Teileinheiten übernehmen unterschiedliche Aufgaben beim Aufbau und Betrieb der Kommunikationsinfrastruktur.

Die Mitglieder stammen oft aus größeren Einzugsgebieten, wodurch eine breite Fachwissensbasis entsteht. Viele Einsatzkräfte verfügen über Erfahrungen in Informationstechnik, Telekommunikation oder Elektrotechnik. Außerdem engagieren sich technisch interessierte oder IT-affine Personen. Funkamateureinnen und Funkamateure bringen wertvolles Wissen zu Funktechnik und Kommunikation ein.

Die Ausbildung erfolgt auf Standortebene und orientiert sich an der Ausstattung und den Aufgaben. Eine Empfehlung der Lehrkräfte der Landes- und Bundesschulen für den Bereich IuK, welche im Rahmen der jährlichen Veranstaltung an der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung (kurz: BABZ) ausgearbeitet wurde, beschreibt eine Stufenausbildung: Von der Sprechfunkausbildung über die IuK-Ausbildung für Führungstrupp und -staffel, Technik- und Betriebsschwerpunkte, Führende einer IuK-Einheit bis hin zur parallelen Ausbildung für Kräfte außerhalb von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben mit dem gemeinsamen Ziel der Qualifikation als S6-Leitungskraft.

Ausrüstung – Technik im Dienst

Die technische Ausstattung ermöglicht eine stabile und redundante Kommunikationsstruktur, auch unter schwierigen Bedingungen. Häufig werden hierfür bestimmte Fahrzeugtypen vorgehalten:

- Einsatzleitfahrzeuge: ELW 1 koordinieren den eigenen Fachdienst oder Teileinheiten davon, Kommando-

wagen ergänzen die eigene Führung sowie Verbindungs- und Erkundungsaufgaben. ELW 2 unterstützen größere Schadenslagen, betrieben durch technisches Personal und angebunden an die Kommunikationsinfrastruktur.

- Gerätewagen: Transport der Kerntechnik – Funktechnik (digital/analog), Richtfunk- und Satellitenkommunikationsmittel, Netzwerktechnik, Feldkabel, Antennenanlagen, Geräte für temporäre Kommunikations- und Datennetze sowie die Einrichtung abgesetzter Funkstellen oder mobiler Punkte.
- Mannschafts- und Mehrzweckfahrzeuge: Transport von Einsatzkräften und Ausrüstung, Logistikunterstützung.
- Quads für schwer zugängliche Einsatzpunkte.
- Motorräder: Krafradmelder sowie Melde- und Lotsendienste – sowohl in unerschlossenen Bereichen als auch in schwierigem Gelände.
- Mobile Antennen- und Mastanlagen: erhöhen Reichweite und Stabilität, besonders in weitläufigen oder topographisch anspruchsvollen Einsatzräumen.

Neben den Fahrzeugen kommen unterschiedliche technische Systeme zum Einsatz, die je nach Lage kombiniert werden können und sowohl kabelgebundene als auch drahtlose Kommunikationswege abdecken.

Die kabelgebundene Kommunikation erfolgt in vielen Fällen über Feldkabel. Diese werden klassisch für den Betrieb von Feldtelefonen eingesetzt, ermöglichen darüber hinaus jedoch auch weitergehende Anwendungen. Neben der Sprachkommunikation können über entsprechende Systeme digitale Verfahren genutzt werden, etwa im Rahmen digitaler Feldtelefonie. Mittels geeigneter Modemtechnik lassen sich Feldkabel auch für Datenverbindungen über mehrere Kilometer einsetzen.

Im Einsatz erweisen sich Feldkabel insbesondere durch ihre mechanische Belastbarkeit als geeignet. Sie sind gegenüber Witterungseinflüssen und äußeren Einwirkungen deutlich unempfindlicher als herkömmliche Netzkabel und können auch in unwegsamem Gelände oder über längere Zeiträume hinweg zuverlässig betrieben werden.

Ergänzend dazu werden drahtlose Übertragungsverfahren eingesetzt. Neben klassischer Funktechnik kommen insbesondere Richtfunkverbindungen zum Einsatz, die leistungsfähige Punkt-zu-Punkt-Verbindungen über größere Entfernungen ermöglichen. Ein Vorteil dieser Technik liegt im vergleichsweise schnellen Aufbau, insbesondere wenn größere Distanzen überbrückt oder bestehende Standorte kurzfristig miteinander verbunden

werden müssen. Dadurch lassen sich in kurzer Zeit stabile Datenverbindungen herstellen.

Für Lagen, in denen keine funktionierende Infrastruktur mehr zur Verfügung steht oder große Entfernungen überbrückt werden müssen, werden zudem Satellitenkommunikationsmittel eingesetzt. Diese ermöglichen eine weitgehend unabhängige Sprach- und Datenkommunikation.

Die über Satelliten hergestellten Verbindungen können im Einsatz weiter verteilt und verlängert werden. Hierzu werden die zuvor genannten Systeme wie Richtfunk, Feldkabel oder auch klassische Netzwerktechnik genutzt, um die bereitgestellte Anbindung in den Einsatzraum zu übertragen und mehreren Nutzern zugänglich zu machen.

Durch die Kombination kabelgebundener, funkbasierter und satellitengestützter Systeme können Fachdienste IuK Kommunikationsverbindungen flexibel aufbauen und betreiben. Mehrere parallel genutzte Übertragungswege ermöglichen es, Ausfälle einzelner Komponenten aufzufangen und die Kommunikationsfähigkeit auch unter schwierigen Bedingungen aufrechtzuerhalten.

Vernetzung und Rolle im Bevölkerungsschutz

Der Fachdienst IuK ist ein zentraler Bestandteil der Führungs- und Unterstützungsstruktur im Bevölkerungsschutz. Seine Einheiten stellen sicher, dass Einsatzleitungen und Führungsstäbe auch in komplexen Schadenslagen oder bei Ausfall kritischer Infrastruktur arbeitsfähig bleiben, indem stabile, redundante Kommunikationsverbindungen aufgebaut und betrieben werden. Darüber hinaus tragen die IuK-Kräfte zur effektiven Informationsversorgung der Bevölkerung bei, etwa über zentrale Anlaufstellen, Informationsstellen oder aktuelle Lageberichte. Durch die enge Vernetzung mit anderen Fachdiensten und Führungsstrukturen ermöglicht der Fachdienst IuK eine koordinierte, schnelle und strukturierte Gefahrenabwehr, selbst unter schwierigen Bedingungen.

Florian Göstl ist Zugführer des Fernmeldezugs des Saarpfalz-Kreises.

CALL FOR PAPERS

BBK-Fachkongress

„Forschung für den Bevölkerungsschutz“

27. bis 29. Januar 2027

World Conference Center Bonn

**Jetzt Abstracts
einreichen!**

(max. 2.000 Zeichen inkl. Leerzeichen)
Deadline: 19.08.2026

Quelle: BBK





Mit dem EHSB-Projekt stärkt der ASB aktiv die Vorbereitung der Bevölkerung auf Krisen und die Selbsthilfefähigkeit. (Quelle: ASB Berlin/Hannibal)

Auf Krisen vorbereitet sein

ASB-Projekt stärkt seit 2020 die Resilienz in der Bevölkerung

Krisen treffen uns selten mit Vorankündigung. Ob Extremwetter, großflächige Stromausfälle oder andere Ausnahmesituationen, die vergangenen Jahre haben deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, vorbereitet zu sein. Dabei geht es nicht nur um staatliche Strukturen, sondern ganz entscheidend auch um die Bevölkerung selbst und deren Resilienzfähigkeit. Genau hier setzt das Projekt „Erste Hilfe mit Selbstschutzzinhalten“ (kurz: EHSB) an. Der Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V. (kurz: ASB) bildet seit Projektbeginn im Jahr 2020 bundesweit und praxisnah Menschen aus, um ihre Selbsthilfefähigkeit und Resilienz zu steigern.

Was ist EHSB?

„Erste Hilfe mit Selbstschutzzinhalten“ ist ein bundesweit angebotenes und durch den Bund finanziertes Ausbildungsprogramm zur Stärkung der Selbst- und Fremdhilfefähigkeit der Bevölkerung im Zivil- und Katastrophenschutz. Unter der Federführung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) und in Zusammenarbeit mit dem ASB, dem Deutschen Roten Kreuz (kurz: DRK), der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (kurz: DLRG), der Johanniter-Unfall-Hilfe (kurz: JUH) und dem Malteser Hilfsdienst (kurz: MHD) entwickelt, verfolgt das Projekt das Ziel, Menschen und insbesondere vulnerable Gruppen bestmöglich auf außergewöhnliche Notlagen vorzubereiten.

Im Kern vermittelt EHSB praxisnahe Fähigkeiten sowohl in der erweiterten Ersten Hilfe als auch im Selbstschutz. In zielgruppenspezifischen Modulen erfahren die Teilnehmenden, wie sie in Großschadenslagen oder

Krisensituationen eigenständig und verantwortungsbewusst handeln können, bis professionelle Einsatzkräfte eintreffen. Dabei stehen nicht nur medizinische Sofortmaßnahmen im Fokus, sondern ebenso das angemessene Verhalten in Ausnahmesituationen, Vorsorgemaßnahmen sowie die Fähigkeit, Ruhe zu bewahren.

Bereits Kinder lernen, wie sie im Notfall Hilfe holen und leisten können. Besonders Vorschulkinder sowie Schülerinnen und Schüler und Jugendliche tragen diese praxisorientierten Kompetenzen in ihr Umfeld weiter und wirken so als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren innerhalb ihrer Familien und ihres Umfelds. Auch Verbände, Institutionen, Unternehmen sowie Pflege- und Betreuungseinrichtungen erhalten, abgestimmt auf ihre jeweiligen Rahmenbedingungen, praxisorientierte Handlungsempfehlungen. Diese Organisationen tragen Verantwortung für ihre Mitarbeitenden, Bewohnerinnen und Bewohner, betreute Personen sowie deren Angehörige und übernehmen zugleich eine

wichtige Vorbildfunktion. Für den ASB ist genau diese Verbindung entscheidend. EHSB denkt Erste Hilfe weiter und ergänzt sie um konkrete Handlungskompetenz im Zivil- und Bevölkerungsschutz.

Was nehmen Teilnehmende aus den Kursen mit?

Was Teilnehmende aus den Kursen mitnehmen, geht dabei weit über reines Faktenwissen hinaus. Viele berichten, dass sie sich nach dem Kurs deutlich sicherer fühlen und weniger Angst vor möglichen Krisensituationen haben. Sie wissen, wie sie im Notfall reagieren können, und haben konkrete Handlungsmöglichkeiten kennengelernt. Besonders wichtig ist dabei die Praxisnähe: Durch Übungen und Fallbeispiele wird das Gelernte greifbar und bleibt besser im Gedächtnis. Gleichzeitig entsteht ein Bewusstsein dafür, dass jede und jeder einen Beitrag leisten kann – sei es im direkten Umfeld oder im größeren gesellschaftlichen Kontext.

Wie kann die Bevölkerung wirksam für Krisenvorsorge sensibilisiert werden?

Ein zentraler Aspekt ist die Sensibilisierung für unterschiedliche Themen: Dabei sollte sich jede einzelne Person zunächst bewusst machen, in welcher Infrastruktur sie lebt. Weiß ich, wo sich Notfallpunkte befinden? An wen kann ich mich wenden, wenn der Notruf nicht erreichbar ist oder Einsatzkräfte länger brauchen? Wer gehört zu meinem direkten Umfeld und gibt es dort besonders schutzbedürftige Personen, die Unterstützung benötigen? Hier gewinnt das Prinzip der Nachbarschaftshilfe an Bedeutung. Schon kleine individuelle Vorbereitungen tragen dazu bei, die Resilienz der gesamten Gesellschaft zu stärken und erreichen auch jene, die sich bislang kaum mit Krisenvorsorge beschäftigt haben. Häufig ist grundlegendes Wissen zur Krisenvorsorge bereits vorhanden, wird jedoch nicht aktiv wahrgenommen oder angewendet.

Entscheidend ist eine breit angelegte Ansprache, die alle Bevölkerungsgruppen einbezieht. Wichtige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sind dabei unter anderem Gesundheitseinrichtungen, Arbeitsagenturen, Volkshochschulen, Kirchengemeinden und Kommunen, da sie für viele Menschen zugänglich sind. Gleichzeitig spielen digitale Kanäle wie Soziale Medien oder Podcasts eine bedeutende Rolle, um unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen.

Besonders nachhaltig ist es, wenn die Sensibilisierung bereits im Kindes- und Jugendalter ansetzt, etwa durch verpflichtende Lehrinhalte oder Schulfächer zu Erster Hilfe und Krisenvorsorge. Dabei kann auf das Fachwissen von Hilfsorganisationen zurückgegriffen und eine enge Zusammenarbeit aufgebaut werden. Eine gemeinschaftliche und partizipative Gestaltung solcher Bildungsangebote ist dabei besonders empfehlenswert.



Die EHSB-Kurse vermitteln nicht nur Erste-Hilfe-Fähigkeiten, sondern auch Vorsorgemaßnahmen. (Quelle: Welters)

Wie kann sich Krisenvorsorge weiterentwickeln?

Trotz des Erfolgs von EHSB gibt es weiteres Entwicklungspotenzial. Ein zentraler Ansatzpunkt ist die Ergänzung durch digitale Lernangebote. Online-Module, Web-Based Trainings oder E-Learning-Formate könnten gezielt Menschen erreichen, die nicht an Präsenzkursen teilnehmen können, etwa aufgrund von Mobilitätseinschränkungen, Zeitmangel oder familiären Verpflichtungen. Solche Angebote könnten flexibel genutzt werden und eine sinnvolle Ergänzung zu praktischen Übungen vor Ort darstellen. Gleichzeitig eröffnet die Digitalisierung neue Möglichkeiten, Inhalte zielgruppenspezifisch aufzubereiten und regelmäßig zu aktualisieren.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist das Thema Inklusion. Um die Resilienz der gesamten Gesellschaft zu stärken, sollten Angebote möglichst barrierearm gestaltet und auf unterschiedliche Bedürfnisse zugeschnitten sein. Dazu gehören beispielsweise leicht verständliche Materialien, mehrsprachige Inhalte oder spezielle Formate für Menschen mit Beeinträchtigungen. Ziel muss es sein, möglichst viele Menschen zu erreichen und ihnen den Zugang zu Wissen und Handlungskompetenz zu ermöglichen.

Interesse an EHSB-Kursen?

Hier gibt es weitere Infos:



Fazit

EHSB zeigt, wie moderne Bevölkerungsschutzbildung aussehen kann: praxisnah, lebensweltorientiert und zukunftsfähig. In einer Zeit, in der Krisen komplexer und vielfältiger werden, ist es wichtiger denn je, die Bevölkerung aktiv einzubinden. Denn gut vorbereitet zu sein, bedeutet nicht nur, im Ernstfall besser reagieren zu können, es stärkt auch das Vertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit und in das gemeinsame Bewältigen von Herausforderungen.

Elisa Haußler und Hannah Kurscheidt sind Referentinnen im Fachbereich Bevölkerungsschutz beim ASB.



Die Zukunft des Bevölkerungsschutzes in der Zivilen Verteidigung

DFV-Positionspapier schafft organisationsübergreifende Grundlage für zielgerichtete Strukturierung

Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine haben sich die Anforderungen an die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik grundlegend verändert. Diese Entwicklungen haben auch unmittelbare Auswirkungen auf den Bevölkerungsschutz und die Zivile Verteidigung in der Bundesrepublik Deutschland. „Aktuell müssen vorgedachte Szenarien, die von einer mittelbaren und unmittelbaren militärischen Bedrohung ausgehen, unter Berücksichtigung der neuen Erkenntnisse speziell für den Teil der Zivilen Verteidigung im Bevölkerungsschutz weiterentwickelt werden“, erklärt der Deutsche Feuerwehrverband (kurz: DFV) in seinem Positionspapier zur Zukunft des Bevölkerungsschutzes im Kontext der Zivilen Verteidigung in Deutschland.

Der Fachverband der 1,4 Millionen Feuerwehrangehörigen in Deutschland hat die Forderungen nun an die Politik übermittelt. Den deutschen Feuerwehren kommt aufgrund ihrer hohen Mitgliederzahlen, ihrer flächendeckenden Präsenz sowie ihrer schnellen Reaktionsfähigkeit eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung durch alle Aufgabenträger zu.

Mit dem vorliegenden Dokument soll eine organisations- und aufgabenübergreifende Grundlage geschaffen werden, um bestehende Konzepte und konzeptionelle Überlegungen entlang der Kernkompetenzen der jeweiligen Akteure einordnen und beabsichtigte Maßnahmen zielgerichteter strukturieren zu können. Aufgrund der aktuellen Erkenntnisse, insbesondere aus den Krisengebieten der Ukraine, liegen die Schwerpunkte der Betrachtungen im Bereich der Kompensation von zerstörter Infrastruktur und kritischer Infrastruktur (kurz: KRITIS), der Rettung von Menschen unter den Bedingungen und Auswirkungen von Kampfhandlungen, der Brandbekämpfung und Löschwasserförderung, des Schutzes vor chemischen,

biologischen, radiologischen und nuklearen Gefahren (kurz: CBRN-Gefahren), der Logistik, der Mobilität von Einheiten in kampfmitteleingeschädigten Bereichen, der autarken Operationsfähigkeit von Einheiten und des fernwirksamen Einsatzes von Einheiten mittels Robotik, um Gefahren insbesondere durch Kampfmittel zu begegnen.

Das umfangreiche Dokument beinhaltet eine Betrachtung von Katastrophenschutzszenarien sowie der vier Phasen der Zivilen Verteidigung. Die Maßnahmenpakete zur zukünftigen Entwicklung des Bevölkerungsschutzes umfassen demnach:

- die Entlastung und Stärkung des Ehrenamtes,
- die Förderung einer einheitlichen Führungs- und Einsatzorganisation,
- die Ergänzung der Ausrüstung und Ausstattung sowie Härtung von Liegenschaften,
- die Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung und Forschung für den Bevölkerungsschutz
- und die Förderung von Selbsthilfefähigkeit und Resilienz der Bevölkerung sowie kritischer gesellschaftlicher Bereiche.

Hier geht's zum Positionspapier:



Silvia Oestreicher ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des DFV.



Wenn aus Zuhören Gemeinschaft wächst

Projekt der DLRG Weimar ist bundesweites Vorbild

(Quelle: pixabay.com/
Annabel_P)

Mit dem Projekt „Ältere Menschen stärken – gemeinsam aktiv“ schafft die Ortsgruppe Weimar der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (kurz: DLRG) für Seniorinnen und Senioren Raum zur Begegnung. Was mit einer Beobachtung im Rehasport begann, entwickelte sich zu einer Initiative, die inzwischen bundesweit Aufmerksamkeit erhält. Hinter dem Projekt steht Paul Werdin, der sich seit vielen Jahren in der DLRG engagiert.

Wenn Paul Werdin über seinen Weg in der DLRG spricht, klingt das weniger nach einer bewussten Entscheidung als nach etwas Selbstverständlichem. „Ich bin in der DLRG groß geworden“, sagt der 35-Jährige. Das Wasser gehörte früh zu seinem Alltag. Im Jahr 1997 trat er im Alter von sieben Jahren in die DLRG Weimar ein. Dort lernte er das Schwimmen und sammelte schon als Jugendlicher erste Erfahrungen als Übungsleiter im Rettungssport und im Wasserrettungsdienst an der Ostsee. „Meine Kindheit und Jugend fanden eigentlich komplett in der Schwimmhalle statt“, erinnert sich Paul. Die DLRG prägte seinen Alltag sowie seinen Blick auf Verantwortung und die Gemeinschaft. Beruflich arbeitet Paul seit rund zwölf Jahren als Polizeibeamter im Streifendienst in Weimar. Er lebt aktuell in Erfurt, zieht aber bald wieder zurück in seine Heimatstadt – auch wegen der größeren Nähe zum Verein. „Das ist einfach praktischer“, sagt er. Privat ist er verheiratet und eng verbunden mit seiner Familie.

Wie aus einer Übergangslösung ein langfristiges Engagement wurde

Der Schwerpunkt seiner heutigen ehrenamtlichen Tätigkeit liegt im Behinderten- und Rehabilitationssport der DLRG Weimar. Dass er ausgerechnet in diesem Bereich aktiv wurde, war keine große Herzensentscheidung, sondern eher eine pragmatische, die sich spontan ergab. 2009 absolvierte Paul sein Freiwilliges Soziales Jahr bei der DLRG. In dieser Zeit hörte eine Übungsleiterin im Rehasport auf,

die selbst langjährig aktiv war. Plötzlich war die Stelle unbesetzt. „Ich bin dann am Anfang dort immer eingesprungen und fand das eigentlich ganz cool“, erzählt er. Bis dahin hatte er vor allem Erfahrungen im Kinder- und Jugendtraining gesammelt. Der Rehasport eröffnete ihm ein völlig neues Arbeitsfeld.

Dabei stellte Paul einen spürbaren Unterschied fest. Viele Kinder kommen mit Begeisterung in den Verein, bleiben jedoch häufig nur für eine kurze Lebensphase. Bei älteren Menschen erlebt er das anders. „Die sind immer gerne da. Die freuen sich, einmal die Woche im Wasser zu sein, miteinander zu quatschen“, sagt Paul. Als Übungsleiter empfindet er das Feedback direkter und nachhaltiger: „Man kriegt da mehr zurück. Man sieht, was das bewirkt.“ Viele Teilnehmende begleiten den Verein über Jahre hinweg, solange es ihre Gesundheit zulässt. Der 35-Jährige beschreibt das als etwas Besonderes.

„Man geht da einen ganzen Lebensabschnitt mit den Leuten mit.“

Paul Werdin, DLRG

Ein Raum für Austausch

Für Paul wurde schnell deutlich, dass der Bedarf in den Rehasportgruppen über die reine Bewegung hinausging. Die Teilnehmenden kamen früh, blieben nach den Einheiten länger und suchten das Gespräch. Jedoch ließ der Trainingsbetrieb kaum Raum für Austausch. „Während der Gymnastik hat man gar nicht die Möglichkeit, in tiefere Gespräche zu gehen“, erklärt der Übungsleiter. Aus dieser Beobachtung heraus entstand die Idee, bewusst einen Raum für Begegnung zu schaffen. Paul rief den monatlichen „Vereinsmittwoch Rehasport“ ins Leben. Er ist Teil des Projekts „Ältere Menschen stärken – gemeinsam aktiv“.

Einmal im Monat treffen sich die Teilnehmenden im Vereinshaus der DLRG Weimar. Dort trinken sie gemeinsam Kaffee, essen Kuchen und sprechen über Themen, die sie beschäftigen. Die Inhalte sind nicht vorgegeben, sondern entstehen gemeinsam auf Augenhöhe. „Wir besprechen regelmäßig: Was wollen wir beim nächsten Mal machen?“

So wurden unter anderem Themen wie Betrugsprävention, Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht oder Erste Hilfe im Haushalt aufgegriffen. Fachlich unterstützt wird das Projekt durch ein gutes Netzwerk, etwa durch Ärztinnen und Ärzte, die bereits im Rehasport eingebunden sind. „Unter unseren Themen sind immer wieder welche, die viele sonst vor sich herschieben“, erklärt er. Der Vereinsmittwoch biete einen niedrigschwelligen Zugang, um sich gemeinsam damit auseinanderzusetzen.

Bewegung im Wasser und Begegnung im Verein

Das Projekt verbindet verschiedene Angebote miteinander. Freitags steht die Bewegung im Vordergrund. Im Rehasport gibt es sowohl Herzsport- als auch orthopädische Gruppen. Trainiert wird im Wasser, ergänzt durch Gymnastik im Außenbereich und freies Schwimmen. Dafür steht für mehrere Stunden die Schwimmhalle in Weimar zur Verfügung. Darüber hinaus organisiert der Verein zweimal im Jahr Wandertage. Die Routen sind bewusst so gewählt, dass möglichst viele teilnehmen können. Paul erinnert sich: „Zuletzt waren wir 30 bis 35 Leute“. Für ihn ist das eine beachtliche Zahl, gerade im höheren Lebensalter.

Zunehmend probieren die Ehrenamtlichen generationenübergreifende Ansätze aus. Dazu gehören gemeinsames Plätzchenbacken mit der Jugend, Kuchenbasare bei Wettkämpfen oder die Einbindung älterer Teilnehmender in Seniorenmeisterschaften. Diese vielseitigen Angebote führen dazu, dass das Projekt in den gesamten Verein hineinwirkt.

Besonders persönliche Rückmeldungen hinterlassen bei Paul einen tiefen Eindruck. Er erzählt von Menschen, die nach schweren Einschnitten im Leben den Weg zurück in den Verein finden. Zum Beispiel eine Teilnehmerin, die nach dem Tod ihres Hundes wiederkam, weil sie Ablenkung und Gemeinschaft suchte. Oder eine ältere Dame, die jahrelang ihren dementen Mann pflegte und nach seinem Tod im Verein neuen Halt fand. „Man merkt richtig, dass sie bei uns aufblüht“, sagt er. Dass das Engagement wirkt und an den richtigen Stellen ankommt, zeigen ihm genau diese Momente.

„Wenn die Leute als Erstes an den Verein denken, wenn sie unter Menschen wollen, dann haben wir offenbar alles richtig gemacht.“

Paul Werdin, DLRG

Mit dem Vereinsprojekt in das Bundesfinale

Mit diesem Projekt schaffte es die DLRG Weimar bis ins Bundesfinale der „Sterne des Sports“ 2025. Jedes Jahr zeichnen der Deutsche Olympische Sportbund und die Volksbanken Raiffeisenbanken das gesellschaftliche Engagement von Sportvereinen aus. Der Wettbewerb würdigt ehrenamtliche Arbeit und zählt zu den bedeutendsten Auszeichnungen für freiwilliges Engagement.

Die Nominierung kam für Paul überraschend. „Wir sind da nicht mit hohen Erwartungen reingegangen“, sagt er. Das Projekt existierte erst seit zwei Jahren, eine Auszeichnung stand nie im Vordergrund. Umso größer war die Freude, als das Projekt Jury für Jury überzeugte: vom Bronze-Stern auf lokaler Ebene über den Sieg im Thüringer Landesfinale bis hin zur Teilnahme am Bundeswettbewerb. Für Paul ist die Anerkennung auch eine Würdigung der vielen ehrenamtlichen Stunden, die sich kaum zählen lassen. „Das war schon sehr, sehr schön“, sagt er rückblickend.

Beim zusätzlich ausgelobten Publikumspreis erreichte Paul mit 36 Prozent der Stimmen den zweiten Platz. Nur ein Prozentpunkt trennte ihn vom Sieg. Geärgert hat ihn das nicht: „Im Gegenteil.“ Gerade die knappe Entscheidung macht für ihn die Platzierung besonders wertvoll. Die Teilnahme an der Bundesveranstaltung und die Begegnung mit dem Bundespräsidenten waren eine große Bestätigung für ihn.

„Wir wollen vor allem das Angebot beibehalten.“

Paul Werdin, DLRG

Der Blick nach vorn

Für die Zukunft verfolgt Paul keine großen Ausbaupläne des Projekts. „Wir wollen vor allem das Angebot beibehalten“, sagt er. Schon das sei anspruchsvoll genug. Die größte Herausforderung sieht er im Nachwuchs für den Rehasport. Die Ausbildung zur Übungsleiterin oder zum Übungsleiter sei umfangreich und zeitintensiv. Gerade freitags sei es nicht leicht, Ehrenamtliche zu gewinnen. Gleichzeitig ist er überzeugt, dass das Projekt langfristig Bestand haben kann, vor allem dank des Vereinshauses, das als wichtigster Treffpunkt dient. „Ohne diese Räumlichkeit wäre das alles viel schwieriger“, sagt er.

Menschen, die selbst ein soziales Projekt im Verein starten wollen, rät Paul vor allem eines: zuhören. „Man muss die Welt nicht neu erfinden“, sagt er. Oft reiche es, Bedürfnisse ernst zu nehmen und ihnen Raum zu geben. „Wir haben einfach eine Räumlichkeit gestellt und geguckt, was passiert.“

Asli-Dudu Yörükoglu ist Volontärin in der DLRG-Pressestelle des Bundesverbandes.



Teilnehmende des Lehrgangs „Fachberater Hochwasserschutz“ können an einem Modell effektive Schutzmaßnahmen für Starkregen- und Hochwasserereignisse erlernen. (Quelle: Matthias Balk/Bayerisches Rotes Kreuz)

Fachberaterinnen und Fachberater Hochwasserschutz ...

... nicht nur im akuten Krisenfall gefragt

Starkregen und Hochwasserereignisse werden aufgrund des fortschreitenden Klimawandels in den kommenden Jahren vermehrt auftreten. Um sich den gestiegenen Anforderungen an Einsatzlagen im Hochwasserfall anzupassen, hat die Wasserwacht den Lehrgang „Fachberater Hochwasserschutz“ überarbeitet und neu aufgesetzt.

Die Wasserwacht

Die Wasserwacht stellt sich, als Wasserrettungsorganisation im komplexen Hilfeleistungssystem des Deutschen Roten Kreuzes (kurz: DRK), den wachsenden Herausforderungen in ihrem Kernthema: Prävention und Gefahrenabwehr rund um Gewässer. Mit über 100.000 ehrenamtlichen Helfenden kann dabei auf ein deutschlandweites Netzwerk zurückgegriffen werden, das vor Ort Hilfe leistet. Der Leistungsumfang ist sehr vielfältig: Neben dem Erlernen der

Schwimm- und Rettungsschwimmfähigkeit übernimmt die Wasserwacht die Aufgaben des Wasserrettungsdienstes und sichert Veranstaltungen an Seen, Flüssen und Küsten ab. Für Katastrophenfälle werden Wasserrettungszüge vorgehalten, die personell und materiell so ausgestattet sind, dass sie überregional eingesetzt werden können. Sie retten und evakuieren Menschen in Hochwasserlagen, unterstützen die Deichverteidigung, sichern Einsatzkräfte anderer Organisationen ab und übernehmen wassergebundene Transportleistungen. Darüber hinaus kann ihre fachliche Expertise in Führungsstäbe eingebracht werden.

Der Fachberater Hochwasserschutz

Um in Zukunft genau diese Expertise zu verbessern, wurde der Lehrgang „Fachberater Hochwasserschutz“ neu aufgesetzt und an die Effekte aktueller sowie künftiger

Entwicklungen angepasst. Dabei wurde inhaltlich auf Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen der letzten Hochwasserereignisse aufgebaut. Damit wird auf die zunehmende Bedeutung von Hochwasser- und Starkregenlagen und deren spezifischen Auswirkungen reagiert. Die letzten Jahre zeigen, dass solche Ereignisse nicht mehr nur als Ausnahme betrachtet werden können, sondern wiederkehrende Herausforderungen für die Akteure des Bevölkerungsschutzes sowie Kommunen und Behörden sind. In diesem Kontext schafft der Lehrgang einen Rahmen, der Fachwissen bündelt und dieses in Bezug auf Einsatzpraxis vermittelt. Im Vordergrund steht dabei die Zusammenarbeit zwischen der Wasserwacht und weiteren Beteiligten im Bevölkerungsschutz.

Die ausgebildeten Fachberaterinnen und Fachberater können Gliederungen des DRK sowie behördliche und kommunale Krisenstäbe mit fachlichen Einordnungen bei der Bewältigung von Hochwasserlagen unterstützen. Dabei fungieren sie nicht als operative Schnittstelle oder Führungsinstanz, sondern als beratende Fachkräfte, die die Stabsarbeit durch fachliche Einschätzungen ergänzen und bereichern. Diese Spezifizierung ist von besonderer Bedeutung, da eine Fachberatung als qualifizierte Unterstützung innerhalb des Systems dienen soll. Die Fachberaterinnen und Fachberater sammeln Informationen, strukturieren und bewerten sie, sodass sie Entscheidungs- und Ergebnisqualität der Stabsarbeit nachhaltig verbessern. Fachberatende Hochwasserschutz können in diesem Gefüge dazu beitragen, Lagebilder zu präzisieren, Risiken einzuschätzen und den Informationsfluss zwischen Einsatzkräften, Führungspersonal und Behörden zu verbessern. Gerade in komplexen Lagen kommt diese Rolle besonders zum Tragen, da Entscheidungen oft unter Zeitdruck getroffen werden müssen.

In Anbetracht des großen Schadenspotenzials von Hochwasserereignissen und der kurzen Vorwarnzeit von Starkregenereignissen, werden Einsatzkräfte in diesen Lagen vor besondere Herausforderungen gestellt. Gerade in dynamischen Situationen, in denen sich die Lageentwicklung schnell verändert, ist fachliche Unterstützung ein wichtiger Faktor, um Entscheidungen auf Grundlage von belastbaren Fakten zu fällen. Dahingehend werden die Fachberatenden Hochwasserschutz umfassend ausgebildet,

um entsprechend fundiert beraten zu können. Darin liegt für Kommunen, Behörden und Einsatzleitungen ein erheblicher Mehrwert.

Die Ausbildungsinhalte sind breit gefächert: Von Inhalten zur Hochwasserentstehung über Strategien des Hochwasserschutzes und Informationen für den Hochwasserfall bis hin zu ingenieurwissenschaftlichen Grundlagen der Statik, Bodendynamik und des Deichbaus. Ergänzt werden diese Inhalte durch spezifische Module zu Starkregenereignissen, welche eine besondere Gefährdung in dicht besiedelten Räumen darstellen.

Das theoretisch erlernte Wissen findet unter anderem im Wasserbaulabor praktische Anwendung, wo Unsichtbares sichtbar gemacht werden kann. Beispielsweise können Versagenszustände von Deichen visualisiert und hydrodynamische Kräfte für die Teilnehmenden erfahrbar gemacht werden. Diese Erfahrungen erlauben Fachberatenden, ein tiefes Verständnis für die meist unsichtbaren Kräfte zu entwickeln, die im Zuge eines Hochwassers auf Bauwerke wirken. Der Lehrgang ist so gestaltet, dass die vermittelten Inhalte unmittelbar auf den späteren Einsatzhintergrund ausgerichtet werden, und das nicht nur in technischer Hinsicht. Auch die Rolle der Fachberatung innerhalb der Führungsstrukturen des Katastrophenschutzes zu fassen, ist ein zentraler Baustein des Lehrgangs. Fachberatende Hochwasserschutz sollen die Einsatzrealität verstehen, ohne selbst operative Entscheidungen an sich zu ziehen.

Erster Lehrgang mit überarbeitetem Konzept

Vom 4. März bis 6. März 2026 fand der erste Lehrgang mit überarbeitetem Konzept statt. 25 Teilnehmende kamen nach einer Online-Vorbereitungsschulung für drei Tage an die Universität der Bundeswehr in Neubiberg bei München. Dort stand die theoretische und praktische Wissensvermittlung im Vordergrund. Die Teilnahme aus dem ganzen Bundesgebiet zeigte sich als besondere Bereicherung für den Lehrgang. Gerade im Bevölkerungsschutz ist es von Vorteil, unterschiedliche regionale Erfahrungen und Perspektiven zusammenzuführen, um daraus ein besseres Verständnis für Einsatzlagen, Strukturen und Herausforderungen entstehen zu lassen. Der Lehrgang qualifiziert erfahrene ehrenamtliche Kräfte, stärkt die fachliche Beratung in Hochwasserlagen und soll den fachlichen Austausch zwischen den Akteuren des Bevölkerungsschutzes fördern. Damit wird die Vorbereitung auf künftige Ereignisse nachhaltig gestärkt. Die Wasserwacht zeigt so, dass Hochwasserschutz nicht allein durch Ausrüstung und operative Einsatzbereitschaft getragen wird, sondern ebenso durch gut ausgebildete Fachkräfte, die Führungsstrukturen mit fachlicher Beratung präventiv unterstützen.

Die Teilnehmenden im Vorlesungssaal bei einer Vorlesung über Methoden der Deichertüchtigung. (Quelle: DRK/Joel Geldermann)



Korbinian Eder ist Referent und Andreas Paatz Bundesleiter der Wasserwacht des DRK.



JOHANNITER
Aus Liebe zum Leben



Symbolisch besiegeln Oliver Meermann, Ralf Hoffmann und Albrecht Prinz von Croy (v.l.n.r.) die privilegierte Partnerschaft zwischen JUH, MHD und dem Zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr. (Quelle: Malteser)

Verlässlich, partnerschaftlich, belastbar

Die privilegierte Partnerschaft zwischen Bundeswehr und Johannitern

Im Rahmen der sanitätsdienstlichen Übung der Bundeswehr „Medic Quadriga“ wurde Anfang März 2026 eine Absichtserklärung zur Feststellung einer privilegierten Partnerschaft

zwischen der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. (kurz: JUH), dem Malteser Hilfsdienst e.V. (kurz: MHD) und dem Zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr unterzeichnet.

Mit dieser Absichtserklärung wurden die Voraussetzungen für öffentlich-rechtliche Vereinbarungen geschaffen, die eine belastbare, langfristige und mitwirkende Unterstützung des Zentralen Sanitätsdienstes konkret und verlässlich regeln. Ziel ist es, die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (kurz: ZMZ) zu vertiefen und die gesamtstaatliche Vorsorge im Bereich Sanitätsdienst und Patientensteuerung zu stärken – unter Wahrung humanitärer Prinzipien und der Freiwilligkeit der mitwirkenden Hilfsorganisationen.

Verwundeten-Transportkomponente der JUH

Als praktischen Leistungsnachweis setzte die JUH im Übungsszenario fünf Fahrzeuge ihrer neu aufgestellten Verwundeten-Transportkomponente 100 (kurz: VTpK-JUH100) ein. Die Komponente umfasst insgesamt 100 Krankentransportwagen des Typs A (kurz: KTW Typ A) mit qualifiziertem Personal aus allen JUH-Verbänden. Sie ist speziell dafür konzipiert, Verwundete nach strategischer Verlegung in Deutschland zügig in geeignete stationäre Behandlungseinrichtungen zu transportieren und damit die nationale Patientensteuerung zu unterstützen. Die Fahrzeuge werden überwiegend ehrenamtlich besetzt und stehen im Ernstfall bis zu drei Monate zur Verfügung; bestehende lokale Katastrophenschutzstrukturen bleiben hiervon unberührt. Die VTpK-JUH100 demonstriert, wie ZMZ pragmatisch, leistungsorientiert und im Einklang mit humanitären Werten gestaltet werden kann – als ergänzende und planbare Kapazität.

Die privilegierte Partnerschaft

Die privilegierte Partnerschaft schafft die Grundlage für die Ausarbeitung öffentlich-rechtlicher Verträge, in denen Verwendungsaufträge, Verhaltensregeln, die Finanzierung sowie datenschutz- und haftungsrelevante Regelungen für die mitwirkende Unterstützung vereinbart werden sollen. Die JUH handelt dabei im Rahmen der rechtlichen Ermächtigung gemäß § 5 des Gesetzes über das Deutsche Rote Kreuz (kurz: DRK-Gesetz) und achtet auf die Einhaltung humanitärer Grundsätze und des Grundsatzes der Freiwilligkeit. Mit der Festlegung dieser Rahmenbedingungen leistet die JUH einen Beitrag zur Stärkung der gesamtstaatlichen Resilienz im Bereich Sanitätsdienst und Patientensteuerung.

Juliane Flurschütz ist stellvertretende Pressesprecherin der JUH.

BUNDESWEITE AKTIONSTAGE BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

Mitmachen. Mitwirken.

Am **27. Juni 2026** wird das Messegelände Freiburg im Breisgau von 10 bis 17 Uhr zum Schauplatz für den bundesweiten Bevölkerungsschutztag. Mitmachaktionen zeigen, wie Vorsorge und Zusammenarbeit im Ernstfall funktionieren.

**Eintritt
frei**


Malteser
...weil Nähe zählt.


Die Bundestagung bot die Gelegenheit zum fachlichen Austausch und lieferte Impulse für die Praxis. (Quelle: Malteser)

Eine Hilfe, viele Gesichter

Malteser-Expertinnen und Experten der PSNV trafen sich zur Bundestagung in Hannover

„Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos.“ Mit diesem Satz fasste Pfarrer Dr. Uwe Rieske die Stimmung und die zentrale Herausforderung zusammen, die sich durch die drei Konferenztage im Stephansstift Hannover zog. Rund 130 Fachkräfte aus der Psychosozialen Notfallversorgung (kurz: PSNV) des Malteser Hilfsdienstes (kurz: MHD) aus ganz Deutschland trafen sich vom 13. bis 15. März 2026, um fachliche Erkenntnisse, praktische Methoden und strategische Fragen zur Krisenintervention, Einsatznachsorge und Bevölkerungsresilienz zu vertiefen.

Konferenzrahmen und Zielsetzung

Die Tagung verfolgte zwei übergeordnete Ziele: erstens die wissenschaftlich fundierte Reflexion über Traumafolgen und Interventionsstrategien; zweitens die Stärkung der praktischen Handlungsfähigkeit von Einsatzkräften und Helfenden. Unter dem Leitmotiv „Eine Hilfe – viele Gesichter“ wurde deutlich, dass PSNV nicht nur

aus Einzelinterventionen besteht, sondern ein Netzwerk aus präventiven Maßnahmen, akuten Interventionen, Nachsorge und struktureller Vorbereitung auf Großschadenslagen umfasst. Die Teilnehmenden kamen aus unterschiedlichen Professionen – Seelsorge, Psychologie, Medizin, Katastrophenschutz –, was die interdisziplinäre Ausrichtung der PSNV unterstrich.

Traumata verstehen und verarbeiten

Dr. Alexander Jatzko bot einen tiefen Einblick in die psychische Verarbeitung von Katastrophen anhand historischer Fallbeispiele wie der Flugzeugkatastrophe von Ramstein 1988. Sein Vortrag machte zwei Punkte deutlich: erstens, dass kollektive Unglückserfahrungen oft langanhaltende psychische Folgen haben; zweitens, dass die Forschung zur PSNV erst durch solche Ereignisse systematisch vorangetrieben wurde. Jatzko erläuterte typische Reaktionsmuster – von akuten Stressreaktionen über Anpassungsstörungen bis hin zu posttraumatischen Belastungsstörungen – und betonte die Bedeutung zeitnaher, niedrigschwelliger Angebote zur Stabilisierung.

Kinder und Mythen in der PSNV

Die Betreuung von Kindern nach traumatischen Ereignissen stellte Diplom-Psychologe Simon Finkeldei in den Mittelpunkt. Er kritisierte verbreitete Lehrmeinungen, die Kindern entweder zu viel Schutz oder zu frühe Konfrontation zumuten, und plädierte für altersgerechte, entwicklungspsychologisch fundierte Interventionen. Wichtige Elemente sind dabei Verlässlichkeit, einfache Erklärungen und Rituale, die Kindern Sicherheit zurückgeben.

Wie Körper und Psyche zusammenspielen

Dr. Claudia Croos-Müller rückte die körperliche Dimension in den Fokus: Einsatzbelastungen manifestieren sich nicht nur psychisch, sondern auch somatisch. Sie stellte die BODY 2 BRAIN CCM®-Methode vor – ein Ansatz, der über gezielte Körperübungen und Haltungsarbeit seelische Spannungen abbaut und die Selbstregulation fördert. Ihre These: Äußere Haltung beeinflusst innere Haltung, und einfache körperbasierte Interventionen können die Resilienz von Einsatzkräften messbar stärken.

Krieg, Katastrophen und gesellschaftliche Resilienz

Am letzten Tag diskutierten Bereichsleiter Notfallvorsorge Markus Bensmann, Pfarrer Dr. Uwe Rieske, Prof. Dr. Barbara Juen und Dr. Axel von der Ohe (Erster Stadtrat und Feuerwehrdezernent von Hannover) große gesellschaftliche Herausforderungen: Wie schützt man eine Bevölkerung vor seelischen Schäden in Kriegs- oder Katastrophenszenarien? Alle drei betonten die Notwendigkeit, präventive Strukturen aufzubauen – von Warnsystemen über psychosoziale Notfallpläne bis hin zu flächendeckenden Schulungsangeboten für Helfende und Behörden. Die Bevölkerung vor einer möglichen Gefahr zu warnen, ohne dabei Ängste und Panik zu schüren, sei eine Gratwanderung, waren sich alle einig.

Die Podiumsdiskussion fasste diese Balance pointiert zusammen: „Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos“ – ein Aufruf zu realistischer Einschätzung und zugleich zu aktivem Handeln.

Zwischen Seelsorge und Wissenschaft: Geistliches, Kabarett und kulturelle Reflexion

Die Tagung bot neben fachlichen Inhalten auch Raum für spirituelle und kulturelle Reflexion. Ein geistlicher Impuls von Bruder Norbert Verse der Salvatorianer setzte einen ruhigen, kontemplativen Kontrapunkt. Das Abendprogramm mit dem Kabarettisten Matthias Brodowy zeigte, wie Humor und Nachdenklichkeit kombiniert werden können, um Themen wie Sterben und Trauer zugänglich zu machen. Solche Formate unterstreichen, dass PSNV nicht nur klinisch, sondern auch kulturell und gesellschaftlich verankert sein muss.

Bedeutung für die Praxis und nächste Schritte

Aus den Diskussionen lassen sich mehrere Handlungsfelder ableiten:

- Systematische Weiterbildung aller PSNV-Akteurinnen und -Akteure in evidenzbasierten Methoden
- Ausbau präventiver Strukturen in Gemeinden, Schulen und Betrieben
- Stärkung der psychosozialen Infrastruktur in Katastrophenplänen auf kommunaler und nationaler Ebene
- Forschungspartnerschaften zwischen Einsatzorganisationen und Wissenschaft zur Evaluation von Interventionen

Diese Schritte erfordern politische Unterstützung, finanzielle Ressourcen und eine stärkere Vernetzung von Hilfsorganisationen, Gesundheitswesen und Verwaltung.

Was die Malteser leisten

Die Malteser in Deutschland bieten im Bereich PSNV ein breites Spektrum an Hilfen: Krisenintervention, Einsatznachsorge und präventive Angebote für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende. Bundesweit sind rund 1.400 Malteser im Bereich PSNV aktiv. Die Tagung in Hannover diente nicht nur dem fachlichen Austausch, sondern auch der Stärkung eines bundesweiten Netzwerks, das im Ernstfall schnelle, koordinierte und fachlich fundierte Hilfe leisten kann.

Tunesisch-deutsche Erfolgsgeschichte

Langjähriges Engagement des THW für Ehrenamtsaufbau in Tunesien

Fahrzeugüberführung von Deutschland über Genua nach Tunis. (Quelle: THW/Böck)

Etwas Bleibendes aufbauen, das nahmen sich das Technische Hilfswerk (kurz: THW) und die tunesische Partnerbehörde Office National de la Protection Civile (kurz: ONPC) bei der ersten Projektbesprechung 2011 gemeinsam vor. In 14 Jahren intensiver Kooperation etablierten das ONPC und das THW ein starkes Ehrenamt für den tunesischen Bevölkerungsschutz. Statt nur kurzfristige Nothilfe beispielsweise bei Hochwasser zu leisten, unterstützte das THW von 2012 bis Ende 2025 das Land dabei, eigene, ehrenamtlich getragene Strukturen im Bevölkerungsschutz auf- und auszubauen. Die Krisenreaktionsfähigkeit Tunesiens ist mit dieser Veränderung nachhaltig gestärkt.

Im Mittelpunkt der deutsch-tunesischen Zusammenarbeit stand ein langfristiger Ansatz. Nicht punktuelle Hilfe durch das THW, sondern der nachhaltige Aufbau von ehrenamtlichen Strukturen vor Ort und die Etablierung von Fähigkeiten waren das Ziel. Den Bevölkerungsschutz in Tunesien dauerhaft zu stärken, lokale Einsatzstrukturen widerstandsfähiger zu machen und zugleich die zivilgesellschaftliche Teilhabe durch ehrenamtliches Engagement zu fördern, bildete den Kern des gemeinsamen Vorhabens. Gleichzeitig war die Zusammenarbeit auch für das THW ein Lernprozess – es sammelte aus dem gemeinsam erarbeiteten Konzept wichtige Erfahrungen für andere Capacity-Development-Projekte im Ausland. Auch die zwischenmenschliche Ebene der THW-Einsatzkräfte zu ONPC-Hauptamtlichen und zu den tunesischen Ehrenamtlichen bereicherte den

Wissens- und Erfahrungshorizont aller Beteiligten. Kulturelle und sprachliche Barrieren wurden nebensächlich.

Wie alles anfang

Als das THW 2012 sein Engagement in Tunesien ausbaute, bestand bereits eine langjährige, vertrauensvolle Partnerschaft mit der Partnerbehörde ONPC. Bereits 1970 war das THW nach einem Hochwasser in Tunis im Einsatz gewesen. Später folgte weitere Unterstützung, unter anderem nach Überschwemmungen 1988 sowie 2011 im Kontext von Fluchtbewegungen aus Libyen. Einen neuen Impuls erhielt die tunesisch-deutsche Kooperation nach der Tunesischen Revolution 2011.

In dieser Zeit entwickelten THW und ONPC die Idee, einen ehrenamtlich getragenen Bevölkerungsschutz nach THW-Vorbild in Tunesien zu etablieren. Nicht nur mit Technik unterstützen, sondern zivilgesellschaftliches Engagement durch die landesweite Etablierung von Ehrenamtsvereinen dauerhaft in der Gesellschaft zu verankern war das gemeinsame Ziel. Ausbildung, Beratung und Ausstattung bildeten die Grundlage dieser Zusammenarbeit.

Erfolgskonzept Ehrenamt

Ehrenamtliches Engagement stärkt den Bevölkerungsschutz weit über den Gewinn zusätzlicher Einsatzkräfte hinaus. Es macht den Staat handlungsfähiger und stößt

einen permanenten Wissenstransfer an. Wer im Bevölkerungsschutz ausgebildet wird, trägt Qualifikationen, Organisationserfahrung und Einsatzroutine auch in den Beruf und den Alltag. Umgekehrt bringen Ehrenamtliche ihre Fachkenntnisse etwa aus Handwerk, der eigenen Familie, Technik, Logistik, Medizin oder Verwaltung in den Bevölkerungsschutz mit ein. So entsteht ein Austausch, von dem Staat, Wirtschaft und jede und jeder Einzelne profitiert. Ferner stärken ehrenamtliche Strukturen die lokale Ebene, indem Menschen sich für ihr unmittelbares Umfeld engagieren und Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen. Sie sorgen im Notfall für ihre Nachbarschaft, helfen anderen und sind eine Säule für das lokale Gemeinwesen.

Ehrenamtliches Engagement unterstützt nicht nur die Gefahrenabwehr, sondern stärkt auch eine demokratische Kultur und bietet gesellschaftliche Teilhabe. Auch diesen Gedanken verfolgten ONPC und THW in Tunesien. Nach den insgesamt 14 Jahren ist es gelungen, durch die Etablierung des Ehrenamts den Bevölkerungsschutz nicht nur durch zusätzliche Kapazitäten zu stärken, sondern Staat, Gesellschaft und lokale Verantwortung enger miteinander zu verbinden.

Partnerschaftlicher Aufbau und Train-the-Trainers-Ansatz

Mit dem Train-the-Trainers-Ansatz lernten hauptamtliche ONPC-Ausbilderinnen und Ausbilder im Bevölkerungsschutz zunächst in THW-Ortsverbänden (kurz: THW-OV) in Deutschland die Vielschichtigkeit des ehrenamtlichen Engagements im deutschen Bevölkerungsschutz kennen. Dass THW-Einsatzkräfte mit ihrem Ehrenamt kein Einkommen generieren und eine Freistellung für das Engagement von der Arbeit möglich ist, sorgte zunächst für Überraschung.

Auch stand in den THW-OV beim Erlernen des Umgangs mit verschiedener Technik wie Trennschleifer oder dem hydraulischen Rettungsset mit Schere und Spreizer immer auch der Spaß im Mittelpunkt. Von den THW-Ausbilderinnen und Ausbildern wurde vermittelt, dass es nicht nur darum geht, Fachwissen effizient weiterzugeben. Schnell verinnerlichten die tunesischen Einsatzkräfte, dass ein familiäres Miteinander das Fundament für ein langfristiges, freiwilliges Engagement der ehrenamtlichen Einsatzkräfte bildet.

Erster Schritt des tunesisch-deutschen Projektes war es demnach, hauptamtliche ONPC-Ausbilderinnen und -Ausbilder in Technik und Didaktik zu schulen, damit sie dieses Wissen anschließend an ehrenamtliche Einsatzkräfte in Tunesien weitergeben konnten. Die Ausstattung, an der während der Ausbildungen in den THW-OV trainiert wurde, wurde im Rahmen des Projektes für die tunesischen Ehrenamtsvereine aus Mitteln des Auswärtigen Amtes beschafft und an den Partner übergeben. Insgesamt schulte das THW 169 tunesische ONPC-Ausbilderinnen und Ausbilder in verschiedenen THW-OV in Deutschland.

Dass die Train-the-Trainers-Methode erfolgreich war, zeigte sich spätestens, als ONPC im Jahr 2024 eine eigene Train-the-Trainers-Ausbildung in Tunesien durchführte und dabei 14 neue Ausbilderinnen und Ausbilder qualifizierte. Auf diese Trainings bauten weitere Fachausbildungen für ehrenamtliche und hauptamtliche Einsatzkräfte des ONPC in Deutschland und Tunesien auf.

Tragfähig wurde die Kooperation allerdings vor allem, weil die Kolleginnen und Kollegen vom THW und ONPC eng zusammenarbeiteten und regelmäßig zu Abstimmungstreffen in Deutschland oder Tunesien zusammenkamen. Gemeinsam entwickelten die Partner das Projekt stetig weiter und orientierten sich dabei konsequent an den Bedingungen und Bedarfen vor Ort.

Fahrzeuge, Ausstattung und Infrastruktur

Damit die neuen Ehrenamtsvereine handlungsfähig sind, entwarfen ONPC und THW zunächst ein Ausstattungs- und Materialkonzept als „Muster“ für die Ehrenamtsstandorte in Tunesien und passten dies immer wieder an die regionalen Gegebenheiten an. Technische Ausstattung wurde vorwiegend aus Deutschland gekauft und geliefert, persönliche Schutzausstattung wurde jedoch lokal in Tunesien erworben. Neben Technik und Verbrauchsmaterial stellte das THW beispielsweise aus eigenem Bestand rund 240 instandgesetzte ehemalige THW-Einsatzfahrzeuge zur Verfügung und lieferte sie vorwiegend auf dem Landweg über Genua und weiter per Schiff nach Tunis. Diese werden landesweit für die Mobilität der Ehrenamtlichen sowie den Transport der Technik im Einsatzfall genutzt.

Im Verlauf des Projekts wurden zusätzlich weitere Einsatzfahrzeuge, Hochleistungspumpen und Boote gekauft und übergeben, um die Ehrenamtsvereine und ONPC auszurüsten. Ausschlaggebend waren hier die tunesischen Einsatzkonzepte sowie die regionale Risikoanalyse. Entscheidend war dabei nicht nur, Material zu übergeben. Die Technik sollte auch langfristig einsatzbereit bleiben, weshalb ein spezieller Lehrgang zur Materialerhaltung und Wartung für die Ehrenamtsvereine etabliert wurde. Darüber hinaus baute ONPC später mit Unterstützung des THW rund 20 Kilometer von Tunis entfernt eine Zentralwerkstatt auf, um umfangreichere Reparaturen an der übergebenen Ausstattung durchführen zu können. Auch hieran zeigt sich der Anspruch des Projekts: nicht einzelne Lieferungen und Materialübergaben, sondern die nachhaltige Einsatzfähigkeit für den tunesischen Bevölkerungsschutz standen im Mittelpunkt.

Hochleistungspumpen gegen Starkregen und Überflutungen

Insbesondere in Wüstenregionen, aber auch im tunesischen Hochland und am Tunis-See kommt es regelmäßig zu Überflutungen durch Starkregenfälle oder die Schneeschmelze

im Frühjahr. Nachdem der Grundstein mit den neuen Ehrenamtsvereinen etabliert war, kam ein weiterer Baustein des Projekts hinzu: die Hochwasserbekämpfung. Seit 2018 fanden an den 20 – durch das THW gelieferten – Hochleistungspumpen zahlreiche Trainings und Übungen mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen Einsatzkräften statt. Ein Schwerpunkt lag auch hier im nachhaltigen Umgang mit dem Material und der regelmäßigen Wartung und Pflege der übergebenen Ausstattung. Wie wirksam und nachhaltig diese Ausbildungen langfristig sind, zeigte sich zuletzt im Januar 2026. Nach starken Regenfällen und großflächigen Überschwemmungen nutzten die zuvor geschulten Kräfte die Hochleistungspumpen zur Gefahrenabwehr und Schadensbekämpfung. Auch hier wurde der Kern des Projekts sichtbar: Das THW stellte nicht nur Technik bereit, sondern befähigte seine Partner auch, diese im Ernstfall zielgerichtet und eigenständig zu nutzen.

Was bleibt nach 14 Jahren?

Nach 14 Jahren Projektzusammenarbeit mit dem Ziel, einen ehrenamtlich getragenen Bevölkerungsschutz in Tunesien zu etablieren, fällt die Bilanz positiv aus: Ende 2025 engagierten sich in 19 aktiven Ehrenamtsvereinen rund 4.400 Freiwillige für ihr Gemeinwohl. Bemerkenswert ist dabei der hohe Frauenanteil von rund 50 Prozent. Auch materiell stärkte das Projekt den tunesischen Bevölkerungsschutz deutlich: 19 mit neuer Technik ausgestattete Ehrenamtsstandorte über ganz Tunesien verteilt, 240 instandgesetzte THW-Fahrzeuge, 16 Neufahrzeuge, 20 Hochleistungspumpen und drei Boote sowie Aufenthaltsmöglichkeiten für Ehrenamtliche und persönliche Schutzausrüstung. Die

ehrenamtlichen Einsatzkräfte sind inzwischen eine feste Größe im tunesischen Bevölkerungsschutz und im ganzen Land aktiv. Aus einem Pilotprojekt ist auf der Basis einer intensiven Kooperation in 14 Jahren ein dauerhafter, wirk-samer Beitrag zur Resilienz und gesellschaftlichen Verankerung des tunesischen Bevölkerungsschutzes geworden.

Für das THW war die Projektzusammenarbeit mit Tunesien ein wichtiger Lernprozess. Sie verband kulturell und förderte Freundschaften über Sprachbarrieren hinaus. Die Zusammenarbeit zeigte, dass sich gefestigte Strukturen wie die eines THW-OV nicht einfach übertragen lassen, sondern dass sie an lokale Voraussetzungen, Bedarfe und Gefahrenlagen angepasst werden müssen. Auch bestätigte das Projekt den Wert des Train-the-Trainers-Ansatzes: Wissenstransfer ist dann nachhaltig, wenn Partnerorganisationen eigene Ausbilderinnen und Ausbilder dazu ertüchtigen, selbst Ehrenamtliche auszubilden. Wichtig ist auch, dass dauerhafter Kapazitätsaufbau nur dort gelingt, wo Ausbildung, Ausstattung, Wartung und Infrastruktur ein Zusammenspiel bilden. Von all diesen wertvollen Erfahrungen aus diesem tunesisch-deutschen Projekt profitiert das THW in anderen, internationalen Capacity-Development-Projekten in Jordanien, in der Region Kurdistan-Irak und aktuell auch in der Ukraine und in Syrien. Durch die Vernetzung der Projekte und Partner wird so auch der internationale und regionale Austausch und damit das Netzwerk der internationalen Katastrophenhilfe zusätzlich gestärkt.

Erik Hagedorn arbeitet in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeitsabteilung des THW und ist ehrenamtlich im Kultursektor beim Rhizom e.V. aktiv.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Provinzialstraße 93, 53127 Bonn
Postfach 1867, 53008 Bonn
info@bbk.bund.de | www.bbk.bund.de
Telefon 0228 99550-0 | Fax 0228 99550-1620

Redaktion: Nathalie Schopp (Chefredakteurin), Sebastian Heuft, Manuela Schönfeld
Anregungen und Anmerkungen an redaktion@bbk.bund.de

Gestaltung: Manuela Schönfeld, Sebastian Heuft

Vertrieb und Versand: Bevölkerungsschutz wird kostenfrei geliefert. Nachbestellungen

und Abonnement über Telefon 0800 6647115 oder bestellservice@bbk.bund.de

Druck: Bonifatius GmbH
Karl-Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn
Postfach 1280, 33042 Paderborn
Telefon 05251 153-0 | Fax 05251 153-104

Auflage: 30.000 Exemplare
Bevölkerungsschutz erscheint vierteljährlich (März, Juni, September, Dezember).

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

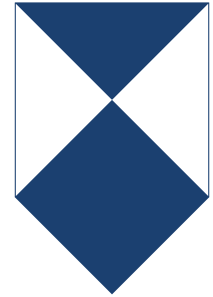
Titelbild: ©BBK

Bevölkerungsschutz ISSN: 0940-7154

Zur Übersicht unserer Social Media-Kanäle auf stage.bio:



St. Quirin in Neuss



(Quelle: imageBROKER/Sunny Celeste
via Getty Images)

Das Quirinus-Münster ist das architektonische Wahrzeichen der Stadt Neuss und gilt als wichtiger Vertreter der rheinischen Spätromanik. Über seine Bedeutung als Kulturgut erzählt die über 800-jährige Baugeschichte. Ein Vorgänger des heutigen Kirchenbaus datiert sogar bis in die Spätantike.

Die heutige Bausubstanz geht maßgeblich auf den am 9. Oktober 1209 durch den Baumeister Wolbero begonnenen Neubau zurück. Es handelt sich jedoch nicht um den ersten Sakralbau an diesem Ort. Archäologische Befunde belegen eine Kontinuität, die im fünften Jahrhundert mit einem kleinen Bau an einem Gräberfeld begann und über eine dreischiffige Kirche im neunten Jahrhundert sowie deren Erweiterung um das Jahr 1000 führte.

Architektonisch ist das Münster als dreischiffige Emporenbasilika im gebundenen System gewölbt. Das herausragende Merkmal ist der Drei-Konchen-Chor (Kleeblattchor) im Osten, ein für die staufische Romanik typisches Gestaltungselement, das dem Bau eine monumentale Zentrierung im Osten verleiht. Trotz der romanischen Grundstruktur markiert das Münster einen Übergang: Die vertikale Ausrichtung und die Lichtführung nehmen bereits Elemente der aufkommenden Gotik vorweg.

Das heutige Erscheinungsbild ist zudem durch spätere Überprägungen ergänzt, die den Bau zum Zeitzeugen vieler Jahrhunderte macht. Nach einem Blitzschlag im Jahr 1741 wurde dem Vierungsturm ein barockes Dach aufgesetzt. Diese stilistische Veränderung ist heute bedeutender Bestandteil der Stadtsilhouette. 1802 folgte der Sakralbau dem Schicksal zahlreicher Klöster und so wurden die nördlich anschließenden Klostergebäude des

ehemaligen Benediktinerinnenstifts niedergelegt, wodurch die Kirche als Solitär im Stadtbild verblieb. Auch im 20. Jahrhundert folgten Zerstörungen und Veränderungen. Ein Angriff am 5. Januar 1944 führte zum Einsturz der Ostkonche und der Krypta. Der Wiederaufbau bis 1950 zielte auf eine Rekonstruktion des spätromanischen Erscheinungsbildes ab.

Die Relevanz des Münsters als schützenswertes Kulturgut begründet sich auf mehreren Ebenen: Als eines der letzten großen Werke der rheinischen Romanik ist es ein herausragendes Beispiel dieser Epoche. Die nachgewiesenen Vorgängerbauten machen die Bauentwicklung erlebbar und nachvollziehbar.

Die Translation der Reliquien des heiligen Quirinus um 1050 machte die Kirche zu einem europaweit bedeutenden Wallfahrtszentrum. Diese Funktion wird durch den Quirinusschrein (Aachener Goldschmiedearbeit, 1900) und den 2009 verliehenen Titel der Basilica minor unterstrichen.

Das Münster und das einstmals damit verbundene Kloster prägten den Stadtgrundriss und die Identität der Stadt Neuss seit dem Mittelalter.

Umfangreiche Restaurierungen in den 1980er bis 2000er Jahren sowie jüngste Maßnahmen im Jahr 2024 sichern den Erhalt der Bausubstanz. Die kontinuierliche Pflege ist notwendig, um die komplexen Materialgefüge aus Tuff, Schiefer und Sandstein gegen Umwelteinflüsse zu schützen und die Lesbarkeit der verschiedenen Bauphasen für die Öffentlichkeit zu bewahren.

Felix Tauber arbeitet im Referat „Baulich-technischer Schutz, Kulturgutschutz“ im BBK.



Literatur zu „Lebenskompetenzen praxisnah vermitteln“ auf Seite 33

LITERATUR

Bartel, J. & Schubert, P. (2025). Engagement im Ernstfall: Zahlen und Fakten zu freiwilligem Engagement und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bevölkerungsschutz. ZiviZ im Stifterverband. https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/2025-05/engagement_im_ernstfall.pdf

Dittmer, C. & Lorenz, D. (2026). Die Bevölkerung im Bevölkerungsschutz. Information zur politischen Bildung, 2025(365). <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/bevoelkerungsschutz/575174/die-bevoelkerung-im-bevoelkerungsschutz/>

Fichtner, S., Bittner, M., Bayreuther, T., Kühn, V., Hurrelmann, K., & Dohmen, D. (2022). „Schule zukunftsfähig machen“: Cornelsen Schulleitungsstudie 2022. FiBS. https://www.cornelsen.de/_Resources/Persistent/0/e/f/a/0efa919997198f3a7a5c25b15bed802259a9a582/0001100000220%20FiBS_220329_001_Schulleitungsstudie-neu.pdf

Geier, W. (2021). Strukturen, Akteure und Zuständigkeiten des deutschen Bevölkerungsschutzes. Aus Politik und Zeitgeschichte, 2021(10-11), 16–22. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/bevoelkerungsschutz-2021/327989/strukturen-akteure-und-zustaendigkeiten-des-deutschen-bevoelkerungsschutzes/>

KMK. (2016). Bildung in der digitalen Welt: Strategie der Kultusministerkonferenz. Kultusministerkonferenz. https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2016/2016_12_08-Bildung-in-der-digitalen-Welt.pdf

Molitor, J. (2022). The Imagined Disastrous: West German Civil Defence Between War Preparation and Emergency Management 1950–1990. In M. Cronqvist, R. Farbøl, C. Sylvest (Hrsg.), Cold War Civil Defence in Western Europe (S. 53–76). Palgrave Macmillan, Cham. https://doi.org/10.1007/978-3-030-84281-9_3

OECD. (2019). OECD learning compass 2030: A series of concept notes. OECD Publishing. https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/about/projects/edu/education-2040/1-1-learning-compass/OECD_Learning_Compass_2030_Concept_Note_Series.pdf

Rohs, M., Lacher, S. & Großmann, J. (2025). Notfall- und Katastrophenvorsorge in Deutschland: Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung (Beiträge zur Erwachsenenbildung Nr. 17). Rheinland-Pfälzische Technische Universität.

United Nations. (2015). Transforming our world: The 2030 agenda for sustainable development. <https://sdgs.un.org/2030agenda>

WHO. (1994). Life skills education for children and adolescents in schools: Pt. 1, Introduction to life skills for psychosocial competence. World Health Organization. <https://apps.who.int/iris/handle/10665/63552>